



Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.)

33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW

Entwicklung, Ideologie und Strategien
einer vermeintlichen Bürgerbewegung



Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.)

33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW

Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.)

33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW

**Entwicklung, Ideologie und Strategien
einer vermeintlichen Bürgerbewegung**

1. Auflage 2014

© NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)
Appellhofplatz 23 – 25, 50667 Köln
Telefon: 0221-221-26332
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
Internet: www.nsdok.de/ibs und www.mbr-koeln.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der
Herausgeber und der jeweiligen Autorinnen und Autoren.

Bildnachweis: Dominik Clemens (Umschlag, S. 14, 30, 45, 54, 100,
132), Roland Geisheimer / attenzione (S. 22, 38), Hendrik Puls
(S. 16, 59), Karin Richert (S. 80)

Satz und Umschlag: *Dannull.Mediendesign, Hannover
Druck: Druckerei Plump, Rheinbreitbach

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de abrufbar.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Arbeit und Leben
DGB/VHS NW



Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



ISBN 978-3-938636-21-3

Inhalt

Einleitung	9
Ursprünge, Entwicklung und Strategie	15
Wer sind die Hauptakteure bei Pro NRW?	16
Wie ist Pro NRW organisiert?	19
Wo liegen die Ursprünge von Pro NRW?	22
Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik für Pro NRW?	25
Was ist der „Ring freiheitlicher Jugend“?	30
Welche Rolle spielen Internetblogs wie Politically Incorrect und Freiheitlich?	33
Ist Pro Deutschland die Mutterpartei von Pro NRW?	36
Arbeitet Pro NRW mit Neonazis zusammen?	38
Welches Verhältnis hat Pro NRW zu anderen Rechtsaußen- Gruppen?	42
Mit welchen internationalen Akteuren arbeitet Pro NRW zusammen?	45
Welches Potenzial haben rechtspopulistische Parteien?	48
Wie stark ist Pro NRW?	51
Ideologie und Programmatik	55
Was heißt rechtspopulistisch?	56
Was bezweckt Pro NRW mit Kundgebungen vor Moscheen?	59
Warum redet Pro NRW von „Asylmissbrauch“?	62
Wen meint Pro NRW mit „mobiler ethnischer Minderheit“?	66
Warum fordert Pro NRW ein hartes Durchgreifen von Polizei und Justiz?	69
Welche Sozialpolitik hat Pro NRW auf der Agenda?	72
Warum will Pro NRW die D-Mark zurück?	75
Welche Stellung bezieht Pro NRW zum Nationalsozialismus?.....	78
Ist Pro NRW gegen Antisemitismus?	81

Was verbirgt sich hinter Christen pro Köln?	85
Warum wollte Pro NRW beim Christopher Street Day mitmachen?	88
Tritt Pro NRW für Frauenrechte ein?	91
Welche Schul- und Bildungspolitik verfolgt Pro NRW?	94
Wie nimmt Pro NRW Bezug auf Diskurse in der „Mitte der Gesellschaft“?	97
Eingreifen gegen rechts.....	101
Was kann ich persönlich tun?	102
Was kann ich tun, wenn Pro NRW in meiner Stadt eine Kundgebung oder Demonstration anmeldet?	104
Wie kann man mit Mandatsträgern und Fraktionen von Pro NRW/Pro Köln im Kommunalparlament umgehen?	108
Darf Pro NRW Werbematerial an Schulen verteilen?	111
Was kann ich tun, wenn Pro NRW bei mir einen Raum mieten möchte?	113
Hilft Bildungsarbeit gegen rechts?	116
Wo finde ich Rat und Unterstützung, wenn Pro NRW in meiner Stadt aktiv wird?	119
Anmerkungen	121
Weiterführende Literatur und nützliche Adressen	133
Lesetipps	134
Beratungsstellen und nützliche Adressen.....	137
Autorinnen und Autoren	139

Einleitung

Der 9. November 2013 ist ein trüber Tag in Neumühl. Die Zeiten, als im Duisburger Norden noch Steinkohle abgebaut wurde, sind lange vorbei. Meist geht es hier eher beschaulich zu. Doch heute zeigt die Polizei mit einem großen Aufgebot Präsenz im Stadtteil. Der Grund: Die *Bürgerbewegung pro NRW* demonstriert gegen „Asylmissbrauch“ – und einige hundert Anhänger_innen linker und antirassistischer Gruppen protestieren gegen diesen Auftritt der Rechtspopulist_innen.

Pünktlich treffen die Leute von *Pro NRW* mit einem Reisebus ein. Deutschland-Fahnen werden verteilt, ein Infostand aufgebaut. Viele bekannte Gesichter sind dabei – „Berufsdemonstranten“, die an fast jeder Aktion der Partei teilnehmen. Aber auch einige Dutzend Menschen aus Neumühl haben sich angeschlossen. Ein Novum, bleibt *Pro NRW* doch meistens unter sich. Mit Parolen wie „Kein Asyl in Neumühl“ zieht der rund 80köpfige Tross wenig später vor das St. Barbara-Hospital. Die Pläne, in dem ehemaligen Krankenhaus Geflüchtete unterzubringen, sind längst ad acta gelegt. Der rassistischen Mobilisierung tut dies jedoch keinen Abbruch. Die Redner heizen die Stimmung an. Einige *Pro*-Anhänger vermurmen sich, als Gegner_innen der Partei in Rufweite hinter einer Polizeiabsperrung auftauchen – sie sind offenbar auf eine handfeste Auseinandersetzung aus. Doch dazu kommt es nicht. Die Männer legen nach Ansprache durch einen *Pro*-Funktionär ihre Vermummung wieder ab. Schließlich steht noch eine Kundgebung im Duisburger Stadtteil Rheinhausen auf der Tagesordnung. Dort hetzt *Pro NRW* gegen Sinti und Roma – im Jargon der Partei „Zigeuner“ und „Angehörige einer mobilen ethnischen Minderheit“. Bereits im Oktober hatte *Pro NRW* in der Stadt demonstriert. „Im Gegensatz zu den übrigen Städten beklatschten in Duisburg Anwohner in Rheinhausen und Neumühl die Parolen von *Pro NRW*“ vermerkte die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*. Und die Rechtspopulist_innen bejubelten den „Dambruch“ im Ruhrgebiet.

Hinter dem harmlos klingenden Namen einer vermeintlichen „Bürgerbewegung“ verbirgt sich eine extrem rechte Partei, die an Rhein und Ruhr auf Stimmenfang geht und sich mit provokativen Demonstrationen in Szene setzt. 2007 gegründet, stellt sie eine für Nordrhein-Westfalen relativ neue Erscheinung im Feld der Rechtsaußen-Parteien dar, die sich von den herkömmlichen extrem rechten Parteien in einigen Charakteristika unterscheidet: *Pro NRW* und ihre Untergliederungen inszenieren sich als scheinbar regionale oder lokale „Bürgerbewegung“, die den Eindruck erwecken will, keine Partei im üblichen Sinne zu sein. Sie grenzt sich scharf gegenüber den als „Establishment“ bezeichneten demokratischen Parteien ab, denen sie Entfremdung von den Interessen des „Volkes“ vorwirft, während sich *Pro NRW* selbst als Anwältin des „gesunden Volksempfindens“ versteht. Ebenso nimmt *Pro NRW* – anders als beispielsweise die NPD – nicht für sich in Anspruch, eine „Weltanschauung“ zu vertreten. Einer ausgefeilten politischen Programmatik wird kein besonders hoher Stellenwert beigemessen, der Umgang mit dieser ist durchaus flexibel und richtet sich nach tagespolitischen Erwägungen. Wichtiger sind lokale Themen und Konfliktlagen, die von *Pro NRW* aufgegriffen und in ausgrenzender Stoßrichtung zugespitzt werden. Besonders erfolgreich war die Partei in der Agitation gegen Moscheebauvorhaben. In schrillen Tönen wurde vor „Großmoscheen und Minaretten als Triumphzeichen der islamischen Landnahme und Herrschaftssymbol“ und „gefährlichen Parallelgesellschaften“ gewarnt.¹ In der Bevölkerung vorhandene Ängste und Ressentiments werden so geschürt. Die eingangs geschilderte Demonstration in Duisburg ist ebenso Teil dieser Strategie, die sich lediglich gegen andere Feindbilder richtet.

Mit Unterschriftensammlungen für Petitionen und Forderungen nach „Volksentscheiden“ inszeniert sich *Pro NRW* als bürgernahe und demokratisch orientierte Kraft, die verspricht, das Sprachrohr unzufriedener Bürger_innen zu sein und sich für mehr Mitbestimmung einzusetzen. Zugleich dienen die Unterschriftensammlungen als strategisches Mittel, Adressen von potenziell Interessierten zu sam-

meln und so den Aufbau der Partei voranzutreiben. *Pro NRW* versteht sich selbst als demokratische und grundgesetzkonforme Partei. Sie wehrt sich gegen Vorwürfe des Rechtsextremismus und bevorzugt die Bezeichnung rechtsdemokratisch. Damit einher geht auch eine verbale Distanzierung vom Neonazismus. Diese Selbstverortung erscheint aber mit Blick auf die politische Agitation der Partei, die sich vor allem gegen gesellschaftliche Minderheiten richtet und ausgrenzende sowie diskriminierende Forderungen enthält, mehr als fragwürdig. *Pro NRW* bedient sich dabei eines kulturalisierten Rassismus, der nicht biologistisch argumentiert, sondern die Differenz von Eigen- und Fremd-Gruppe anhand kultureller Zuschreibungen behauptet. Muslime, aber auch Sinti und Roma würden „Kulturen“ angehören, die nicht zu der „deutschen Kultur“ passten und die zudem bedrohlich seien. Ein friedliches Zusammenleben ist in der Argumentation des kulturalisierten Rassismus auch deshalb nicht möglich, da „Kulturen“ als statisch und unveränderlich aufgefasst werden: „Kultur determiniert in dieser Vorstellung oftmals in jeder Hinsicht das Dasein des Individuums aufgrund der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv (,Kulturkreis‘). Diese Zugehörigkeit wird wiederum genealogisch über die ‚Abstammung‘ hergeleitet.“² Zugleich werden Wertungen vorgenommen: So gilt etwa in dieser Denkweise die „islamische Kultur“ als „rückständig“, während man sich selbst als „aufgeklärt“ beschreibt. Eine multikulturelle Gesellschaft wird abgelehnt und die Gleichwertigkeit aller Menschen in Abrede gestellt.

In der Forschung wird diese politische Strategie und die damit einhergehende Programmatik als Rechtspopulismus bezeichnet. In vielen west- und nordeuropäischen Ländern sind rechtspopulistische Formationen im Parteiensystem etabliert. Einige dieser Parteien wie die österreichische FPÖ oder der belgische *Vlaams Belang* gelten *Pro NRW* als erfolgreiche Vorbilder. Im Mittelpunkt rechtspopulistischer Politik steht eine „antagonistische Gegenüberstellung einer (aus Volk und Rechtspopulisten bestehenden ‚Wir-Gruppe‘) und den ‚Anderen‘ (bestehend aus den Eliten und ‚ihren Günstlingen‘).“³ Unter „Volk“ wird

dabei eine im Sinne sozialer Schichtung nicht näher differenzierte, homogene Abstammungsgemeinschaft verstanden, die das positiv angerufene, moralisch integre Gegenüber einer angeblich korrupten Elite sowie nicht zum „Volk“ zugehöriger Gruppen darstellt. „Volk“ bezieht sich in diesem Sinne zum Einen „auf die kleinen Leute“ und zum Anderen auf die „angestammte Bevölkerung“, weshalb die rechtspopulistische Agitation meist nationalistisch und rassistisch aufgeladen ist. Sie richtet sich gegen Zuwanderung und die als Privilegierung wahrgenommene Gleichberechtigung von gesellschaftlichen Minderheiten. „Die sozialen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit gelten als nachrangig gegenüber den neuen Konflikten um Multiethnizität und nationale Identität.“⁴

In diesem Sinne ist die *Bürgerbewegung pro NRW* eine rechtspopulistische Partei, die „eine dem Zeitgeist konforme Ausprägung der extremen Rechten“⁵ darstellt. Dieser Befund wird noch dadurch gestärkt, dass die politischen Biografien der Gründungsmitglieder sowie einiger Führungspersonen von *Pro NRW* mit anderen extrem rechten Organisationen verknüpft sind. Für sie war die Gründung von *Pro NRW* – und zuvor der lokalen Keimzelle *Pro Köln* – der Versuch, die ausgetretenen und erfolglosen Wege ihrer bisherigen Parteien zu verlassen. Ihr neuer Weg war relativ erfolgreich: Bei den Kommunalwahlen 2009 holte *Pro NRW* von allen extrem rechten Parteien die meisten Mandate. Allerdings ist einschränkend hinzuzufügen: Eine Sammlung der extremen Rechten in der „Bürgerbewegung“ gelang bislang nicht, der Ausbau der Parteistrukturen ist immer wieder von Rückschlägen gekennzeichnet. Ihre Präsenz beschränkt sich vor allem auf das Rheinland und Teile des Ruhrgebiets, bei der Landtagswahl 2012 musste sie in einigen „Hochburgen“ deutliche Einbußen hinnehmen.

Anlass zur Entwarnung ist dies allerdings nicht: Die Rechtspopulist_innen haben die Kommunal- und Europawahlen im Mai 2014 fest im Blick. In vielen Kommunen starten sie Kampagnen gegen Flüchtlingsunterkünfte und Moscheebauten. Gerade im Wahlkampf werden sie von einer „öffentlichkeitsorientierten populistischen

schen Eskalationsstrategie“ (Alexander Häusler) Gebrauch machen und Ressentiments gegen Minderheiten schüren.

Dieses Buch will zuvorderst nicht die wissenschaftliche Diskussion um den Rechtspopulismus bereichern oder Forschungslücken zu *Pro NRW* schließen, obwohl es sich bei diesem Sammelband um die zurzeit aktuellste Zustandsbeschreibung der vermeintlichen „Bürgerbewegung“ handelt. Er soll vielmehr praxisorientiertes Nachschlagewerk und Ratgeber für alle jene sein, die sich vor Ort mit der rechtspopulistischen Agitation und ihren Folgen auseinandersetzen müssen.

Das Buch ist das Ergebnis einer Kooperation der *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* im NS-DOK der Stadt Köln und der Koordinierungsstelle des *Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus* in Aachen. Die Idee, uns dem Thema in 33 Fragen zu nähern, haben wir dem 2008 erschienenen Band „88 Fragen und Antworten zur NPD“⁶ entliehen. Die Antworten liefern sowohl Wissenschaftler_innen und Journalist_innen als auch kompetente Praktiker_innen.

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte, den Strukturen und dem Personal von *Pro Köln/Pro NRW*. Auch das Verhältnis der Partei zu anderen rechten Organisationen wird hier thematisiert. Im zweiten Teil werfen wir einen Blick auf Ideologie und Programmatik der Rechtspopulist_innen, im dritten Teil stellen wir Handlungsmöglichkeiten und Gegenstrategien zur Diskussion. Daran anschließend finden sich im letzten Abschnitt Hinweise auf weiterführende Literatur sowie Adressen von Beratungsstellen und weiteren Institutionen, die in Nordrhein-Westfalen zum Thema extreme Rechte arbeiten.

Die Arbeiten an den Texten wurden Ende November 2013 abgeschlossen, sodass neuere Entwicklungen keine Berücksichtigung mehr finden konnten.

Aachen/Köln, im Dezember 2013
Dominik Clemens, Hendrik Puls



PRO KÖLN
Gegen
Türkisierung
und
Islamisierung

„Es gibt kein
Grundrecht a
d
Gewisse

Nur durch den
Bau ein
sch

87-NRT-4

Ursprünge, Entwicklungen und Strategien



Der Vorsitzende und sein Stellvertreter: Markus Beisicht (links) und Jörg Uckermann.

Dominik Clemens/Hendrik Puls

Wer sind die Hauptakteure bei Pro NRW?

19 Mitglieder hat der aktuelle Parteivorstand von *Pro NRW*.⁷ Das ist eine große Anzahl für eine kleine Partei. Sie macht es möglich, dass viele lokale Funktionär_innen mit einem Pöstchen als „Beisitzer“ versorgt werden können. Die Geschicke der Partei aber werden seit ihrer Gründung maßgeblich von einem kleinen Personenkreis erfahrener politischer Aktivist_innen gelenkt, die den Reihen der *Bürgerbewegung pro Köln*, der Keimzelle von *Pro NRW*, entstammen.

Da ist zum einen natürlich Markus Beisicht, der als Doppel-Vorsitzender sowohl *Pro NRW* als auch *Pro Köln* vorsteht. Außerdem wurde er 2010 zum Gründungsvorsitzenden des Vereins *Die Pro-Bewegung* gewählt, der als bundesweiter Dachverband und Lenkungs-gremium der *Pro-Vereinigungen* dienen sollte. Seit dem Wegzug seines langjährigen, politischen Mitstreiters Manfred Rouhs nach Berlin, mit dem es zuletzt immer wieder Streit um die richtige Strategie der Parteiausdehnung gegeben hatte, ist Beisichts Führungsanspruch unangefochten. Der 1963 geborene Rechtsanwalt trat 1988 den *Republikanern* (REP) bei, für die er 1989 in den Rat der Stadt Köln gewählt wurde. Zwei Jahre später spaltete sich die *Deutsche*

Liga für Volk und Heimat (DLVH) von den REP ab. Beisicht gehörte mit Manfred Rouhs bis 1994 dem Rat als DLVH-Vertreter an. Sie gehörten zu den Gründungsmitgliedern des Vereins *Bürgerbewegung Pro Köln e.V.*, über dessen Liste sie 2004 erneut in den Rat einzogen. Beisicht übernahm zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz von *Pro Köln*. 2009 kandidierte Beisicht erfolglos als Oberbürgermeisterkandidat in Köln und zeitgleich für den Rat der Stadt Leverkusen. Seit dieser Kommunalwahl steht er der *Pro NRW*-Fraktion in Leverkusen vor.

Fraktionsvorsitzende von *Pro Köln* im Stadtrat ist seit 2004 Judith Wolter. Sie ist fünfzehn Jahre jünger als Beisicht und wechselte 1999 von den *Republikanern* zu *Pro Köln*. Wolter ist außerdem die Schatzmeisterin von *Pro NRW*. Wolter und Beisicht arbeiten seit Jahren zusammen - und dies nicht nur politisch. Wolter ist in der Leverkusener Anwaltskanzlei ihres Parteivorsitzenden tätig. Auch zu einem weiteren wichtigen Protagonisten der Partei gibt es einen kurzen Weg. Der Politikwissenschaftler Markus Wiener, der den bedeutungsschweren Titel des „Generalsekretärs“ von *Pro NRW* trägt und laut Satzung weitgehende Befugnisse hat, ist Wolters Ehemann. Der 1976 in Süddeutschland geborene Wiener ist ebenfalls Mitglied des Rates der Stadt Köln und als Fraktionsgeschäftsführer von *Pro Köln* angestellt.

Die wichtigsten Funktionen der Partei liegen in den Händen von Mitgliedern der Fraktionen in Leverkusen und Köln. Aus den Fraktionsbüros gehen die Impulse für die politische Arbeit aus, hier werden Kampagnen initiiert sowie Anfragen und Anträge konzipiert, die dann von anderen *Pro NRW*-Mandatsträger_innen aufgenommen werden. Durch die Möglichkeit einer Ratsfraktion Mitarbeiter_innen einzustellen kann die Arbeit erheblich ausgeweitet und professionalisiert werden. Diese Jobs werden an besonders aktive Parteimitglieder vergeben, die oftmals Mehrfachfunktionäre sind. So arbeitet zurzeit in Köln der *Pro NRW*-Schriftführer und Vorsitzende des *Rings Freiheitlicher Jugend* (RFJ) Tony-Xaver Fiedler. In Leverkusen ist Andre Hüsgen als Mitarbeiter der Fraktion angestellt. Hüsgen war 2009 auf dem Ticket der NPD in den Rat der Stadt Ennepetal (Ennepe-Ruhr-

Kreis) eingezogen. Im Laufe der Legislaturperiode wechselte er zu *Pro NRW*, legte sein Mandat aber im November 2013 nieder. Als Spitzenkandidat will er bei der Kommunalwahl 2014 in den Remscheider Stadtrat einziehen. Bereits im Frühjahr 2012 war er zum *Pro NRW*-Kreisvorsitzenden für die Stadt im Bergischen gewählt worden.

Aufgrund ihrer Vergangenheit in extrem rechten Organisationen eignen sich *Pro*-Aktivist_innen wie Beisicht, Wolter oder Rouhs nur bedingt dazu, das Image einer „seriösen“ und „demokratischen“ Rechten zu verkörpern, das *Pro NRW* für sich in Anspruch nimmt. Deswegen sind Personen wie die stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Palm und Jörg Uckermann wichtig. Ihnen kann eine solche Vergangenheit nicht angelastet werden, sie sollen mit ihrem „bürgerlichen Renommee“ punkten.

Die Causa Palm sorgte in Aachen für erheblichen Wirbel. Nachdem bekannt wurde, dass der Polizeibeamte den Kreisvorsitz von *Pro NRW* übernommen hatte, wurde er vom Aachener Polizeipräsidenten zunächst in den Innendienst versetzt und im Mai 2012 – nach einer provokativen, islamfeindlichen Kundgebung unter Beteiligung Palms – vom Dienst suspendiert. Palm hatte sich bereits Anfang der 2000er Jahre beim örtlichen Ableger der von Ronald Schill gegründeten rechtspopulistischen *Partei Rechtstaatlicher Offensive* („Schillpartei“) engagiert – damals noch ohne beamtenrechtliche Konsequenzen. Gegen die Endhebung vom Dienst klagt der Polizeihauptkommissar. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hob die Suspendierung im September 2013 auf, gegen diesen Beschluss hat das Aachener Polizeipräsidium Beschwerde eingelegt: Im Dezember 2013 war Palm weiterhin vom Dienst suspendiert.

Jörg Uckermann war bis 2008 Mitglied der Kölner CDU und stellvertretender Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld. Im Streit um den Bau der Zentralmoschee wechselte er zu *Pro Köln*, für die er seit 2009 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Stadtrat sitzt. Uckermann liebt die Selbstdarstellung, redet gern und viel. Seine Redebeiträge im Rat sorgen immer wieder für Tumult und Ordnungsrufe. Als „Saubermann“ eignet er sich aber nicht länger:

Der Heilpraktiker ist wegen Körperverletzung und der Abgabe einer falschen eidesstaatlichen Erklärung vorbestraft. Weil er einen grünen Bundestagsabgeordneten als „Gauleiter“ und „Müsli-Nazi“ beschimpfte, verurteilte ihn das Amtsgericht Köln in erster Instanz wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. In einem noch laufenden Verfahren ist Uckermann wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Geldwäsche und Begünstigung einer Straftat angeklagt. Ende 2012 saß er über einen Monat lang in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und den *Pro Köln*-Ratsmitgliedern Wolter, Wiener und Bernd Schöppe „bandenmäßigem Betrug“ vor, da sie durch fingierte Abrechnungen unrechtmäßig mehrere Zehntausend Euro Sitzungsgelder eingestrichen haben sollen.

Als weitere stellvertretende Vorsitzende von *Pro NRW* fungieren aktuell der Mönchengladbacher Dominik Roesler, zugleich *Pro NRW*-Bezirksvorsitzenden am Niederrhein, und das *Pro NRW*-Gründungsmitglied Kevin Gareth Hauer. Hauer wechselte von den REP zu *Pro NRW* und sitzt als Vertreter seiner Partei im Stadtrat von Gelsenkirchen.

Norbert Weber

Wie ist Pro NRW organisiert?

Pro NRW umfasst den Gesamtverband auf NRW-Ebene mit einem Parteivorstand um den Vorsitzenden Markus Beisicht an der Spitze sowie Bezirks- und Kreisverbände mit den jeweiligen Vorständen. Dabei müssen laut Satzung von *Pro NRW* mehr „als die Hälfte der Mitglieder solcher Organe und Gremien [...] die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“⁸. In Kreisen ohne Vorstände werden Kreisbeauftragte mit der Aufgabe eingesetzt, Strukturen zu schaffen. In großflächigen Kreisen mit mehreren Städten und Gemeinden wurden vereinzelt Ortsbeauftragte bestimmt.

In einer Reihe von Kreisen, Städten und Gemeinden, in denen *Pro NRW* bei der Kommunalwahl 2009 Mandate erringen konnte, haben sich darüber hinaus Fraktionen von *Pro NRW* gegründet. Zur Fortbildung ihrer Mandatsträger_innen, aber auch für „Kommunalpolitiker aus Wählervereinigungen“, die nicht zur Partei gehören, gründete *Pro NRW* im Juni 2011 die von einem Vorstand und einem Beirat geführte *Kommunalpolitische Vereinigung der Pro-Bewegung* (KPV PRO). So wurden 2012 in „Abrufseminaren und Zentralseminaren“ der KPV PRO Vorträge zu Themen wie „Fit für das Mandat“, „Rhetorik für die politische Praxis“ oder „Kommunale Haushaltspolitik“, aber auch einschlägige „politische Vorträge“ wie „Parteiendemokratie in der real existierenden BRD – Eine neue Form der Diktatur?“ oder „Freiheitliche Werte als Gegenmittel zum Niedergang unseres Landes?“ angeboten.

Trotz Bildungsangeboten hat die Partei mit Fluktuation zu kämpfen. Einzelne Kreisverbände wie z. B. im Rhein-Kreis Neuss oder in Essen zerfielen nach ihrer Gründung wieder, weil *Pro NRW*-Akteure nach internen Auseinandersetzungen von ihren Funktionen zurück- und austraten. *Pro NRW* benötigte knappe sechs Jahre, um im Januar 2013 „als einer der letzten Lückenschlüsse im Bezirksverband Bergisches Land“⁹ einen Kreisverband im Ennepe-Ruhr-Kreis gründen zu können. Von einer flächendeckenden Präsenz oder gar Handlungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen kann unterdessen keine Rede sein. Der organisatorische Schwerpunkt liegt im Rheinland mit den Zentren Köln und Leverkusen, während das Münsterland und Ostwestfalen-Lippe weitgehend weiße Flecken auf der *Pro*-Landkarte sind.

Gemäß Satzung behält sich *Pro NRW* vor, auf seinen Landesparteitag auch „Sonderorganisationen“ zu gründen. Neben der Jugendorganisation *Jugend pro NRW* sind dies eine noch nicht realisierte Studentenorganisation, eine Satzungskommission, eine Finanzkommission und eine Programmkommission sowie Arbeitskreise. Neben dem Arbeitskreis *Christen pro NRW* wurde ein Arbeitskreis *Mittelstand pro NRW* gegründet. Im Januar 2008

hieß es auf der Internetseite von *Pro Köln*, dass der „renommierte Kölner Rechtsanwalt und Unternehmer Jürgen Clouth“ die „weitere Aufbauarbeit“ dieses Arbeitskreises übernimmt, um „Unterstützer und Förderer“ von *Pro NRW* aus „Handwerk und Mittelstand“ zu betreuen und „diesem Personenkreis mit der neuen Mittelstands-Internetseite auch eine kraftvolle Stimme im innerparteilichen Diskussionsprozess“ zu verleihen¹⁰. Außer einer Reihe von Texten auf der Internetseite von *Mittelstand pro NRW* entfaltete dieser Arbeitskreis aber nicht besonders viele Aktivitäten. Auf Bezirksebene wurde im November 2010 bekannt, dass sich der *Pro NRW*-Bezirksverband Bergisches Land um den Ausbau seines *Arbeitskreises der Russlanddeutschen* bemüht. So wollte sich angesichts der Wahl des neuen Bezirksvorstandes von *Pro NRW* im Bergischen Land ein Aktivist „um den Ausbau unseres Arbeitskreises der Russlanddeutschen kümmern. Denn wir haben in den letzten Jahren viel Zustimmung aus dieser traditionell sehr patriotisch gesinnten Bevölkerungsgruppe bekommen und Alexander V. hat mit seinem zweisprachigen Wahlauf-ruf auch bei Landtagswahl gut gepunktet!“¹¹, hieß es auf der Internetseite von *Pro NRW*. Sichtbare Aktivitäten hat aber auch dieser Arbeitskreis in letzter Zeit nicht entwickelt.

Wie jede Partei verfügt *Pro NRW* ber ein Schiedsgericht, das Streitigkeiten mit einzelnen Mitgliedern oder über die Auslegung und Anwendung der Satzung schlichten soll. Dem Schiedsgericht stehen aktuell die Rechtsanwälte André Picker und Jürgen Clouth vor.



Die *Pro Köln*-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter (2.v.l.) auf einer Demonstration.

Jan Schedler

Wo liegen die Ursprünge von *Pro NRW*?

Auch wenn *Pro NRW* beständig versucht, sich etwa von der NPD abzugrenzen, so verweisen bereits die Ursprünge der Partei deutlich auf die extreme Rechte. Entstehung und Entwicklung von *Pro NRW* sind untrennbar verbunden mit Organisationen der extremen Rechten und ihren Funktionären.

Als *Pro NRW* 2007 gegründet wurde, war es kein Zufall, dass mit Markus Beisicht der amtierende *Pro Köln*-Chef zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde, ging die Initiative doch von der lokalen Wählervereinigung *Bürgerbewegung Pro Köln e.V.* aus.¹² *Pro NRW* zielte von Beginn an auf eine Ausweitung des Modells *Pro Köln* auf andere Städte Nordrhein-Westfalens in Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009 und einen Wahlantritt bei den Landtagswahlen im Jahr 2010. Bis heute sind beide Organisationen eng miteinander verknüpft, so fungiert etwa Beisicht bei beiden als Vor-

sitzender. Für ihn wie für andere maßgebliche Personen sowohl bei *Pro Köln* als auch *Pro NRW* gilt, dass sie sich zuvor bereits für einschlägige Parteien und Organisationen der extremen Rechten engagiert haben, insbesondere die *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) und *Die Republikaner* (REP).

Die bereits im Jahr 1991 gegründete DLVH war ein Zusammenschluss ehemaliger Funktionäre der NPD, der DVU und der REP, die sich als neue Sammlungsbewegung der extremen Rechten verstand, aber relativ bedeutungslos blieb. In Nordrhein-Westfalen lag der Schwerpunkt der Partei in Köln. Hier traten zwei 1989 auf der Liste der REP in den Stadtrat gewählte Funktionäre zur DLVH über und bildeten dort bis zur Kommunalwahl 1994 eine Fraktion: die späteren *Pro Köln*- bzw. *Pro NRW*-Funktionäre Markus Beisicht und Manfred Rouhs. Für Aufsehen sorgte die Partei vor allem 1993, als man in Köln per Steckbrief 1.000 DM als Belohnung für Hinweise auslobte, die zur Ergreifung einer versteckt lebenden Asylbewerberin führen würden. Die DLVH löste sich im Oktober 1996 als Partei auf. In Köln war von einer Reihe von Vertretern der extremen Rechten jedoch bereits im Sommer des gleichen Jahres vorsorglich der Verein *Bürgerbewegung pro Köln e.V.* gegründet worden. Der erste Vorsitzende Sven M. war Mitglied der DLVH gewesen, sein Stellvertreter Dietmar Dander fungierte zuvor als Vorsitzender des extrem rechten *Bündnis für Deutschland*.¹³ Während der neue Verein zunächst bedeutungslos blieb, so wandelte sich dies nach den Kommunalwahlen 1999.

Mit Unterstützung der vormaligen DLVH-Aktivisten Beisicht und Rouhs und einer starken Fokussierung auf das Kölner Lokalgeschehen gelang es *Pro Köln* zunehmend, Anhänger_innen zu gewinnen und 2004 erstmalig in den Kölner Stadtrat einzuziehen. Der Verleger Rouhs war von 1985 bis 1987 NRW-Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* und gründete 1987 mit *Europa Vorn* eine der bedeutendsten Zeitschriften der extremen Rechten. Diese wurde später unter Titeln wie *Signal* und *Nation24* fortgeführt und erschien zuletzt 2012 mit seit 1987

fortlaufender Nummerierung als *Magazin pro Deutschland* von Rouhs gleichnamiger *Bürgerbewegung Pro Deutschland*, allerdings nur noch online. Nach der Gründung von *Pro NRW* war Rouhs zeitweise stellvertretender Vorsitzender. Der gegenwärtige *Pro NRW*-Vorsitzende Beisicht wiederum war Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied der DLVH. Damals wie heute verteidigt er als Strafverteidiger Angehörige der rechten Szene.

Angesichts dieser Biografien verwundert es nicht, dass mit Björn Clemens ein ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der REP die Gründungsversammlung des Vereins *Pro NRW* leitete. Der 2007 erste Organisationsleiter und stellvertretende Vorsitzende von *Pro NRW*, Daniel Schöppe, war passenderweise zuvor stellvertretender Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied bei den REP und in den 1990er Jahren in der DLVH engagiert gewesen.¹⁴ Auch weitere Funktionäre der ersten Stunde hatten zuvor bereits in anderen einschlägigen Organisationen gewirkt oder sich wie der damalige Landesgeschäftsführer Bernd Michael Schöppe sogar an neonazistischen Demonstrationen beteiligt. Von den beim „Gründungsparteitag“ zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählten Kevin Gareth Hauer und Dieter Danielzick etwa war Ersterer auf der Liste der *Republikaner* in den Stadtrat von Gelsenkirchen gewählt worden, Letzterer war vormals Generalsekretär der extrem rechten Kleinstpartei *Ab jetzt... Bündnis für Deutschland*. Die ebenfalls in den Vorstand gewählte Judith Wolter kandidierte früher für die REP, ihr damaliger Vorstandskollege André Picker verteidigt als Rechtsanwalt regelmäßig Neonazis.

Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik für Pro NRW?

Von Köln über die Dörfer auf die große politische Bühne – das ist Ziel der altgedienten rheinischen *Pro NRW*-Kader um Markus Beisicht. Bei ihrem Kampf um kommunale Mandate geht es aber nicht nur darum, ihre Möglichkeiten der Agitation und Propaganda zu verbreitern. Denn Kommunalpolitik ist für die Partei auch ein Geschäftsmodell.

Pro NRW setzt nach eigenem Bekunden auf eine „Strategie des Aufbaus von unten nach oben“. ¹⁵ Eine kommunale Verankerung soll die Basis schaffen für überregionale Wahlerfolge. Trotz permanenter Erfolgsmeldungen, die die Partei geradezu chronisch über ihre Internetseiten verbreitet, fällt die Bilanz ihrer Bemühungen äußerst bescheiden aus. Der propagierte „Parteiaufbau nach dem Graswurzelprinzip“ will nicht recht gelingen. Auch mehr als sechs Jahre nach der Gründung besteht die selbsternannte „Bürgerbewegung“ jenseits ihres Kölner Zentrums vor allem aus Potemkinschen Dörfern.

Bei den Kommunalwahlen 2009 kamen *Pro NRW* und *Pro Köln* zusammen landesweit auf 0,6 Prozent. 41.287 Wähler_innen votierten für die Truppe, wobei knapp die Hälfte der Stimmen aus ihrer Hochburg Köln stammte. Dank fehlender Fünfprozenthürde schaffte sie es in die Parlamente von vier kreisfreien und fünf kreisangehörigen Städten und errang insgesamt 45 kommunale Mandate. Außer in der Domstadt (5,4 Prozent/5 Sitze), wo sie bereits seit 2004 im Rat sitzt, kam die *Pro*-Bewegung in Fraktionsstärke auch in die Stadträte von Bergheim (6,0 Prozent/3 Sitze), Radevormwald (5,1 Prozent/2 Sitze), Dormagen (4,5 Prozent/2 Sitze), Leverkusen (4,0 Prozent/3 Sitze) und Gelsenkirchen (4,3 Prozent/3 Sitze). Außerdem zog sie in vier Kreistage ein. Die Kleinpartei feierte ihr Abschneiden gewohnt großmäulig als „sensationellen Wahlerfolg“ und „historischen Wahlsieg“. Sogar von einem „politischen Erdbeben an Rhein und Ruhr“ war die Rede. ¹⁶

Jenseits ihres Kerngebiets unmittelbar rund um Köln führten die 2009 gewonnenen Mandate allerdings nicht zum Aufbau dauerhafter kommunaler Strukturen. So existieren beispielsweise die *Pro NRW*-Fraktionen in Gelsenkirchen und Dormagen inzwischen nicht mehr. Aufgrund von Austritten verlor die Partei ihre parlamentarische Präsenz sowohl im Kreistag des Rheinisch-Bergischen-Kreises als auch im ostwestfälischen Lemgo. Eine mehr oder weniger kontinuierliche Stadtratsarbeit scheint außer in Köln nur noch in Leverkusen stattzufinden. Die dortige Fraktion wird von dem *Pro NRW*- und *Pro Köln*-Vorsitzenden Markus Beisicht geführt.

Eine kommunalpolitische Kompetenz ist nirgendwo zu erkennen. Die parlamentarischen Initiativen ihrer Mandatsträger_innen beschränkten sich überwiegend darauf, auf Stammtischniveau die Hetzkampagnen gegen Andersgläubige, Andersdenkende und Anderslebende zu flankieren. Daran änderte auch eine im Juni 2011 gegründete *Kommunalpolitische Vereinigung der Pro-Bewegung* unter dem Vorsitz des Kölner Ratsherrn Jörg Uckermann nichts, die „als Kompetenzzentrum für Organisation und bürgernahe Kommunalpolitik“¹⁷ dienen sollte. Ob sie mittlerweile überhaupt noch existiert, ist unklar. Irgendwelche Aktivitäten sind nicht bekannt.

Auch wenn *Pro NRW* in den vergangenen Jahren vereinzelt Zuwachs erhielt von Mandatsträgern, die von den *Republikanern*, der DVU oder der NPD überwechselten, verfügt die Partei heute über weniger Mandate als nach den Kommunalwahlen von vor vier Jahren. Ein nicht unbedeutender Grund dürfte darin liegen, dass die Partei bei ihren Expansionsbemühungen immer wieder auf eher zwielichtige und intellektuell unterkomplexe Politdesperados setzte. Zumeist von anderen Rechtsaußenorganisationen, in ganz wenigen Fällen auch von demokratischen Parteien kommend, fehlt es diesen (fast ausschließlich männlichen und häufig sozial isolierten) Zeitgenossen in aller Regel an lokaler Ausstrahlungskraft. Ihr Wechsel zur *Pro NRW* oder *Pro Köln* wird zwar stets überschwänglich öffentlichkeitswirksam bejubelt. Aber sie fallen schnell in Ungnade, sobald sie in Konflikt mit dem absoluten

Machtanspruch des rheinischen *Pro NRW*-Führungszirkels um Markus Beisicht geraten.

Ein leuchtendes Beispiel ist der Fall von Oliver Wesemann. Der kurzzeitige Pressesprecher des Kölner Kreisverbandes der Piratenpartei war im März 2013 zu *Pro Köln* übergelaufen, was Beisicht zu der großspurigen Aussage veranlasste, sein Verein vertrete „heute effektiv das, was früher von der Piratenpartei gefordert wurde, bevor sich diese in eine links unterwanderte Chaostruppe verwandelte“.¹⁸ Am 30. April 2013 schickte *Pro Köln* Wesemann als sachkundigen Bürger in den städtischen Kulturausschuss und feierte das in einer Pressemitteilung unter der Überschrift „Pro Köln bringt den ersten Piraten in einen Ausschuss der Stadt“.¹⁹ Nachdem sie sich mit ihm überworfen hatte, ließ die *Pro Köln*-Fraktion Wesemann still und leise auf der Ratssitzung am 5. September 2013 wieder ablösen. Es gibt eine ganze Reihe vergleichbarer Fälle. Im Unterschied zu anderen Städten führten derlei Querelen in Köln bislang allerdings nicht zu weiterreichenden Verwerfungen. Die einfache Erklärung: Hier hat die *Pro*-Kernmannschaft die Zügel fest in der Hand.

Erstmalig trat *Pro Köln*, der Nukleus der *Pro*-Parteien, bei der Kölner Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2000 öffentlich in Erscheinung. Ihren Kandidaten präsentierte die selbsternannte „Bürgerbewegung“ damals als „kölschen Haider“. Allerdings verschwand er kurz darauf Richtung NPD. So etwas gibt es bis heute: Trotz aller formaler Abgrenzungsbekundungen findet immer wieder ein reger Personalaustausch zwischen den diversen Rechtsaußenvereinen statt. Zwischen *Pro NRW*, der mittlerweile aufgelösten DVU, den *Republikanern* und der NPD gab und gibt es ein munteres Hin und Her, mal in diese, mal in jene Richtung. Das reicht bis hin zu den militant neonazistischen *Freien Kräften*, zu denen es beispielsweise den vormaligen *Pro*-Jugendbeauftragten für das Rheinland verschlagen hat.

Bei den Kommunalwahlen 2004 schaffte *Pro Köln* mit 4,7 Prozent erstmalig den Einzug in den Kölner Rat. Seitdem geht es den führenden Funktionär_innen darum, ihr vermeintliches Erfolgsmodell

zu exportieren. Im Januar 2005 gründete sich die *Bürgerbewegung Pro Deutschland* mit Manfred Rouhs als Bundesvorsitzenden, im Februar 2007 die von Beisicht angeführte *Bürgerbewegung Pro NRW*. In der Domstadt ist es den beiden immerhin gelungen, über Jahre eine relativ stabile Struktur zu etablieren, die durch den Rats-einzug entscheidend gefestigt werden konnte. Vor allem erweiter-ten die Zuwendungen der Stadt für die *Pro Köln*-Fraktion nicht nur die Aktionsmöglichkeiten, sondern sorgten zudem für einen ökonomischen Anreiz zur Mitarbeit, wenn sie nicht gar zu finanziellen Ab-hängigkeiten führten. Dadurch war es möglich, die in diesem Milieu üblichen personellen Fluktuationen zu kompensieren.

Nach Auskunft der Stadt erhielt die fünfköpfige *Pro Köln*-Ratsfraktion beispielsweise im Jahr 2010 pauschalisierte städtische Zuwendungen in Höhe von 133.700 Euro. Hinzukamen noch 103.550,40 Euro an Sitzungsgeldern, wovon der mit Abstand größte Anteil auf Aufwandsentschädigungen für sachkundige Bürger_innen entfiel. Damit erhielt *Pro Köln* weit mehr Sitzungsgelder als alle ande-ren im Kölner Rat vertretenen Fraktionen. Das resultierte aus einem scheinbar schier unbändigen internen Beratungsbedarf. Alleine im Jahr 2010 will *Pro Köln* 221 Fraktionssitzungen veranstaltet haben. Hinzu kommen noch 151 interne Arbeitskreissitzungen. Das macht zusammen 372 Treffen. 2011 steigerte sich das Pensum sogar auf mehr als 480 Meetings.

Für ihren augenscheinlichen Versuch, als sitzungsfreudigste Ratsfraktion der Welt ins Guinnessbuch der Rekorde zu kommen, interessiert sich inzwischen die Kölner Staatsanwaltschaft. Sie geht davon aus, dass es sich bei dem vermeintlichen Tagungsseifer wohl eher um ein geschicktes, aber illegales Geschäftsmodell zum Abgreifen von Staatsknete handelt. Im Oktober 2012 durchsuchten Fahnder_innen 17 Büros und Wohnungen in Köln, Leverkusen und Berlin, darunter auch die Räume des *Pro NRW*-Vorsitzenden Beisicht und des inzwischen in Berlin lebenden *Pro Deutschland*-Chefs Rouhs, der bis April 2011 dem Kölner Stadtrat angehört hatte. Dabei fanden die Ermittler_innen offenbar genug Belege da-

für, dass seit dem Jahr 2008 Sitzungsgelder für mehrere Hundert Fraktionssitzungen abgerechnet wurden, die es möglicherweise nie gegeben hat. Außerdem sollen *Pro Köln*-Aktivist_innen Sitzungen abgerechnet haben, an denen sie nicht teilgenommen haben.

Im Juli 2013 erhob die Staatsanwaltschaft gegen vier Ratsmitglieder, darunter die Fraktionsvorsitzende Judith Wolter, Anklage wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs. Es handele sich um „an den Haaren herbei gezogene Verdächtigungen und bössartige Unterstellungen“²⁰, wies *Pro Köln* die Vorwürfe zurück. Mittlerweile hat die Stadt Köln die Anzahl der abrechenbaren Veranstaltungen gedeckelt. Gleiches gilt für Gelsenkirchen. Als sie noch existierte, war die dortige *Pro NRW*-Fraktion ebenfalls durch eine extensive Sitzungstätigkeit aufgefallen.

Eine weitere kreative Form der Erschließung öffentlicher Gelder offenbarte sich auf der Sitzung des Kölner Rates am 18. Juni 2013. Da gab Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) schriftlich darüber Auskunft, wie viel die Stadt für sogenannte „Kommunalverfassungsstreitigkeiten“ mit *Pro Köln* zahlen müssen. Er bezifferte die seit 2004 erstatteten Kosten für die von der *Pro Köln*-Fraktion oder ihren Mitgliedern betriebenen Verwaltungsstreitverfahren auf 18.040,77 Euro, darunter Anwaltskosten von 13.096,02 Euro. Das Problem sei, so erläuterte Roters, dass grundsätzlich die Stadt bei allen kommunalrechtlichen Verfahren die Kosten zu tragen hat – und zwar unabhängig von deren Ausgang. Dies bedeute im Fall der Fraktion von *Pro Köln*: „Wenn diese, wie es überwiegend der Fall ist, vor Gericht unterliegt, ist die Stadt verpflichtet, die Gerichtskosten und die Anwaltskosten zu übernehmen.“ Egal wer gewinnt: Für die Stadt wird es also immer teuer. Und wer profitiert? „In der Regel lassen sich Fraktion oder ihre Mitglieder anwaltlich durch den Vorsitzenden von *pro NRW* oder die in dessen Kanzlei tätige Vorsitzende der Ratsfraktion vertreten“²¹, heißt es in dem Schreiben von Roters. Wie erfreulich für Markus Beisicht und Judith Wolter.



Anhänger des RFJ bei einer Kundgebung in Köln-Kalk.

Nina Juliane Rink

Was ist der „Ring freiheitlicher Jugend“?

Der *Ring freiheitlicher Jugend*, kurz RFJ, bezeichnet sich selbst als „überparteilicher, politischer Jugendverband“. Gegründet wurde er am 15. September 2012 mit dem Ziel, „die Einigung im freiheitlichem Spektrum voranzutreiben und die nächste Generation freiheitlicher Politiker in Deutschland auf ihre Aufgaben vorzubereiten.“²² Als Namensgeber stand die gleichnamige Jugendorganisation der österreichischen FPÖ Pate. Der Vorstand des RFJ setzte sich laut Eigenangaben aus Jugendvertretern der Parteien *Pro NRW*, *Pro Deutschland*, *Die Republikaner* (REP) und *Die Freiheit* sowie der Gruppe *German Defence League* (GDL) zusammen – alles Organisationen, die sich selbst als „rechts“ oder „nationalkonservativ“ bezeichnen, sich aber verbal vom Neonazismus distanzieren.

Vorsitzender des RFJ ist Tony-Xaver Fiedler, der nach politischen Stationen bei den REP, der DVU und *Die junge Rechte* seit 2012 Jugendbeauftragter und Schriftführer bei *Pro NRW* ist sowie als Mitarbeiter der Fraktion *Pro Köln* arbeitet. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Siegfried Schmitz gewählt, der zeitweise bei *Die Freiheit* mitarbeitete und die Neugründung der *German Defence League* initiierte, eines Zusammenschlusses, der sich an der muslim-

feindlichen *English Defence League* orientiert. Ebenfalls im Vorstand sitzt das *Pro NRW*-Mitglied Christopher von Mengersen.

In ihren Grundsätzen nennt sich der RFJ selbst eine „soziale, identitäre und patriotische Jugendorganisation“²³, die „aktiv an der Gestaltung der Zukunft von Deutschland und seinem Volk teilnehmen“ will. In dem Bekenntnis zur „Heimat Deutschland als Teil eines Europas der freien und souveränen Völker und Väterländer“²⁴, wobei das „Deutsche Volk als Schicksalsgemeinschaft“ bezeichnet wird, drückt sich eine völkische Ideologie aus.

Die „Leitsätze freiheitlicher Politik“ auf der Internetseite des RFJ decken sich mit der Argumentationsweise und Programmatik von *Pro NRW*. So wird zum Beispiel das „Ende der ‚Political Correctness‘ und [...] wahre Meinungs- und Redefreiheit“²⁵ gefordert, dem Einfluss von „Extremisten“ und den „Interessen hoher Eliten“ soll durch mehr Bürgerbeteiligung entgegengetreten werden. Die Selbstinszenierung als Teil einer patriotischen Minderheit, die sich entgegen der vorherrschenden Meinung „mutig“ gegen die „Überfremdung“ durch Muslime und Migrant_innen ausspricht, gehört ebenfalls zum Standardrepertoire von *Pro NRW*.

Auf der Internetseite des RFJ fallen die *Pro NRW*-Kampagnen „Hasta la vista Salafista“ und „Es gibt kein Grundrecht auf Asylmissbrauch“ ins Auge. Mit der Gründung des RFJ wurde auch das Jugendmagazin *Objektiv* vorgestellt, das als „weiterer Schritt in der bundesweiten Ausdehnung der PRO-Bewegung“²⁶ beworben wurde. In Köln erlangte die 2006 als Schülerzeitung von *Pro Köln* konzipierte *Objektiv* nach der Verteilung an Schulen kurzzeitig eine fragwürdige Aufmerksamkeit. Die *Objektiv* wurde als alternative Informationsquelle jenseits der „Mainstream-Medien“ dargestellt, die den Fokus auf vermeintlich jugendnahe Probleme wie „ausländische Jugendkriminalität“, „Überfremdung“ im Alltag und in den Schulklassen legt. Tatsächlich zielten bis auf die eingestreuten, unverfänglichen „Freizeitipps“ alle Texte darauf ab, antimuslimische Stereotype zu bedienen, um anschließend die Aktivitäten von *Pro Köln* zu bewerben.

Die „neue“ *Objektiv* führt dieses Konzept fort. Die „Artikel“ dienen auch hier lediglich als Hinleitung auf die Parade-Themen „Ausländerkriminalität“ und „Asylmissbrauch“. So zeichnet der Beitrag „Bildungsfern und abgehängt“ das Bild eines jungen Mannes „nennen wir ihn Ali“²⁷, der mit seiner Großfamilie Sozialleistungen bezieht und sich Bildungsangeboten verweigert. Etwas zurückhaltender wird in „Föderalismus bis zum Abwinken“ die negative Entwicklung des Bildungssystems auf „sozialistische Bildungsexperimente“²⁸ in Berliner Schulen, in denen „kein einziger Deutscher“ anzutreffen sei, dafür aber Wert auf „die Integration bildungs- und kulturfremder Schichten“ gelegt werde, zurückgeführt. Das Argumentationsmuster ist immer das Gleiche: Migrant_innen passen nicht hierher, die Deutschen, wahlweise die deutsche Kultur leidet, keiner tut was – aber zum Glück gibt es ja *Pro NRW*. Die Auswahl der Themen richtet sich so nicht nach ihrer Relevanz für Jugendliche, sondern nach ihrem Potenzial zur Instrumentalisierung für die rassistische und anti-muslimische Hetze der Partei. Die *Objektiv* erfüllt dabei zum einen die Funktion des Propagandamediums, das die Inhalte an Schüler_innen und Studierende vermitteln und so die *Pro*-Organisationen bei den Jungwähler_innen bekanntmachen soll. Außerdem soll ein niedrigschwelliges Angebot zur Mitarbeit angeboten werden.

Die „übergreifende, überregionale Zusammenarbeit“ des RFJ ist bereits jetzt gescheitert: *Die Freiheit* distanzierte sich von der *Pro*-Bewegung und befindet sich mittlerweile im Auflösungsprozess. Die beiden RFJ-Vorstandsmitglieder Siegfried Schmitz und Nicolai Vandchali wurden nach Gründung des RFJ aus der Partei *Die Freiheit* ausgeschlossen. Ob von der Zusammenarbeit mit der GDL hinsichtlich der Beteiligung mehr zu erwarten ist, ist ohnehin fraglich. Auch wenn auf der Homepage von deutschlandweit 26 „Divisionen“ die Rede ist, kamen zum groß angekündigten „Marsch der Patrioten“ im August 2012 gerade mal 35 Personen nach Köln. Außerdem dürften die Vorstellungen erfolgreicher Aktionen bei *Pro NRW* und GDL auseinandergehen. Siegfried Schmitz gab zu Protokoll, mit seiner *German Defence League* junge Menschen anzusprechen, die

vor körperlichen Auseinandersetzungen „nicht zurückschrecken“.²⁹ Auf Fotos der „Bundestreffen“ posieren die Mitglieder martialisch in einheitlich-schwarzen Kapuzenpullis oder mit Bengalischem Feuer vor ihrer „Divisionsfahne“. Die Abgrenzung in ein rechtsoffenes Hooligan-Spektrum findet bewusst nicht statt und läuft den Bemühungen *Pro NRW* um Seriosität zuwider.

Während die GDL sich immerhin im Auftreten einen erlebnisorientierten subkulturellen Habitus gibt, bietet die Jugendarbeit von *Pro NRW* keine Identifikationsfläche für junge Menschen. Der Aktionsradius beschränkt sich hier auf Aktivitäten, die ohnehin im Rahmen der Parteiarbeit stattfinden, sprich der Teilnahme an Kundgebungen oder Flugblattverteilungen. Statt jugendspezifischer Angebote werden lediglich gemeinsame Bootstouren oder Biergartenbesuche angeboten. Jugendarbeit war und ist für *Pro NRW* in erster Linie ein taktisches Mittel, um bei Erstwähler_innen auf Stimmenfang zu gehen und die dünne Personaldecke aufzustocken. Nach den öffentlichen Auftritten zu urteilen, ist die Zahl der jugendlichen Mitglieder bei *Pro* und dem RFJ gleichbleibend überschaubar.

Jörg Kronauer

Welche Rolle spielen Internetblogs wie Politically Incorrect und Freiheitlich?

Eine nicht unwichtige Rolle im politischen Umfeld der *Pro*-Organisationen spielen Internet-Blogs. Darunter befinden sich einerseits Projekte, die ihren Schwerpunkt inhaltlich definieren – so etwa *Politically Incorrect (PI-News)* –, andererseits aber auch Webseiten, die sich vor allem durch ihre Nähe zu einer bestimmten Organisation auszeichnen – etwa *freiheitlich.me*.

Politically Incorrect, im November 2004 von Stefan Herre aus Bergisch Gladbach gegründet, um Kritik an der Politik des damaligen US-Präsidenten George W. Bush abzuwehren, hat sich schon

bald auf Agitation gegen den Islam konzentriert. Dieser sei „zur Zeit die größte Bedrohung unserer Freiheit“³⁰, behauptete Herre 2007 im Interview mit dem Rechtsaußen-Medium *Blaue Narzisse*. Die Agitation von *Politically Incorrect* fällt dabei außergewöhnlich aggressiv aus. Verbreitet ist zum Beispiel die verbale Gleichsetzung von Islam und salafistischem Terrorismus, wie sie etwa im September 2013 in der Überschrift „Islam mordet weltweit“ zum Ausdruck kam. Äußerungen in Leserkommentaren gehen noch deutlich weiter; so wird etwa behauptet, der Koran fordere eine „Endlösung“ nach dem Muster der Shoah.³¹ *Politically Incorrect* verlinkt zahlreiche Organisationen und Blogs des anti-islamischen Spektrums wie etwa die *Bürgerbewegung Pax Europa*, aber auch Kreise der extremen Rechten wie eine Internet-Präsenz der *Identitären Bewegung*. Kurz nach den Terroranschlägen von Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 in Norwegen, denen 77 Menschen zum Opfer fielen, hieß es auf dem Blog in Bezug auf Breiviks „Manifest“: „Was er schreibt sind größtenteils Dinge, die auch in diesem Forum stehen könnten.“³²

Dabei muss berücksichtigt werden, dass *Politically Incorrect* letztlich auf eine umfassende politische Wende abzielt. „Bei Licht betrachtet arbeiten wir uns mit der Islamkritik lediglich an Symptomen eines gesellschaftlichen Verfalls ab, der mit der Achtundsechziger-Bewegung und der bürgerlichen Antwort, der Spaß- und Konsumgesellschaft, seinen Anfang genommen hat“, urteilte *Politically Incorrect*-Gründer Herre im Mai 2011: „Es wäre daher angebracht, den Begriff der ‚Dekadenzkritik‘ näher zu betrachten.“³³ Der Blog weitet die politische Perspektive deshalb immer wieder auf Bereiche jenseits anti-islamischer Agitation aus. Als Schlagwörter zur Kategorisierung der Blog-Beiträge werden inzwischen nicht nur „Werteverfall“, sondern auch „Migrantengewalt“ oder „Deutschenfeindlichkeit“ genutzt. Als die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Oktober 2013 die Rolle des damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg bei der Übertragung der Macht an die Nazis thematisierte, beschimpfte *Politically Incorrect* das renommierte Medium als „linksversiffte(s) Drecksblatt“.³⁴ Aufgrund seiner Reichweite ist *Politically Incorrect* für politische Or-

ganisationen auch jenseits inhaltlicher Aspekte interessant: Der Blog wird – laut Eigenangaben – täglich von 25.000 bis 35.000 Personen gelesen und hat Unterstützungsgruppen („PI-Gruppen“) in mehr als 50 deutschen Städten. Mehrere Jahre lang begleitete *Politically Incorrect* die *Pro*-Organisationen mit großer Sympathie, berichtete über ihre Veranstaltungen und trat beim „Anti-Islamisierungs-Kongress“ 2009 sogar mit eigenen Transparenten auf. 2010 vollzog die Plattform jedoch einen Schwenk und wandte sich Geert Wilders zu, dem neuen Liebling der anti-islamischen Szene; damit verbunden war die Abkehr von den *Pro*-Organisationen und eine intensive Unterstützung für die im Oktober 2010 gegründete Partei *Die Freiheit*, die sich an Wilders anlehnte. Allgemein leitet die anti-islamische Agitation auf *Politically Incorrect* freilich auch weiterhin Wasser auf die Mühlen der *Pro*-Organisationen, und in jüngster Zeit hat das Blog sogar wieder begonnen, positiver über sie zu berichten. Mitte November 2013 veröffentlichte der Blog sogar einen Wahlkampfaufruf zu Gunsten von *Pro NRW*, deren Kandidatur zum Europäischen Parlament als erfolversprechend bewertet wurde.

Freiheitlich.me kann sich zwar in puncto Verbreitung bei weitem nicht mit *Politically Incorrect* messen, ist jedoch heute für die *Pro*-Organisationen von vielleicht sogar größerer Bedeutung: Der Blog steht *Pro NRW* nicht nur inhaltlich, sondern auch politisch-praktisch sehr nahe. Es berichtet über Aktivitäten der Organisation, über mit ihr kooperierende Parteien im europäischen Ausland – und trägt dabei zuweilen auch interne Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit. Eine zentrale Rolle spielt die Abgrenzung gegenüber anderen deutschen Parteien wie etwa der *Freiheit*, den *Republikanern* (REP) oder der *Alternative für Deutschland* (AfD). Thematisch besitzt auch bei *freiheitlich.me* die Agitation gegen den Islam einen hohen Stellenwert. Im Herbst 2013 hat das Blog begonnen, sich auch stärker für die Agitation gegen Roma zu öffnen – im Zusammenhang mit den Aktivitäten der *Pro*-Organisationen gegen Roma in Duisburg.

Dominik Clemens/Hendrik Puls

Ist Pro Deutschland die Mutterpartei von Pro NRW?

Eine Handvoll Aktivist_innen der *Bürgerbewegung pro Deutschland* sorgte im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 für Medienrummel: Mehrere Dutzend Städte, darunter viele in Nordrhein-Westfalen, wurden ihm Rahmen einer „Wahlkampf tour“ unter dem Motto „Zuwanderung stoppen – Islamisierung verhindern“ angesteuert. Wähler_innen ließen sich so allerdings nicht in nennenswerter Zahl mobilisieren: Gerade einmal 0,2 Prozent der Stimmen konnte die extrem rechte Partei auf sich vereinen.

Pro Köln – Pro NRW – Pro Deutschland? Diese Namensgebung legt die Vermutung nahe, dass es sich – dem föderalistischen Prinzip folgend – um Gliederungen ein und derselben Partei handelt. Tatsächlich sind die drei genannten Organisationen jedoch formal voneinander unabhängig. Die Partei *Pro Deutschland* wurde 2005 (also noch vor *Pro NRW*) gegründet. Im Jahr zuvor war *Pro Köln* erstmals in den Rat der Domstadt eingezogen. Dieses „Erfolgsmodell“ sollte auf andere Städte und Regionen ausgedehnt werden – die politischen Ambitionen der örtlichen Kader gingen längst über die Stadt Köln hinaus.

Gründungsvorsitzender und derzeitiger Chef von *Pro Deutschland* ist der Verleger Manfred Rouhs. Er ist einer der Gründungsväter des *Pro*-Konzepts. Im Frühjahr 2011 legte er sein *Pro Köln*-Ratsmandat nieder und ging nach Berlin. Dort konzentriert er sich seitdem mit wenig Erfolg auf die Partei *Pro Deutschland*, die allein in der Hauptstadt über einen Landesverband verfügt. 2011 scheiterte der Antritt zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses mit einem Ergebnis von 1,2 Prozent. Gehofft hatte Rouhs auf einen Sprung über die 5-Prozent-Hürde, es reichte aber nicht einmal für ein Mandat in einer der zwölf Bezirksverordnetenversammlungen.³⁵ *Pro Deutschland* fehlt es nicht nur an fähigem Personal – Ende 2011 zählte man gerade einmal 452 Parteimitglieder – sondern

auch an lokaler Verankerung. Letzteres hatte der *Pro NRW*-Chef Markus Beisicht wiederholt mokiert. Mehrmals war es zwischen den beiden Männern zum Streit über die richtige Strategie der Parteiausdehnung gekommen.

Kurz nach der Bundestagswahl 2013 fand Beisicht wenig schmeichelnde Worte für die Partei seines langjährigen politischen Weggefährten: Die vorschnelle Kandidatur von *Pro Deutschland* sei „bedauerlich“, selbst in der „vermeintlichen Hochburg Berlin“ habe die Partei ein „Ghettoergebnis von 0,3 %“ erzielt. „Wir gehen davon aus, dass die verantwortlichen Personen aus diesem Wahlergebnis die notwendigen Schlüsse ziehen und diese Splitterpartei zu gegebener Zeit in ein freiheitliches Sammlungsprojekt unter der Federführung von PRO NRW und PRO KÖLN überführen werden“, forderte Beisicht, dessen Partei den Wahlkampf von *Pro Deutschland* in NRW nicht aktiv unterstützte.³⁶

Wenige Tage zuvor hatten *Pro Deutschland*-Aktivisten im Rahmen der eingangs erwähnten Wahlkampftour eine Tütensuppe in den Briefkasten von Beisichts Anwaltskanzlei geworfen. Geschmacksrichtung „Kaisersuppe“ – ein Affront und offenbar eine Anspielung auf den Führungsstil des *Pro NRW*-Vorsitzenden. Die Reaktion erfolgte prompt: Ein an der Wahlkampftour beteiligter sachkundiger Bürger von *Pro Köln* wurde aus dem Ausschuss abberufen, der ebenfalls beteiligte Bonner Ratsherr Nico Ernst nicht mehr in den *Pro NRW*-Kreisvorstand gewählt.

Ausden ehemals verbündeten Parteien sind Konkurrentinnen geworden. Von einer Zusammenarbeit kann längst keine Rede mehr sein. Hatten Beisicht und Rouhs noch im Juni 2012 erklärt, dass beide *Pro*-Formationen bei der Europawahl 2014 kooperieren wollten, stellte *Pro NRW* im September 2013 im Alleingang eine Liste zur Europawahl auf. *Pro NRW*-Chef Beisicht lässt sich seinen Führungsanspruch nicht streitig machen. Von einer bundesweiten Ausdehnung seines Parteimodells hat er erst einmal Abstand genommen.



Pro Köln-Demonstration gegen den Moscheebau am 15. März 2003 in Köln.

Hendrik Puls

Arbeitet Pro NRW mit Neonazis zusammen?

Gegenüber der Öffentlichkeit sind die führenden Funktionär_innen von *Pro NRW* stets bemüht, sich von Neonazis abzugrenzen. *Pro NRW* sei eine „betont grundgesetztreue Bürgerbewegung“, die sich zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ bekenne, meint ihr Vorsitzender Markus Beisicht. „Es gibt insbesondere keinerlei Zusammenarbeit von *pro NRW* mit dem sogenannten NS-Narrensaum.“³⁷ Doch so eindeutig ist das Verhältnis von *Pro NRW* zum Neonazismus nicht. Ein genauerer Blick auf die Praxis der Partei zeigt, dass sich trotz der lautstarken Distanzierungen immer wieder Berührungspunkte zum organisierten Neonazismus finden.

In den Anfangsjahren der *Bürgerbewegung pro Köln*, der Keimzelle von *Pro NRW*, gab es keine ausgeprägten Berührungspunkte zum neonazistischen Lager der deutschen Rechten. Als *Pro Köln* 2001 und 2002 mehrmals gegen den „Drogenstrich“ im Stadtteil Longerich demonstrierte, waren unter den Teilnehmenden zahlreiche Mitglieder „Freier Kameradschaften“ und der NPD. An einem Fackelmarsch nahmen unter anderem die „Kameradschaftsführer“ Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt aus Dortmund und Sven Skoda aus Düsseldorf teil. Auch bei einer Demonstration gegen das *Bundesamt*

für Verfassungsschutz im März 2002 waren die bekennenden Neonazis wieder mit dabei, als Vertreterin der „Freien Kräfte“ hielt die aus dem Sauerland stammende Kameradschaftsaktivistin Daniela Wegener eine Rede. Noch 2003 beteiligte sich die NPD mit Fahnen und Transparenten an Aktionen von *Pro Köln*. Im selben Jahr sprach die *Pro Köln*-Vorsitzende Judith Wolter im Interview mit dem NPD-Organ *Deutsche Stimme* die Einladung aus, dass sich jeder, der sich mit den Zielen ihrer Vereinigung identifiziere, bei dieser mitarbeiten könne, „unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit“. Man sei stets um ein gutes Verhältnis zu „anderen nationalen Organisationen“ und einer „konstruktiven Zusammenarbeit“ bemüht.³⁸

Mit der Gründung von *Pro NRW* 2007 änderte sich dieses Verhältnis. Fortan verstand sich *Pro NRW* als landesweite rechte Sammlungsbewegung, in der sich alle „seriösen“ und „politikfähigen“ Kräfte einreihen sollten: statt gemeinsamer Aktionen also Abwerben der Mitglieder anderer Rechtsaußen-Parteien. So wechselten in den vergangenen Jahren Mitglieder von *Deutsche Volksunion* (DVU), *Republikanern* und NPD, darunter auch solche, die zuvor Funktionärsposten oder Kommunalmandate innehatten, zu *Pro NRW*. Unter ihnen befand sich mit Max Branghofer auch der damalige NRW-Landesvorsitzende der DVU.

Während *Pro NRW* an die Adresse der *Republikaner* immer wieder Angebote zur langfristigen Zusammenarbeit machte und gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden, ging die Partei auf Distanz zur NPD. Mit dieser Neonazi-Partei wollte man nicht länger in Verbindung gebracht werden. Besonders deutlich wurde dies im Januar 2009, als innerhalb der NPD heftig um den zukünftigen Kurs und die Macht über die Partei gerungen wurde. Die einflussreichen NPD-Fraktionsvorsitzenden aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatten zeitweise den langjährigen Parteiaktivisten und rechten Publizisten Andreas Molau zu ihrem Kandidaten für den Posten des Bundesvorsitzenden ausersehen. Er sollte den NPD-Chef Udo Voigt ablösen. Molau kündigte an, er beabsichtige, den zwischen NPD und DVU geschlossenen „Deutschlandpakt“ auch auf die *Pro*-Bewegung auszuweiten. Damit sollten konkurrierende Wahantritte

in den Bundesländern verhindert werden. *Pro NRW* wies dieses Angebot als „irrationale Wunschvorstellung“ brüskiert zurück. „Es wird jedenfalls unter keinen Umständen seitens der pro-Bewegung eine Zusammenarbeit mit Extremisten jedweder Couleur geben“, so Markus Beisicht. An Molau gerichtet, schrieb Beisicht, dieser möge „im politischen Narrensaum untergehen“.³⁹

Ein Jahr später sah plötzlich alles ganz anders aus: Molau verließ, nachdem seine Kandidatur gescheitert war, frustriert die NPD und wandte sich nach einem kurzen Intermezzo bei der DVU der *Bürgerbewegung pro NRW* zu. Dort wurde er mit offenen Armen empfangen. Das neue Mitglied unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit der Partei, trat als Redner auf und wurde im März 2011 sogar als Beisitzer in den Parteivorstand von *Pro NRW* gewählt. Seine Karriere in der NPD und seine rassistischen Äußerungen, also seine Verwurzelung in eben jenem „NS-Narrensaum“, waren nicht länger Hinderungsgründe für eine intensive Zusammenarbeit. Molau blieb zwei Jahre bei der Beisicht-Partei, bis er der extremen Rechten den Rücken kehrte und seinen „Ausstieg“ erklärte.⁴⁰

Die engsten Verbindungen zwischen *Pro NRW* und organisierten Neonazis existierten in der oberbergischen Stadt Radevormwald, wo *Pro NRW* 2009 mit 5,1 Prozent in Fraktionsstärke in den Rat einzog. Drei Jahre später, am frühen Morgen des 25. April 2012, ging die Polizei mit einer großangelegten Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder der Neonazi-Kameradschaft *Freundeskreis Rade* vor. In Radevormwald wurden sowohl mehrere Wohnungen als auch das Fraktionsbüro von *Pro NRW* durchsucht, in dem ein Kopierer beschlagnahmt wurde. Nach Ansicht der Polizei handelte es sich bei dem *Freundeskreis Rade* um eine „kriminelle Vereinigung“, deren Mitglieder für zahlreiche Gewalttaten gegen Linke, Migrant_innen sowie für Hakenkreuzschmierereien und andere Propagandadelikte verantwortlich waren. Seit September 2013 müssen sich deshalb acht junge Männer vor dem Landgericht Köln verantworten. Auf der Anklagebank sitzen mehrere Personen, die sich früher für die Partei oder deren *Jugend pro NRW Bergisches Land* betätigten.

Selbst nach der Gründung des *Freundeskreis Rade* ging man nicht auf Abstand zu *Pro NRW*. Die jungen Männer besuchten *Pro NRW*-Demonstrationen wie den „Marsch für die Freiheit“ im Mai 2011 in Köln oder halfen bei Infoständen aus. Die als mutmaßliche Mitglieder des *Freundeskreis Rade* angeklagten Radevormwalder Marius D. und Daniel K. etwa saßen für *Pro NRW* als sachkundige Bürger in Ausschüssen des Stadtrats. Der Angeklagte Daniel Ku. kandidierte 2009 als Kommunalwahl-Kandidat von *Pro NRW*. Auch der damalige Radevormwalder *Pro NRW*-Fraktionsvorsitzende Tobias Ronsdorf ist angeklagt, einer der Rädelsführer der „kriminellen Vereinigung“ zu sein. Obwohl schon 2009 Vorwürfe laut wurden, Ronsdorf sympathisiere mit Neonazis, baute seine Partei ihn als Hoffnungsträger auf. Er sei ein „echte[r] Siegertyp“, dessen „jugendliche[r] Aktivismus viele junge Menschen für *PRO NRW* begeistern kann“, urteilte Ende 2011 der *Pro NRW*-Bezirksverbandsvorsitzende für das Bergische Land, Udo Schäfer, über seinen jungen Kollegen.⁴¹ Nach den Razzien leugnete der *Pro NRW*-Chef Beisicht diese Verbindungen. „Keinem Kandidaten, keinem Funktionsträger von uns kann man ernsthaft einen Kontakt zu Neonazis nachweisen“⁴², so Beisicht im Interview mit dem WDR. Wenn Parteimitglieder mit „Verfassungsfeinden“ kooperiert hätten, dann würden diese „natürlich unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen“.⁴³ Dennoch dauerte es vier Monate bis sich die Wege von Ronsdorf und *Pro NRW* trennten. Mittlerweile will *Pro NRW* nicht mehr an ihren einstigen „Hoffnungsträger“ erinnert wird. Seinen Platz im Rat hat seit Februar 2013 ein Nachrücker inne.

Allen öffentlich gewordenen Verwicklungen und negativen Schlagzeilen zum Trotz: Vormalige Neonazis und NPD-Funktionäre können noch immer „Posten“ bei *Pro NRW* nahestehenden Organisationen erlangen. So wurde im September 2012 Christoph Schmidt als Beisitzer in den NRW-Landesvorstand des *Rings freier Jugendlicher* (RFJ) gewählt. Schmidt war 2009 Kommunalwahlkandidat der NPD und bis 2010 der „Landesbeauftragte“ der NPD-Jugendorganisation JN. Damit bleiben die gebetsmühlenartig wiederholten Distanzierungen vom „NS-Narrensaum“ fragwürdig.

Dominik Clemens

Welches Verhältnis hat Pro NRW zu anderen Rechtsaußen-Gruppen?

Es ist eng am rechten Rand des politischen Spektrums. Trotz in der Bevölkerung weit verbreiteter rassistischer und antidemokratischer Einstellungen, gelingt es den extrem rechten Parteien kaum, dieses Potenzial bei Wahlen zu mobilisieren. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen europäischen Ländern, wo rechtspopulistische Parteien teils zweistellige Wahlergebnisse einfahren. Gerade das einwohnerstärkste Bundesland NRW galt wahlpolitisch schon immer als schwieriges Pflaster für die extreme Rechte. Dass gleich mehrere extrem rechte Parteien miteinander konkurrieren, bringt *Pro NRW* zusätzliche Schwierigkeiten.

Während die *Pro*-Parteien eine Zusammenarbeit mit der bundesweit weitaus größeren und erfolgreicherer NPD – anders als in den frühen Jahren von *Pro Köln* – ablehnen und diese im „rechten Narrensaum“ verorten, pendelt das Verhältnis zu anderen Rechtsaußen-Gruppen zwischen (angestrebter) Kooperation und scharfer Konkurrenz. Dabei geht es *Pro NRW* vor allem darum, den eigenen Führungsanspruch im sogenannten „freiheitlichen Lager“ – also im politischen Spektrum zwischen Unionsparteien und dem neonazistischen Milieu – geltend zu machen. Denn bei konkurrierenden Kandidaturen aus dem rechten Lager ist der Einzug von *Pro Köln/Pro NRW* in Fraktionsstärke in Stadträte und Kreistage bedroht. Und bei der Landtagswahl würde ein Rückgang des Stimmenanteils auf unter ein Prozent (2012 erhielt *Pro NRW* 1,4 Prozent) den Ausschluss aus der Wahlkampfkostenerstattung zur Folge haben. In der Größenordnung dieser „1-Prozent-Hürde“ bewegt sich das landesweite Potenzial von *Pro NRW*, ein Einzug in den Landtag liegt derzeit in unerreichbarer Ferne. Allein für die Finanzierung der weiteren Arbeit ist es für *Pro NRW* daher essentiell, konkurrierende Kräfte einzubinden. Dies gelingt bislang aber nur mit mäßigem Erfolg.

In den Jahren 2012 und 2013 bestand eine punktuelle Zusammenarbeit mit der verbal-militanten, islamfeindlichen *German Defense League*, die in NRW einige „Divisionen“ mit wenigen Anhänger_innen unterhält. Diese verstärkte zwar gelegentlich durch Präsenz *Pro*-Aktionen auf der Straße, besitzt aber sonst nur eine geringe Relevanz.

Schwieriger gestaltet sich das Verhältnis zu anderen Rechtsaußen-Parteien: Nach der Bundestagswahl 2013 meldete sich *Pro NRW*-Chef Beisicht zu Wort und äußerte – auch mit Blick auf das schlechte Abschneiden von *Die Freiheit* (die sich an der PVV des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders orientiert) und *Pro Deutschland*: „Jetzt gilt es, *PRO NRW* und *PRO KÖLN* als die mit Abstand aussichtsreichste und parlamentarisch verankerte freiheitliche Partei bei den Kommunalwahlen und der Europawahl zu stärken, um dann anschließend die freiheitliche Bewegung bundesweit neu zu ordnen.“⁴⁴ Von der angestrebten Neuordnung – unter der Führung von *Pro NRW*, die selbst nicht nur Wahl angetreten war – kann aber derzeit keine Rede sein. Die ursprünglich als Ableger von *Pro Köln* gegründete Partei *Pro Deutschland* geht inzwischen eigene Wege. Und die lange von *Pro NRW* umgarnten *Republikaner* (REP) kooperieren lieber mit den verbliebenen Resten der Kleinstpartei *Die Freiheit*. Das Verhältnis von *Pro NRW* zu den REP, die sich seit Jahren im Niedergang befinden, war in den vergangenen Jahren kompliziert. Zwar wurde 2010 der „Ausbau der politischen Kooperation“ zwischen beiden Parteien mit dem Ziel „einer gemeinsamen Wahlplattform bei der nächsten Europawahl im Jahr 2014“⁴⁵ vereinbart. Praktische Folgen blieben aber weitgehend aus. Bei einer als „Marsch für die Freiheit“ titulierten Demonstration in Köln im Mai 2011 war zwar eine größere REP-Delegation an den Rhein gereist, bei der auch der Parteivorsitzende Rolf Schlierer als einer der Redner_innen auftrat. Knapp zwei Jahre später sind die Beziehungen zwischen den beiden Parteien deutlich abgekühlt. Schlierer reagierte verschnupft auf die Ankündigung von *Pro NRW*, im Alleingang zur Europawahl zu kandidieren: „Wir nehmen

zur Kenntnis, dass die von unserer Seite offen geführten laufenden Kooperationsgespräche von Pro-NRW-Seite ohne vorherige Ankündigung zugunsten eines Alleinganges beendet wurden.“⁴⁶ Dieses Vorgehen lasse begründete Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Kooperationsbereitschaft von *Pro NRW* aufkommen.

Die Avancen von *Pro NRW* waren auch am vehementen Widerstand der nordrhein-westfälischen REP-Parteibasis gescheitert. Deren Landesverband verweigerte sich – anders als der Bundesvorstand – strikt einer Kooperation. Dabei spielte wohl auch eine Rolle, dass einige REP-Aktivist*innen (darunter auch kommunale Mandatsträger) die dahinsiechende Partei in Richtung *Pro NRW* verlassen haben. Im Jahr 2010 bezeichnete die damals amtierende REP-Landesvorsitzende Ursula Winkelsetz *Pro NRW* als „Laus, die sich permanent zum Elefanten aufbläst“⁴⁷. Ein knappes Jahr später kam sie einem Parteiausschluss, den das REP-Bundespräsidium aufgrund ihrer Haltung zur *Pro NRW* anstrebte, zuvor, indem sie ihren Austritt erklärte. Eine Kooperation zwischen beiden Parteien findet dennoch nicht statt.

Die größte Gefahr droht der Beisicht-Truppe durch die im Februar 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD). Zwar lässt sich die AfD nicht per se dem extrem rechten Lager zuordnen. Doch verbindet die Partei wirtschaftsliberale Vorstellungen mit einer rechten Kritik an der Europäischen Union und wandte sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl gegen die „ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“. Mit derlei Positionierungen spricht die AfD zum Teil ähnliche Wähler_innen-Milieus an wie *Pro NRW*. Und die neugegründete Partei, die bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Stand 4,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, ist für viele im rechten Lager derzeit das aussichtsreichere Projekt. Zum Beispiel für den von *Pro NRW* hochgelobten Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der mittlerweile Unterstützer der AfD ist. 2009 hielt er einen Vortrag bei der *Pro Köln*-Ratsfraktion und musste noch 2011 als Kronzeuge für die Anti-Euro-Position der *Pro*-Parteien herhalten.⁴⁸ *Pro NRW* ist unter Druck geraten.



„Marsch für die Freiheit“ mit Vertreter_innen von FPÖ und Vlaams Belang (Köln, Mai 2011).

Jörg Kronauer

Mit welchen internationalen Akteuren arbeitet Pro NRW zusammen?

Die wichtigsten internationalen Bezugspunkte für die Pro-Organisationen sind bislang die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und der *Vlaams Belang* aus Belgien gewesen. Beide gehören zu den stärksten rechtspopulistischen Organisationen in Europa.

Die FPÖ ist international bekannt, seit sie Ende der 1990er-Jahre unter ihrem damaligen Vorsitzenden Jörg Haider große Erfolge erzielte und am 4. Februar 2000 gemeinsam mit der ÖVP die österreichische Regierung bildete. Seit ihrem Bruch mit Jörg Haider im Jahr 2005 wieder in der Opposition, hat die Partei inzwischen erneut an Stärke gewonnen und am 29. September 2013 mit 20,5 Prozent bei den Nationalratswahlen an ihre Spitzenergebnisse von vor 20 Jahren anknüpfen können. Die FPÖ vertritt die klassischen Elemente rechtspopulistischer Politik. Dazu gehören insbesondere eine dezidierte, rassistisch konnotierte Ablehnung von Immigration,

scharfe, oft kulturrassistisch gefärbte Angriffe gegen den Islam und der Ruf nach einem „starken Staat“. Die FPÖ gründet historisch wie politisch im deutschnationalen Spektrum Österreichs, das in der Geschichte immer wieder einen „Anschluss“ an Deutschland gefordert hat. Entsprechend weist sie personelle Kontinuitäten zu NS-Organisationen auf, denen etwa ihre ersten Parteivorsitzenden entstammten. Wiederkehrende Anklänge an die NS-Zeit haben darin ihren Ursprung, zum Beispiel Äußerungen des FPÖ-Politikers John Gudenus, die die Shoah relativierten; Gudenus wurde 2006 dafür gerichtlich verurteilt.

Der *Vlaams Belang* steht in einer Tradition, die in die Zeit der flämischen Kollaboration mit dem NS-Reich zurückgeht. Der NS-Kollaborateur Staf de Clercq sei „einer der historischen Anführer“⁴⁹ des *Vlaams Belang*, äußerte Filip Dewinter, der führende Kopf der Partei, im August 2005. Politisch hat der *Vlaams Belang* große Ähnlichkeiten mit der FPÖ; dies gilt besonders für seine kulturrassistisch gefärbten Angriffe gegen den Islam. Vor allem aber setzt er sich für die Abspaltung Flanderns, der niederländischsprachigen Gebiete im Norden Belgiens, ein. Seinen größten Wahlerfolg konnte er im Jahr 2004 feiern, als er bei den Parlamentswahlen in Flandern 24,2 Prozent der Stimmen erzielte. Zuletzt musste er spürbare Verluste hinnehmen, weil ein Teil seiner Wählerschaft zu einer neuen separatistischen Kraft, der *Nieuw-Vlaamse Alliantie* (N-VA), übergegangen ist. Bis heute unterhält der *Vlaams Belang* Kontakte in die extreme Rechte; laut einem Parteibeschluss vom Januar 2011 darf beispielsweise Roeland Raes, der wegen Relativierung der Shoah verurteilt worden ist, Parteimitglied bleiben.

Eine aktive Kooperation mit FPÖ und *Vlaams Belang* unterhielten die *Pro*-Organisationen vor allem in den Jahren 2007 bis 2009. Im Herbst 2007 kam es zu Verhandlungen zwischen FPÖ, *Vlaams Belang* und *Pro Köln* über eine engere Zusammenarbeit. Die FPÖ-Politikerin Susanne Winter aus Graz berichtete im November 2007 in der österreichischen Rechtsaußen-Wochenzeitung *Zur Zeit*:

„Der muslimische Einwanderungs-Tsunami, der in den letzten Jahrzehnten unseren europäischen Kontinent mit Ausländern islamischen Glaubens überflutet hat, muß unbedingt und unverzüglich gestoppt werden. Die volkstreuen Parteien, wie der Vlaams Belang, pro Köln oder die FPÖ, werden diesen Entwicklungen zukünftig streitbaren Widerstand entgegensetzen. Deshalb werden wir ein Städtebündnis gegen die Islamisierung Europas ins Leben rufen, das am Anfang aus der Achse Antwerpen-Köln-Graz bestehen wird.“⁵⁰

Hintergrund der ungleichen Kooperation – FPÖ und *Vlaams Belang* sind sogar im nationalen Durchschnitt viel erfolgreicher als die *Pro*-Organisationen in ihren wenigen Hochburgen – war das Bemühen der zwei Parteien aus Österreich und Belgien, sich einen deutschen Verbündeten heranzuziehen. Ein solcher Verbündeter wäre unter anderem wichtig, um im Europaparlament eine starke Fraktion bilden zu können.

Entsprechend unterstützten FPÖ und *Vlaams Belang* die *Pro*-Organisationen intensiv bei deren zwei Versuchen in den Jahren 2008 und 2009, durch Großveranstaltungen mit internationaler Beteiligung („Anti-Islamisierung-Kongresse“) zu punkten. Das Scheitern dieser Veranstaltungen hat zum sinkenden Interesse von FPÖ und *Vlaams Belang* an *Pro NRW* beigetragen, auch wenn die Beziehungen weiterhin gepflegt werden, etwa durch Besuche von *Pro*-Personal beim Wiener Akademikerball. Die „Anti-Islamisierung-Kongresse“ haben zugleich lose Kontakte der *Pro*-Organisationen zu weiteren Parteien des rechtspopulistisch-rassistischen Spektrums in Europa offenbart, etwa zur italienischen *Lega Nord* oder zur *Schweizerischen Volkspartei* (SVP). Beim zweiten dieser „Kongresse“ trat mit Petra Edelmannová die Vorsitzende der tschechischen Kleinstpartei *Národní Strana* auf, die kurz zuvor eine „Endlösung der Zigeunerfrage“ gefordert hatte. Versuche der *Pro*-Organisationen, Beziehungen zu dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders aufzunehmen, sind bislang nicht von Erfolg gekrönt.

Beate Küpper

Welches Potenzial haben rechtspopulistische Parteien?

Rechtspopulistische Parteien wie *Pro NRW* können nach Ansicht vieler Autor_innen vor allem dann mobilisieren, wenn das Ausmaß sozialer Desintegration – tatsächlich oder auch nur wahrgenommen – hoch ist⁵¹ und politische Unzufriedenheit herrscht.⁵² Zudem müssen die verbreiteten Positionen auf Rückhalt und Zustimmung stoßen. Auf welchem Nährboden gedeiht also eine rechtspopulistische Partei wie *Pro NRW*, oder umgekehrt gefragt, wie viele Menschen könnten für ihre Propaganda empfänglich sein?

Pro NRW greift Einstellungen auf, die in der Bevölkerung ohnehin mal mehr, mal weniger konkret vorhanden sind, verschärft diese und verknüpft sie miteinander, stets mit der Behauptung, die etablierten Parteien würden die aufgeworfenen Themen tabuisieren. Sie setzen dabei ganz gezielt vor allem auf abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen, insbesondere gegenüber Einwanderern, Flüchtlingen und religiösen Minderheiten. Hinzu kommt die Forderung nach härteren Strafen zur Herstellung von Recht und Ordnung, also eine demonstrative „Law-and-Order“-Haltung wie sie sich im Autoritarismus zeigt.⁵³ In den vergangenen Jahren arbeiten sich rechtspopulistische Strömungen wie *Pro NRW* zuvorderst an Muslimen ab⁵⁴, oft versteckt hinter einer vorgeschobenen, vermeintlichen „Islamkritik“. Die *Pro*-Gruppen bekennen sich zwar vordergründig zur Demokratie, beweisen jedoch mit ihrer Hetze gegenüber Minderheiten genau das Gegenteil, verlangt Demokratie doch die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in ihrer Verschiedenheit.

Das Langzeitprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld* unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer hat über zehn Jahre lang, von 2002 bis 2011, solche abwertenden Einstellungen in der Bevölkerung untersucht. Aus NRW stehen die Da-

ten von jährlich ca. 350 Befragten ohne Migrationshintergrund zur Verfügung, aus denen sich mit der aufgrund der kleinen Stichprobe gebotenen Vorsicht Hinweise für ein mögliches Potenzial von *Pro NRW* ableiten lassen.

Im Jahr 2011, dem letzten Erhebungsjahr der Studie, erweisen sich bundesweit rund 9 Prozent, in NRW 8 Prozent der Bevölkerung als rechtspopulistisch eingestellt, das heißt, sie vertreten sowohl fremdenfeindliche, als zugleich auch antisemitische, muslimfeindliche und aggressiv autoritäre Einstellungen. Die Zustimmung zu einzelnen Komponenten des rechtspopulistischen Einstellungsmusters ist dabei sogar deutlich höher. So sind fast die Hälfte der befragten Deutschen (47 Prozent; in NRW 42 Prozent) der Ansicht, „es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, 37 Prozent (in NRW knapp 30 Prozent) vermuten „viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. 30 Prozent (in NRW 28 Prozent) stimmen der Aussage zu, „durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und zwei Drittel (67 Prozent, in NRW 59,5 Prozent) meinen, „um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist dabei gerade in den Regionen in Deutschland hoch, in denen die NPD bei Wahlen erfolgreich über die 5-Prozent-Hürde gesprungen ist. Offenbar gehen abwertende Einstellungen in der Bevölkerung Hand in Hand mit Wählerstimmen.

Knapp jeder Zehnte in Deutschland und fast ebenso viele Menschen in NRW vertreten also ein ganzes Bündel von Einstellungen, wie sie auch *Pro NRW* propagiert. Dieses Zehntel der Bevölkerung fühlt sich zudem durch die etablierten Parteien immer weniger vertreten, unter ihnen gibt es vergleichsweise viele Nicht-Wähler_innen und Unentschlossene. Ihre politische Entfremdung ist dramatisch hoch, wenn über 90 Prozent dieser Personen unterstellen „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Ihre Zweifel an der Demokratie sind deutlich stärker ausgeprägt als in der übrigen Bevölkerung, indem sie z. B. der An-

sicht sind, die Demokratie führe eher zu „faulen Kompromissen statt zu sachgerechten Entscheidungen“. Besonders bedenklich ist, dass diese Personen deutlich eher bereit sind, Gewalt auszuüben, um den eigenen Status zu verteidigen und diese Tendenz in den vergangenen Jahren weiter zugenommen hat.

Diese Einstellungen erhalten ein besonderes Gewicht vor dem Hintergrund weiterer Mobilisierungsindikatoren wie der sozialen Ungleichwertigkeit. Die Schere zwischen Arm und Reich steht mindestens weit offen.⁵⁵ In den Augen der Bevölkerung ist die Lage subjektiv gesehen noch deutlich ungünstiger. Im Survey zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bezeichnete im Erhebungsjahr 2011 fast ein Drittel der Befragten bundesweit und ebenso in NRW die eigene finanzielle Lage als eher oder sehr schlecht. 42 Prozent der Befragten hatten den Eindruck, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten. Befragte, die rechtspopulistische Einstellungen vertreten, stimmen hier besonders häufig zu.

Etliche der Personen, die rechtspopulistische Einstellungen vertreten, scheinen also abholbereit für Parteien wie *Pro NRW*, die mit ihrer bedenklich aggressiven Agitation selbst immer stärker auch rechtsextreme Züge zeigt. Das hohe Ausmaß an sozialer Ungleichheit, ob tatsächlich vorhanden oder nur gefühlt, kommt hinzu. Das Mobilisierungspotenzial von *Pro NRW* wird auch davon abhängen, inwieweit es der Partei gelingt, soziale Ungleichheit mit den vorhandenen menschenfeindlichen Stimmungen zu verknüpfen, und sich als „Retterin“ gegen die etablierten Parteien zu positionieren.

Wie stark ist Pro NRW?

„Angesichts der bisherigen Wahlerfolge und immer mehr neuer Kommunalwahantritte, denkt die etablierte Politik derzeit wieder laut über eine Einführung einer Sperrklausel bei den Kommunalwahlen nach“⁵⁶ – tönt es im August 2013 auf der Internetseite der Partei. Dass es seit Jahren aus unterschiedlichen politischen Lagern Überlegungen zur (Wieder-)Einführung einer Prozent-Hürde für Kommunalparlamente gibt, die natürlich rein gar nichts mit Erfolg oder Misserfolg von *Pro NRW* zu tun haben, bleibt dabei unerwähnt.

Ähnliche Beispiele maßloser Übertreibungen finden sich auch bei anderen Gliederungen der Partei. Eine „erfolgreiche Bürgerdemo“ gegen ein linksautonomes Zentrum im Stadtteil Kalk etwa wird laut *Pro Köln* „wohl als Meilenstein in die bisherige Arbeit der freiheitlichen Oppositionsbewegung eingehen“⁵⁷. Statt der im Vorfeld angekündigten „mehreren hundert“ und der im Nachgang behaupteten „über 150“ waren aber wohl nur etwas mehr als 90 Personen vor Ort, um im Sinne von *Pro NRW* zu demonstrieren. Auch Berichte über die Arbeit und vorgeblichen Erfolge der kommunalen Fraktionen werden in der Regel im propagandistischen Stil verfasst. So behauptet etwa die Fraktion von *Pro NRW* in Radevormwald, dass ein „Pro-NRW-Effekt“ gewirkt hätte und es aufgrund einer von der Fraktion einberufenen Ratssondersitzung gelungen sei, „eingewanderte Zigeuner“ aus der Stadt zu entfernen. Schon während der Sondersitzung wurde allerdings klar: Die Mietverträge der spanischen und rumänischen Familien laufen zeitnah aus, die Bewohner_innen werden ausziehen. Ausdrücklich bedauert wird der Wegzug der Familien von den zuständigen Sozialarbeitern und den Schulen, in denen die Kinder angemeldet waren: „Die Zeichen standen auf Integration.“⁵⁸

Die Stoßrichtung ist bei diesen und ähnlichen Verlautbarungen der Partei immer gleich. Es geht in der Regel nicht um eine auch nur annähernd realistische Darstellung der jeweiligen Kundgebung,

Demonstration oder politischen Vorhaben, sondern ausschließlich um die Konstruktion von Erfolgsmeldungen. So soll zum Einen gezeigt werden, dass *Pro NRW* eine aussichtsreiche Alternative zu den „etablierten Altparteien“ ist, zum Anderen aber auch personelle und programmatische Stärke signalisiert werden. Wie steht es aber wirklich um die vorgebliche Stärke der Partei und ihrer Gliederungen?

Laut Rechenschaftsbericht der Partei aus dem Jahr 2012 hat *Pro NRW* 1.137 Mitglieder, von denen aber offenbar eine nicht unerhebliche Zahl von ca. 140 Personen vom Vorstand bestimmte „Ehrenmitglieder“ sind. Das *Ministerium für Inneres und Kommunales NRW* schätzt die Mitgliederzahl von *Pro Köln* und *Pro NRW* im Verfassungsschutzbericht 2012 auf insgesamt 1.100. Die im Vergleich mit anderen extrem rechten Parteien relativ hohe Mitgliederzahl (die NPD hat in NRW schätzungsweise 700, *Die Rechte* als Auffangbecken militanter Neonazis nur geschätzte 130, die rechtspopulistische Partei *Die Freiheit* kam zuletzt bundesweit nur auf ca. 750 Mitglieder) darf nicht über die regional sehr unterschiedliche Verankerung hinwegtäuschen. So konnte die Partei trotz wiederholter Versuche etwa im Münsterland keine handlungsfähigen Strukturen aufbauen. In Köln, Leverkusen, Gelsenkirchen, Radevormwald oder auch im Rhein-Erft-Kreis verfügt sie aber über ein relativ stabiles Stammwähler_innenpotential zwischen drei und fünf Prozent.

Ende 2013 ist *Pro NRW* in acht Stadträten mit insgesamt 18 Mandaten sowie in drei Kreistagen mit insgesamt vier Mandaten vertreten. Damit konnte die Partei die Gesamtzahl ihrer Vertretungen in den Kommunalparlamenten nicht erhöhen, obwohl seit 2009 einige auf den Listen von REP, NPD und DVU gewählte Mandatsträger zu *Pro NRW* wechselten. Der Grund hierfür liegt im sich drehenden Personalkarussell: Die „Überläufer“ aus anderen extrem rechten Parteien wurden durch Austritte neutralisiert. So ist *Pro NRW* beispielsweise in ihrer Wahlhochburg Dormagen (2009: 4,9 Prozent) nicht mehr vertreten, da die lokalen Mandatsträger die Partei verlassen haben. Insgesamt verlor *Pro NRW* gegenüber 2009 ein Mandat in einem Kreistag sowie drei Mandate in Stadträten.⁵⁹

Die Arbeit in den Kommunalvertretungen ist häufig geprägt vom Versuch, möglichst viel Aufmerksamkeit zu generieren und sich selbst als Kämpferin gegen die anderen, „verbrauchten“ Parteien sowie gegen Korruption zu etablieren. Dabei soll etwa durch das Einberufen von kostspieligen Sondersitzungen des Rates oder durch Anträge zu „unverdächtigen“ Themen eine vorgeblich seriöse Arbeit dokumentiert werden. In Bergheim beantragte die *Pro NRW*-Fraktion beispielsweise die Verlegung eines Kinderspielplatzes oder die Renovierung einer Fußgängerunterführung – aber auch ein Verbot der Gesichtsverschleierung in öffentlichen Gebäuden. Eine sachorientierte Kommunalpolitik, die sich an den Bedarfen in den jeweiligen Orten orientiert, findet jedoch in der Regel nicht statt, in weniger öffentlichkeitsrelevanten Bezirksvertretungen und Ausschüssen sind die Vertreter_innen von *Pro NRW* in der Regel kaum wahrnehmbar.

Unterstützung erfährt *Pro NRW* vor allem aus dem sich selbst als „islamkritisch“ bezeichnenden rechtskonservativen bis deutschnationalen Spektrum, das sich über islamfeindliche Internetblogs wie *Politically Incorrect* vernetzt. Hier bildet sich ein Resonanzraum für die rassistischen Interpretationen von *Pro NRW*. Die politischen Angebote und Deutungsmuster der „Bürgerbewegung“ sind zudem überall dort anknüpfungsfähig an Diskurse der Mehrheitsgesellschaft, wo Debatten um Moscheeneubauten oder islamische Vereinigungen vor allem entlang rassistischer Deutungsmuster sowie muslimfeindlicher Stereotype geführt und damit Ängste und Ressentiments geschürt werden. Hier greift die von *Pro NRW* angestrebte „medienorientierte politische Inszenierungsstrategie, die auf Eskalation und Diskursverschiebung ausgerichtet ist“⁶⁰.

Auch wenn die tatsächliche Stärke und Reichweite von *Pro NRW* weitaus geringer eingeschätzt werden muss, als die Partei es nahelegen versucht: Vor Ort, in der konkreten Auseinandersetzung im Wahlkampf oder Stadtrat, sind die Aktivist_innen von *Pro NRW* eine große Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, der mit einer bloßen Abgrenzung gegen „Nazis“ nicht zu begegnen ist.

Auflage: 100 000



**pro NRW
wählen!
Minarettverbot**



Wahl 9. Mai:
St. 21: pro NRW

**auch für NRW
www.pro-nrw.net**

pro-nrw.net

**NRW
en!
bot**

Ideologie und Programmatik

Was heißt rechtspopulistisch?

Kaum ein Begriff in der öffentlichen Auseinandersetzung ist so schillernd wie der des Populismus. Und kaum ein Politiker, kaum eine Politikerin dürfte noch nicht von einem Kontrahenten aus dem jeweils entgegengesetzten politischen Lager eben jenes Populismus bezichtigt worden sein. Fällt dieses Urteil, so bezieht sich dies zumeist auf ein Konstatieren von vermeintlich unmöglich zu realisierenden Forderungen oder auf eine schlicht opportunistische Haltung gegenüber angeblichen Positionen in der Bevölkerung zwecks Zustimmungsmaximierung. In diesem Bezug auf die potenzielle Wählerschaft versteckt sich das im Begriff des Populismus aufscheinende Volk (lateinisch „populus“). Der Populismus-Begriff ist untrennbar mit einer negativen Bewertung verbunden.

Umso überraschender ist es daher, wenn man feststellen muss, dass rechtsgerichtete Politiker_innen den Terminus des Populismus, und damit konkret des Rechtspopulismus, als positive Selbstkennzeichnung für sich entdeckt haben. Hierauf hat Alexander Häusler bereits 2008 hingewiesen. Er deutete die affirmative Benutzung des Begriffs seitens der *Pro*-Gruppen „in Form eines ‚Corporate Branding‘“ als eine „gezielte Strategie der öffentlichkeitswirksamen Selbstinszenierung als ‚neue starke Kraft‘ von rechts.“⁶¹ Diese Analyse hat an Gültigkeit nichts verloren: In einem Interview zum Ausgang der Bundestagswahl 2013 sprach der *Pro NRW*-Vorsitzende Markus Beisicht über „Veränderungen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft“, die „uns ausreichend Platz [gäben], ein freiheitliches bzw. rechtspopulistisches Korrektiv zu den verbrauchten Altparteien parlamentarisch zu verankern.“⁶² Verständlich wird dies vor dem Hintergrund der Herkunft prominenter Akteure von *Pro NRW* aus organisatorischen Zusammenhängen des Neofaschismus und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit der Distanzierung, um als „Anwälte des Volkes“ glaubhaft zu wirken. Es stellt sich also die Frage, inwieweit sich

Rechtspopulismus und andere Strömungen der extremen Rechten voneinander unterscheiden.

Die wissenschaftliche Erforschung des Themas hat zahlreiche unterschiedliche Definitionen des Rechtspopulismus hervorgebracht. Je nach Fokussierung der Forschung und jeweils gewählter theoretischer Prämisse fallen die Ergebnisse sehr verschieden aus. Der moderne Rechtspopulismus betrat die politische Bühne Europas in den 1970er-Jahren. Nach ersten Frühformen bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Italien und Frankreich bildeten sich zunächst in Skandinavien, später auch in weiteren Ländern des Kontinents die ersten dauerhaft erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien. Nicht zufällig fiel sein Erscheinen mit dem Beginn des Siegeszugs des Neoliberalismus, einer „Lehre, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert“⁶³, zusammen. Genau wie der Neoliberalismus den Aufsteigern und Siegern des kapitalistischen Wettbewerbs das Wort redet, fixieren sich die bewegungsförmigen und sich von herkömmlichen Parteistrukturen abgrenzenden rechtspopulistischen Formationen organisatorisch auf charismatische Führerfiguren vom Schlage des angeblichen „self-made man“. Hierfür stellt der Österreicher Jörg Haider das Paradebeispiel dar, obwohl sein durch Erbschaft zustande gekommener sozialer Aufstieg keineswegs „selbstgemacht“ war. Zugleich nimmt der Rechtspopulismus die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vision des Neoliberalismus in sich auf⁶⁴, geriert sich aber zugleich als Schutzanwalt auch derer, die auf der Verliererseite der wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Allerdings soll dieser Schutz nur für diejenigen gelten, die zur jeweils eigenen Ethnie oder zum häufig religiös konnotierten Kulturkreis gehören, um die politische Frontlinie quer zu den realen gesellschaftlichen Konflikten zu ziehen. Als Lösung sozialer Probleme wird zumeist „law and order“ empfohlen. Eine weitere Quelle des Rechtspopulismus ist die vor allem seit den 1970er-Jahren zu verzeichnende intellektuelle Strömung der Neuen Rechten. Der dort entwickelte Ethnopluralismus, dem die Vorstellung

einer unveränderlichen nationalen beziehungsweise kulturellen Identität zugrunde liegt und der sich vom klassischen „biologischen“ Rassismus abzusetzen versucht, findet in der Agitation gegen Muslime seinen Widerhall. Ein weiteres Feindbild sind vermeintlich unfähige oder korrupte politische Eliten, die sich von den Interessen des „Normalbürgers“ entfernt hätten. Die Kritik an den Eliten ist allerdings von keinem egalitären Anspruch geleitet. Unter Verwendung einer Formulierung des Sozialwissenschaftlers Reinhard Opitz lässt sich der Rechtspopulismus zusammenfassend als eine Bewegung begreifen, die sich anschickt eine „parlamentsfähige Massenbasis für administrativ-autoritäre Politik“ im Spannungsfeld „zwischen Partei und Sammlungsbewegung“⁶⁵ herzustellen.

Anders als der Rechtspopulismus versteht beispielsweise Claus Cremer, der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen NPD, seine Partei nach wie vor als „Weltanschauungspartei“⁶⁶. Und obwohl Teile des Neofaschismus ebenfalls eine Revitalisierung durch die Neue Rechte erfahren haben, ist dort der Bezug zu den Ideen des frühen 20. Jahrhunderts immer noch Trumpf, wie die italienische Gruppierung *CasaPound* zeigt, die sich bereits durch ihre Namensgebung eindeutig positioniert.⁶⁷ Anders als der Neofaschismus, dessen gewaltsames Auftreten sich jüngst im Falle der griechischen *Goldenen Morgenröte* besonders virulent zeigt und der sich pseudo-revolutionär gibt, distanziert sich der Rechtspopulismus verbal von Gewaltanwendung und ist auf ein strikt bürgerliches Auftreten bedacht. Dass rechtspopulistische Agitation langfristig allerdings die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele nach sich ziehen beziehungsweise als Bezugspunkt und Begründungszusammenhang dienen kann, hat das Massaker von Utøya des Anders Behring Breivik vom Juli 2011 gezeigt, dem 69 Menschen, die ein Ferienlager der Jugendorganisation der norwegischen Arbeiterpartei besuchten, zum Opfer fielen. Breiviks Hass auf „Marxismus“ und „Islam“ speiste sich auch aus der Agitation derjenigen, die sich eine „Rettung des Abendlandes“ auf ihre Fahnen geschrieben haben.



Pro NRW zeigt im Mai 2012 „Mohammed-Karikaturen“ vor der im Bau befindlichen Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld.

Patrick Fels
Was bezweckt Pro NRW mit Kundgebungen vor Moscheen?

„Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. [...] Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben eine Marktlücke besetzt, und es ist der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“⁶⁸

„Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!“⁶⁹

Mit diesen Worten fasste der Pro NRW-Vorsitzende Markus Beisicht 2007 und 2008 die Strategie seiner Partei, sich auf das Thema Islam zu konzentrieren, zusammen. Pro NRW macht sich dabei eine vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001 entstandene Stimmung zunutze, wonach sich Muslime verstärkt mit Vorurteilen, Ressentiments und Rassismus konfrontiert sehen. Gleichzeitig treten Muslime in Deutschland in den letzten Jahren aber auch zunehmend selbstbewusst auf und fordern ihren Platz in der Gesellschaft ein. Damit ist auch der Wunsch verbunden, die eigene Religion nicht mehr in unscheinbaren Zweckbauten oder Hinterhofmoscheen auszuüben, sondern stattdessen repräsentative

Moscheen, oftmals mit Kuppel und Minarett, zu errichten. Diese beiden Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Auseinandersetzung über den Neu- oder Ausbau von Moscheen zu einem zentralen Schauplatz in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Toleranz, Integration und Religionsfreiheit geworden ist. Eine Entwicklung, die *Pro NRW* mit Simplifizierungen, Pauschalisierungen und einer klaren Feindbildbestimmung für sich zu nutzen versucht: „Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. [...] Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen [...], ist Verrat an der einheimischen Bevölkerung.“⁷⁰

„Ausländer raus“, die klassische Parole extrem rechter Parteien, ist damit einer Zuschreibung gewichen, welche nicht in erster Linie die Herkunft, sondern die zugeschriebene „islamische“ Kultur der betreffenden Menschen ins Zentrum rückt. Die Auswüchse einer kleinen radikalen Fraktion innerhalb des Islams werden auf alle Muslime ausgedehnt und auf die simple Gleichung gebracht: Islam = fremd = gefährlich. „Der Islam“ gilt *Pro NRW* als unvereinbar mit der Demokratie in Deutschland. Unsicherheiten, Ängste, aber auch rassistische Ressentiments versucht *Pro NRW* sich zunutze zu machen und in Wählerstimmen umzusetzen. Sie tun dies insbesondere dort, wo Bauprojekte von Moscheen zu Kontroversen führen. Bekanntestes Beispiel ist der Bau der DitiB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld. Seit 2004 wurde hier die zentrale Kampagne von *Pro Köln* entwickelt. Mittels einer Unterschriftenkampagne für ein Bürgerbegehren wollte *Pro Köln* 2007 den Bau verhindern. Dies scheiterte letztendlich aus rechtlichen Gründen, bescherte den Rechtspopulist_innen aber immerhin fast 16.000 Unterschriften, die ihr Anliegen unterstützten. Trotz des Misserfolgs konnte *Pro Köln* die dadurch gewonnenen Namen und Adressen als Grundstock für Verschickungsaktionen ihrer Werbematerialien nutzen und so einen Personalstamm für Aktionen aufbauen. Während des Wahlkampfes zur Kommunalwahl 2009 veranstalteten sie monatlich Kundgebungen am Bauplatz der Ehrenfelder Moschee. Als Höhepunkt dieser

Kampagne wurden in Köln 2008 und 2009 zwei „Anti-Islamisierungskongresse“ ausgerichtet, an denen Vertreter_innen verschiedener rechtspopulistischer Parteien aus Europa teilnahmen.

Pro NRW geht es nicht um eine konstruktive Beteiligung an der Ausgestaltung kommunalen Lebens. Die bloße Anwesenheit von betenden Muslimen wird als Zumutung empfunden. Konsequenterweise spricht man in diesem Zusammenhang von Moscheen oder islamischen Gemeindezentren pauschal von „islamistischen Einrichtungen“⁷¹. Eine Differenzierung zwischen der Religion des Islams und dessen verschiedenen Strömungen sowie den politischen Bewegungen des Islamismus wird bewusst vermieden.

Seit den Landtagswahlen 2010 und 2012 hat *Pro NRW* eine Strategie etabliert, die die Zentralität des Themas Islam noch einmal verdeutlicht: Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes bereisten Anhänger_innen von *Pro NRW* im Bau befindliche oder bereits fertiggestellte Moscheen im gesamten Bundesland, um dort gegen angebliche Überfremdung oder vermeintliche Parallelgesellschaften zu demonstrieren. Die Auswahl der Moscheen war dabei willkürlich, neue Bauprojekte gehörten gleichermaßen dazu wie seit längerem fertiggestellte Moscheen; Gemeinden, die eine konservative Lesart des Islam vertreten genauso wie solche, die einen reformorientierten Islam praktizieren. Dies zeigt ein weiteres mal, dass es *Pro NRW* nicht um eine Auseinandersetzung um radikale Strömungen im Islam geht, sondern um eine pauschale Diffamierung aller Muslime, die es wagen, ihre Religion in Deutschland offen auszuleben.

Dabei bedient sich *Pro NRW* für diese Kampagnen gerne bei anderen rechtspopulistischen Parteien im Ausland. Das Motto des Wahlkampfes 2010 „Abendland in Christenhand“ stammt ursprünglich von der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ). Für ein Motiv eines Wahlplakats bediente sich *Pro NRW* einer Vorlage der Kampagne für ein Minarettverbot der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) aus dem Jahr 2009. Diese hatte mittels eines Volksentscheids erwirkt, ein Bauverbot für Minarette in die Schweizer Verfassung aufzunehmen. Diese Forderung wird seit 2010 auch von *Pro NRW*

vertreten – ungeachtet der Tatsache, dass solche Volksentscheide in Deutschland nicht möglich sind.

Das erklärte Ziel von *Pro NRW*, den (Neu-)Bau von Moscheen aktiv zu verhindern, kann bisher nur als gescheitert bewertet werden, da sie dies in keinem einzigen Fall erreicht haben. Gleichwohl konnten sich die Rechtspopulist_innen zumindest regional bekannt machen und Einfluss auf einzelne Moscheebau-Debatten nehmen. Es scheint jedoch so, dass das Thema mit der Umsetzung großer Moscheebauprojekte wie in Köln und dem Abflachen der Debatte seinen Zenit überschritten hat. Dass sich anti-islamische Ressentiments auch weiterhin für populistische Kampagnen von rechts eignen, zeigen nicht nur aktuelle Mobilisierungen gegen Moscheebauten in Witten oder Remscheid, sondern wurde auch im Wahlkampf zur Landtagswahl 2012 deutlich. Um ihren Kundgebungen eine zusätzliche Brisanz zu geben, zeigte *Pro NRW* vor den jeweiligen Moscheen Mohammed-Karikaturen. Dies war zuvor von Markus Beisicht als Wahlkampf „bis an die Schmerzgrenze“ und der „maximalen Provokation“ angekündigt worden.⁷² In Solingen und Bonn kam es daraufhin zu Ausschreitungen gewaltbereiter Salafisten.

Leonie Wellmann

Warum redet Pro NRW von „Asylmissbrauch“?

Anfang 2013 startete *Pro NRW* eine Kampagne unter dem Motto „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch!“. Die Kampagne beinhaltete eine Kundgebungstour quer durch NRW, bei der die Partei vor vermeintlichen Brennpunkten des „Asylmissbrauchs“ Halt machte. Was aber meint *Pro NRW*, wenn von „Asylmissbrauch“ gesprochen wird? Den Begriff haben sie nicht erfunden. Er wurde bereits Anfang der 1990er Jahre in Medien und Politik zur Stimmungsmache gegen Asylsuchende benutzt. Der Begriff unterstellt Asylsuchenden, dass

sie keine wirklichen Fluchtgründe hätten und sich den Aufenthalt „erschleichen“ wollten, um Sozialleistungen zu erhalten.

Pro NRW verwendet den Begriff „Asylmissbrauch“, um sich nach außen von extrem rechten Forderungen wie der nach einem „Einwanderungsstopp“ abzugrenzen. Damit erwecken sie den Anschein, dass sie das Grundrecht auf Asyl prinzipiell befürworten würden. Von den in Deutschland gestellten Asylanträgen wurden in den letzten Jahren im Schnitt nur zwischen 1 Prozent und 1,6 Prozent anerkannt.⁷³ *Pro NRW* drehen dies in ihrer Argumentation zum Beweis dafür, dass die große Mehrheit der Asylsuchenden sich Sozialleistungen erschleichen wolle. So behauptete Udo Schäfer, der Vorsitzende der *Pro NRW*-Fraktion in Radevormwald:

„Menschen, die angeblich verfolgt sind und um Leib und Leben fürchten, kommen ins Land, werden rundumversorgt und zeigen sich dann bei einer honorierten minimalen Leistung für die für sie aufkommende Gesellschaft widerspenstig. [...] Da wir aber wissen, daß sich ziemlich genau 98% der Asylanten widerrechtlich im Lande aufhalten, de facto als reine Wirtschaftsflüchtlinge also Asylbetrug begehen, wundert mich die ‚Zurückhaltung‘ bei Arbeitseinsätzen nicht.“⁷⁴ Asylsuchenden wird kollektiv unterstellt, zu betrügen und damit kriminell zu sein. Wirkliche Asylgründe hätten sie nicht.

Tatsächlich liegt die geringe Anerkennungsquote der Asylanträge am restriktiven Asylsystem. Die Quote ist deswegen so gering, weil Deutschland mit Verweis auf das Dublin II-Abkommen einen großen Teil der Anträge ablehnen kann. Diese fallen in den Zuständigkeitsbereich des „Erstaufnahmelandes“, also desjenigen europäischen Staates, in den der oder die Asylsuchende zuerst eingereist ist. Durch die „Sichere Drittstaaten-Regelung“ wird gewährleistet, dass in alle Staaten abgeschoben werden darf, die als „sichere Drittstaaten“ deklariert werden, da dort nach Ansicht der Bundesregierung keine politische Verfolgung stattfindet und sich die Staaten an die Genfer Flüchtlingskonventionen halten. Zu den „sicheren Drittstaaten“ zählen alle EU-Mitgliedsstaaten, aber auch die Schweiz und Norwegen. Wer über einen „sicheren Drittstaat“

nach Deutschland einreist, hat keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland, sondern kann in das Erstaufnahmeland abgeschoben werden. Da Deutschland komplett von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist, hat einen Anspruch auf Asyl in Deutschland faktisch nur, wer mit dem Flugzeug eingereist ist. Außerdem wurden sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ bestimmt, von denen angeblich angenommen werden kann, dass dort weder politische Verfolgung noch Folter drohen. Als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten alle EU-Mitgliedsstaaten sowie Ghana und Senegal. Problematisch hieran ist, dass nicht in allen Ländern, in denen offiziell keine politische Verfolgung herrscht, auch alle Bevölkerungsgruppen vor Diskriminierung und Verfolgung geschützt sind.

Die Rede von einem „Missbrauch“ des Asyls ist zudem irreführend, da zunächst jede Person das Recht hat, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Dieser wird dann bearbeitet und entweder abgelehnt oder angenommen. Es wird somit nur das Recht auf die Beantragung von Asyl wahrgenommen. Selbst wenn dieses abgelehnt wird, ist die Antragstellung in keiner Weise als „Missbrauch“ oder „Betrug“ zu interpretieren.

Außerdem spricht *Pro NRW* zwar oft von „Asyl“ oder abfällig von „Asylanten“, benutzt den Begriff aber sehr ungenau. Oftmals hat der Kontext, in dem der Begriff verwendet wird, faktisch gar keinen Zusammenhang mit dem Thema Asyl. Auf der Internetseite von *Pro NRW* wird beispielsweise das Thema Asyl mit der Zuwanderung aus Osteuropa gemeinsam abgehandelt, obwohl bei europäischer Binnenmigration gar kein Asyl beantragt werden muss. In diesem Zusammenhang wird auch häufig von „Wirtschaftsflüchtlings“ gesprochen, ein Begriff, der Angst schürt vor der angeblichen „Ausbeutung“ der Sozialsysteme durch Migrant_innen. Im Rahmen ihrer Kundgebungstour im Frühjahr 2013 stand *Pro NRW* nicht nur vor Unterkünften für Asylsuchende, sondern auch vor normalen Wohnhäusern, in denen Sinti und Roma wohnen – also an Orten, die eigentlich nichts mit dem Thema Asyl zu tun haben. Außerdem wird behauptet, dass Asylsuchende besonders kriminell seien, ein

weiteres rassistisches Stereotyp. Es wird eine homogene Masse vorgestellt, die unter dem Begriff „Asyl“ gefasst und mit rassistischen Zuschreibungen belegt wird.

Die aktuelle Kampagne startete *Pro NRW* vor dem Hintergrund der im Sommer 2012 begonnenen Debatte über steigende Zahlen von Asylanträgen in der Bundesrepublik. Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht. Die Anzahl der Asylanträge in Deutschland liegt dennoch weit unter derjenigen der 1990er-Jahre. In Medien und Politik wurde mit Metaphern wie „Zustrom“ oder „Flüchtlingswelle“ eine angstvolle Atmosphäre geschürt, die eine Überforderung und Ausnutzung Deutschlands suggeriert. Besonders Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich heizte die Debatte über angebliche „Armutsfüchtlinge“ an und forderte eine Verschärfung der Einwanderungs- und Asylpolitik. Da die meisten Kommunen in den vergangenen Jahren ihren Bestand an Unterkünften für Asylsuchende stark reduzierten, verfügen sie nun über zu wenig Wohnraum. Bestehende Unterkünfte müssen erweitert, neue Wohnheime gebaut werden. Teilweise mussten Asylsuchende vorübergehend in Hotels untergebracht werden. In vielen Städten äußert sich in der Bevölkerung starke Ablehnung gegen den Bau neuer Unterkünfte, teilweise ist diese durch rassistische Stereotype geprägt.

Mitglieder von *Pro NRW* besuchten städtische Informationsveranstaltungen, die über die Bauvorhaben informierten, um dort das Wort zu ergreifen. Teilweise wurden, wie in Köln, vor den Veranstaltungsorten kleine Mahnwachen durchgeführt. In den betreffenden Stadtvierteln verteilte *Pro NRW* große Mengen an Flugblättern. *Pro NRW* versucht so, an die Ängste und Vorurteile der Anwohner_innen anzuschließen und diese zu verstärken. So warnt die Partei davor, dass „der Stadtteil kippt“⁷⁵, sollten die Asylsuchenden aufgenommen werden. Eine ständige Bedrohung durch angebliche „Überfremdung“ wird suggeriert. *Pro NRW* macht sich zudem die Form der Volksinitiative zunutze, bei der Unterschriften gesammelt werden, damit der Landtag sich erneut mit dem Thema Asyl auseinandersetzen muss. Viele Bürger_innen in strukturell be-

nachteiligten Vierteln fühlen sich übergangen, wenn eine Unterkunft für Asylsuchende in ihrem Viertel gebaut werden soll und sie diese Entscheidung erst aus der Zeitung erfahren. Dieses Gefühl, dass „die da oben“ über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger entscheiden würden, nutzt *Pro NRW* für sich.

Hans-Peter Killguss

Wen meint Pro NRW mit „mobiler ethnischer Minderheit“?

„Im Übergangsheim [...] werden die Wirtschaftsflüchtlinge und Angehörige ‚einer mobilen ethnischen Minderheit‘ auf Kosten der Steuerzahler außerordentlich komfortabel untergebracht.“⁷⁶ Solche und ähnliche Einträge finden sich bei *Pro NRW*, wenn es um Menschen aus Südosteuropa geht, die in Deutschland Asyl beantragen. Im Mittelpunkt rassistischer Hetze stehen dabei insbesondere Roma. Der Begriff der mobilen ethnischen Minderheit ist dem Polizei-Jargon entlehnt. Die Rechtspopulist_innen nutzen ihn zumeist in einem ironisierenden, die vermeintliche Diktatur der „political correctness“ anklagenden Kontext: Man dürfe ja den althergebrachten Begriff nicht mehr benutzen, obwohl doch alle wüssten, wer gemeint ist. Seit gut eineinhalb Jahren wird die gegen Sinti und Roma gerichtete Rhetorik von *Pro NRW* zunehmend aggressiver: „Tabuthema Zigeuner? Mit uns nicht“, lässt sich der Kölner Ratsherr Jörg Uckermann zitieren.⁷⁷ Uckermann spricht von einer „Zigeunerkriminalität“, die keine unzulängliche Verallgemeinerung sei. Sinti und Roma würden „für zunehmenden sozialen Brennstoff und gesteigerte Kriminalitätsraten“ sorgen. Man müsse „im Bedarfsfall“ bereit sein, „diese Personenkreise umgehend auszuweisen.“⁷⁸

Der Begriff des „Zigeuners“ wird von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma seit Ende der 1970er Jahre als diskriminierend angeprangert.⁷⁹ Auch wenn sich manche Angehörige der

Minderheit selbst als „Zigeuner“ sehen, handelt es sich um eine tendenziell negativ konnotierte Fremdbezeichnung.⁸⁰ Im Prozess des nation-buildings im 18. und 19. Jahrhundert wurden Sinti als „wild“, „fremd“ und „gefährlich“ stigmatisiert und aus dem Kreis der zu „den Deutschen“ Gehörigen ausgeschlossen. Mit der Popularisierung von Rassevorstellungen wurde die unterstellte Devianz als erblich bedingt betrachtet. Die Nationalsozialisten erhöhten den Verfolgungsdruck auf Sinti und Roma erheblich und deportierten sie in Ghettos und Vernichtungslager, wo Tausende dem Genozid zum Opfer fielen.

Die unzureichende Auseinandersetzung mit dem Völkermord nach 1945 ist einer der Gründe für die Kontinuität von Stereotypen, die bis heute fortwirken. Dazu gehört die Unterstellung von Primitivität und Kriminalität. Gemäß der rassistischen Logik werden diese Eigenschaften bei den als „Zigeunern“ Wahrgenommenen als quasi natürliche Eigenschaften angenommen. In den Kampagnen von *Pro NRW* wie „Nein zum Asylmissbrauch“ wird ihnen ein „Erschleichen von Sozialleistungen“ vorgeworfen. Auch mit dem rassistischen Slogan „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ befördert *Pro NRW* die Vorstellung einer „Wir-Gruppe“ der Deutschen (zu denen die Roma nicht gehören sollen), der etwas weggenommen wird.⁸¹

Was hier mitschwingt ist der Glaube, mit einer ethnisch tief verwurzelten Faulheit konfrontiert zu sein. Der Müßiggang zeige sich, so die Projektion, in der Ablehnung, arbeiten zu wollen. Dabei haben Asylsuchende keinen ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland. Anknüpfend an Bedrohungsszenarien, die auch in der Mitte der Gesellschaft Verbreitung finden, spricht *Pro NRW* von einem „Asylbewerberstrom“ nach Nordrhein-Westfalen. Das Boot sei „nicht nur voll, sondern droht bereits zu kentern!“⁸² Mit der Metapher des vollen Bootes wurde bereits Anfang der 1990er Jahre ein rassistisches Bild eines von Flüchtlingen bedrohten Deutschlands gezeichnet. Allerdings wird nur ein minimaler Prozentsatz der Asylanträge in Deutschland anerkannt. Dies gilt insbesondere für Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien, von denen

nicht wenige aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit der Roma in ihren Heimatländern massiver Diskriminierung oder Gewalt ausgesetzt sind. Auf Betreiben des Bundesinnenministeriums führte das Bundesamt ab Herbst 2012 für Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien pauschale Ablehnungs-Schnellverfahren durch.

Die verstärkte Agitation gegen Asylsuchende und Sinti und Roma durch *Pro NRW* ist eine Reaktion auf eine seit Sommer 2012 ausgetragene Debatte über steigende Asylanträge sowie über die Neuzuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. In der öffentlichen Diskussion werden beide Gruppen vermischt und unter dem Begriff der „Armutsmigration“ als Bedrohung des Wohlstands dargestellt. 2012 lag der der Saldo aus Zu- und Fortzügen rumänischer und bulgarischer Staatsbürger_innen bei lediglich 71 000.⁸³ Einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben bislang nur Hochschulabsolvent_innen, Auszubildende und Saisonarbeitskräfte. Ab Januar 2014 besteht dann die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Die Arbeitslosenquote lag 2012 bei 9,6 Prozent⁸⁴, die überwiegende Mehrheit der aus diesen Ländern eingewanderten Bürger_innen gehen also einer Erwerbstätigkeit nach und zahlen dem Steuerrecht entsprechend Steuern und Sozialabgaben. Sie sind meist qualifizierte Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung, die in verschiedenen Branchen tätig sind.

Wie viele Menschen aus Südosteuropa, die in Deutschland Sozialleistungen beantragen, tatsächlich zur Minderheit der Roma gehören, lässt sich nur schätzen. Auch wenn es sich nur um eine kleine Gruppe handelt, entwirft *Pro NRW* ein Zerrbild, mit dem die Partei an Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen möchte. In einigen Ruhrgebietsstädten agitiert *Pro NRW* gegen „Problemhäuser“ oder wie in Duisburg ganz offen gegen das „Zigeunerhaus“.⁸⁵ In solchen Häusern schlagen die Besitzer aus der sozialen Notlage der Menschen Gewinn, indem sie vernachlässigte Immobilien zu Wucherpreisen an Zugewanderte vermieten. „So entsteht ein Teufelskreis des wachsenden Elends, der Stoff für Bedrohungsszenarien abliefern und den Eindruck einer massiven Einwanderung potenziert.“⁸⁶

Sinti und Roma sind zu einem Feindbild und Angriffsziel von *Pro NRW* geworden. Wenn *Pro NRW* über die Minderheit spricht, dann durchgängig unter Rückgriff auf rassistische Stereotype. Soziale Probleme werden in demagogischer Weise auf die ethnische Herkunft zurück geführt. Eine solche Rhetorik, die Angehörige der Minderheit der Roma pauschal verdächtigt und sie immer wieder zu Sündenböcken für gesellschaftliche und ökonomische Konflikte abstempelt, ist gefährlich. Sie stellt nicht nur den Begründungszusammenhang für rassistische Ausgrenzung dar, sondern kann auch dazu dienen, Gewalt zu legitimieren.

Richard Gebhardt

Warum fordert Pro NRW ein hartes Durchgreifen von Polizei und Justiz?

Die Forderung nach einem „starken Staat“ gehört traditionell zum programmatischen Arsenal der (extremen) Rechten in Deutschland. Mit der in vielfachen Varianten erhobenen Forderung, Polizei und Justiz sollten gegen (nicht zuletzt ausländische) Straftäter_innen „hart durchgreifen“, verbindet sich die strategische Absicht, auch an skandalisierende Debatten in den Massenmedien über „Ausländerkriminalität“ sowie die vermeintliche Meinung der „schweigenden Mehrheit“ in der Bevölkerung anknüpfen zu können.

Der Vorsitzende von *Pro NRW*, der Rechtsanwalt Markus Beisicht, erläutert diese Forderung: „Ein starker Staat müsste das tun, was heute versäumt wird. Wir müssen wieder klare Wertvorstellungen formulieren und dafür sorgen, dass diese Wertvorstellungen auch umgesetzt werden“⁸⁷. Hier wird die Forderung nach Stärkung der staatlichen Institutionen zur Abrechnung mit den angeblich gegenüber „Randgruppen“ zu toleranten „Altparteien“ und dem inneren Feind der *Bürgerbewegung Pro NRW*, der politischen Linken, genutzt: „Die linken 68er haben Institutionen an sich unter Faschismusverdacht

gestellt und damit auch jede natürliche Autorität“⁸⁸. Eine Analyse der sozialen Ursachen von Kriminalität oder eine differenzierte Analyse der „Ausländerkriminalität“ hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Voraussetzungen findet nicht statt. In öffentlichen Verlautbarungen und in ihrem Programm wendet sich *Pro NRW* vor allem gegen einen Gegner: Gegen das politische Personal der Bundesrepublik Deutschland und die etablierten Parteien, denen in klassisch autoritärer Manier Führungsschwäche vorgeworfen wird.

Unter dem Titel „Innere Sicherheit gewährleisten. Polizei stärken – Opferschutz vor Täterschutz – Klare Richtlinien für ein hartes Durchgreifen der Justiz“ nutzt *Pro NRW* in den aktuellen Positionierungen für den Wahlkampf 2014 das Thema ebenfalls zur Abrechnung mit der politischen Linken und ihrem vermeintlichen Einfluss auf die staatlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland: „Windelweiche Alt-68er-‘Resozialisierungs‘-Phrasen haben angesichts brutaler Jugendgewalt, rücksichtsloser Straßenkriminalität, organisiertem Verbrechen und hoher Ausländerkriminalität wahrlich keinen Platz mehr! Bevor über die ‚schwere Kindheit‘ eines Täters lamentiert wird, sollte man sich lieber die schlimmen Folgen eines jeden Verbrechens vor Augen halten: Denn die Täter werden nach einigen Jahren wieder entlassen, Opfer bleibt man dagegen ein Leben lang!“⁸⁹. Gerade die Polizei solle vor allem in von Migrant_innen bewohnten „Brennpunktvierteln“ mehr Präsenz zeigen. Die Arbeit der Polizei solle dabei von der Landespolitik dahingehend unterstützt werden, damit diese „bei einem harten Durchgreifen gegen illegales Verhalten von Migranten nicht plötzlich ungeschützt ‚Rassismus‘-Vorwürfen ausgesetzt“ wird.

Die erhobenen Forderungen wenden sich gegen das „viel zu lasche Jugendstrafrecht“, „Kuschelstrafvollzug“ oder „völlig überlastete Staatsanwaltschaften bis hin zu unverständlich milden Richtersprüchen“. Neben der Erhöhung der Anzahl der Staatsanwälte und Polizisten wird auch eine „Verschärfung des bisher geltenden Jugendstrafrechts“ gefordert. Dabei möchte *Pro NRW* auch auf die Ernennung von Richter_innen Einfluss nehmen: „Bei der Auswahl

der Richter sollte zudem darauf geachtet werden, daß hierbei nicht politisch links-liberale verortete Personen bevorzugt eingestellt werden“, heißt es in den Forderungen der Partei. Die Ausschaltung des als allgegenwärtig empfundenen politischen Gegners ist auch hier das Ziel, mit dem liberale Reformen in Polizei und Justiz gleichfalls unterbunden werden sollen.

Auffällig ist, dass die staatlichen Kontrollinstanzen in der Wirtschaftspolitik dagegen zurückgenommen werden sollen. Markus Beisicht fordert ausdrücklich „weniger Staat in der politischen Auseinandersetzung, in Bürokratie und Wirtschaft“⁹⁰ Die wirtschaftspolitischen Positionen vermerken zur Prioritätensetzung knapp: „Die Bürgerbewegung pro NRW räumt dem Umweltschutz einen hohen Stellenwert ein. Einschlägige Maßnahmen dürfen aber nicht die wirtschaftliche Entwicklung behindern“⁹¹. *Pro NRW* bevorzugt programmatisch eine nationalstaatlich und regionalspezifisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik; Regulierungen zum Schutze der Umwelt und der Verbraucher_innen etc. – die einer staatlichen Intervention bedürfen – geraten dadurch aus dem Blickfeld. Hier wird deutlich, dass sich die Forderung nach einem „starken Staat“ maßgeblich auf das Politikfeld der inneren Sicherheit konzentriert.

Zusammenfassend zeigt sich auch hier, dass die (extreme) Rechte einer heterogenen Gesellschaft und dem demokratischen Pluralismus feindlich gegenübersteht. Bevorzugt wird ein starker Staat, der als Führungsmacht beschworen wird und dem sich „die Gesellschaft“ unterzuordnen hat. Individuelle Rechte gerade von Minoritäten werden hier ausgeklammert; Klage- und Einspruchsmöglichkeiten spielen in diesem Konzept kaum eine Rolle. Statt die Möglichkeit der Resozialisierung zu betonen, wird in den Positionen von *Pro NRW* vor allem der Strafaspekt herausgestellt. Die Selbstinszenierung von *Pro NRW* als Opfer einseitiger Berichterstattung dient vor allem der Polemik gegen die etablierten Institutionen der Republik. Insofern zeigt sich gerade bei diesen innenpolitischen Forderungen von *Pro NRW* der autoritäre, vor allem aber gegen die Rechte von Minderheiten gerichtete Kurs dieser Splitterpartei.

Marc Neumann

Welche Sozialpolitik hat Pro NRW auf der Agenda?

„[Es] muß langsam mal Schluß sein mit ‚Tischlein deck Dich‘ für Sozialschmarotzer aus aller Herren Länder. Vielmehr sollte so langsam mal der politische ‚Knüppel aus dem Sack‘ geholt werden.“⁹²

Im Programm der *Bürgerbewegung pro NRW*, im September 2007 auf dem Gründungsparteitag beschlossen und Anfang 2013 überarbeitet, spielt die Sozialpolitik nur eine untergeordnete Rolle. Soziale Aspekte tauchen dort zunächst nur im Kontext mit der behaupteten Ausnutzung der Sozialsysteme durch die „Masseneinwanderung bildungsferner Schichten“⁹³ auf. Darüber hinaus existiert im Parteiprogramm lediglich ein weiterer Abschnitt zu sozialpolitischen Fragestellungen, der sich mit Vorstellungen der Partei zur Zukunft der Krankenversicherung befasst (u. a. Ablehnung der Kopfpauschale, allgemeine Versicherungspflicht, zugleich aber Beibehaltung der Privaten Krankenversicherung sowie Vorschläge zur Kostenreduzierung und Einnahmenstärkung). Es kann wenig überraschen, dass auch in diesem Abschnitt migrantenfeindliche Aspekte einen Kern der Programmatik bilden und festgestellte oder angebliche Missstände in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Vehikel darstellen, um die Generallinie der Partei gegen Zuwanderung und „Islamisierung“ auch sozialpolitisch zu stützen: „Dem Mißbrauch von Chipkarten muß vehement entgegen getreten werden. Die Mehrfachbenutzung von Chipkarten durch – häufig ausländische – Personengruppen kann zum Beispiel durch Einführung einer Lichtbildpflicht wirksam begegnet werden. Im Hinblick auf Immigranten muß zudem darauf geachtet werden, keine zusätzlichen Anreize für eine ‚Einwanderung ins soziale Netz der Bundesrepublik‘ zu schaffen. Asylberber [sic!] und Sozialhilfeempfänger dürfen bei medizinischen Leistungen nicht besser gestellt sein als beitragszahlende Gering- und Normalverdiener in gesetzlichen Krankenkassen“, heißt es im Parteiprogramm.

Sozialpolitische Konkretisierungen gibt es schließlich in den Wahlprogrammen zu den Landtagswahlen NRW 2010 und 2012. Hierbei ändern sich die sozialpolitischen Inhalte in nur zwei Jahren gravierend.

2010 präsentiert sich *Pro NRW* als „die soziale Heimatpartei“ – ein Slogan, der auch von der NPD und der österreichischen FPÖ verwendet wird. Im Wahlprogramm zur Landtagswahl im Mai 2010 findet sich unter der Überschrift „Soziale Gerechtigkeit schaffen“ ein längerer Passus mit sozialpolitischen Inhalten.⁹⁴ Angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits knapp drei Jahre andauernden Finanzkrise bemüht sich die Partei um eine sozialstaatliche Positionierung, plädiert für eine Rückkehr zum „Rheinischen Kapitalismus“ und will den „Kasino-“ oder „Turbo-Kapitalismus“ bremsen. Die Forderungen wirken zunächst wie linke Positionen; darunter die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7 bis 10 Euro pro Stunde, Verzicht auf Sozialhilfesenkungen, Nachbesserung bei der Unterstützung für Transferempfänger_innen sowie familienpolitische Flankierung durch die Einführung eines „Kinderschecks“ in Höhe von 5.000 Euro je Kind nebst vergünstigter Familienkredite. Die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft mitsamt der geforderten sozialen Wohltaten soll aber im Wesentlichen nur für die „einheimische Bevölkerung“ gelten. So wird die Forderung nach einem Mindestlohn verknüpft mit der Abschottung des Arbeitsmarkts: „Zudem müssen einheimische Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor Billig-Konkurrenz aus dem Ausland geschützt werden, auch eine totale Freizügigkeit im Dienstleistungssektor innerhalb der EU ist deshalb abzulehnen.“ Fordert *Pro NRW* die Sicherung und ggf. Nachbesserung des Sozialhilfeniveaus „für Staatsbürger“, plädiert die Partei sogleich für eine Kosten-Nutzen-Abwägung bei der Einwanderung: „Denn die Gemeinschaft der Staatsbürger ist weder gesetzlich noch moralisch verpflichtet, geschweige denn in der Lage, das ‚Sozialamt für die ganze Welt‘ zu spielen. Nordrhein-Westfalen braucht – wenn überhaupt – nur Zuwanderer, die uns nutzen, und nicht solche, die uns ausnutzen.“ In diesem Sinne will die Partei auch „[ausländische]

Dauertransferempfänger [...] in einem rechtsstaatlich geordneten Verfahren zügig in ihre Heimatländer“ abschieben. Auch die geforderten familienpolitischen Maßnahmen sollen keineswegs allen Einwohner_innen zu Gute kommen, sondern „wirksam zur Steigerung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung beitragen“. Somit entpuppen sich die sozialpolitischen Forderungen als Beitrag zum „Überfremdungs“-Diskurs und zur Ablehnung der Einwanderung: „Die massenhafte Zuwanderung hat sich [...] als zusätzliche Belastung der sozialen Sicherungssysteme [...] herausgestellt. Zuwanderung kann deshalb niemals eine Lösung unserer demographischen Probleme sein“, heißt es bei *Pro NRW*.

Zwei Jahre später, vor den NRW-Landtagswahlen im Jahr 2012, bleibt vom sozialen Anstrich nicht viel übrig. Auch reduziert sich der Textumfang zur Wirtschafts- und Sozialpolitik im Vergleich zu 2010 erheblich. Die im neuen Wahlprogramm veröffentlichten wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen von *Pro NRW* zur sozialen Absicherung der „einheimischen“ Bevölkerung ändern sich grundlegend: Von der Rückkehr des Sozialstaats ist nicht mehr die Rede; eher halten wirtschaftsliberale Vorstellungen Einzug in die Programmatik.⁹⁵ *Pro NRW* will nun den „Umverteilungsstaat“ abbauen, für Deregulierung und Bürokratieabbau eintreten. Was sich freilich nicht ändert, sind die rassistischen Grundüberzeugungen und Kernforderungen der Partei: „Die Geldverschwendung muss gestoppt werden. Nicht mehr finanzierbar sind Sozial- und Integrationsprogramme für Zuwanderer, die kein Interesse haben, sich zu integrieren. Das bedeutet: Für die ersten fünf Jahre sollten Migranten keine Sozialleistungen erhalten. – Integration ist eine Bringschuld von Zuwanderern und darf nicht staatlich alimentiert werden“, heißt es im Programm, und weiter: „Einwanderung darf keine Einwanderung in die sozialen Netze sein. [...] Einwandern darf nur der, der einen nützlichen Beitrag für das Einwanderungsland leisten kann.“ Der einst soziale Anstrich reduziert sich also erneut auf die Produktion von Ressentiments gegenüber Einwander_innen.

Wie das erfrischend deutliche Eingangszitat des Remscheider Kreisvorsitzenden Andre Hüsgen zeigt, bleiben auch nach der Landtagswahl 2012 die sozialpolitischen Ansätze der Partei eng verbunden mit der Stigmatisierung von Migrant_innen sowie von Asylsuchenden. Im Oktober 2013 sagt *Pro NRW* nach einem Urteil des Landessozialgerichts NRW, wonach auch einem arbeitslosen rumänischen Migranten und seiner Familie Leistungen der Grundversicherung („Hartz IV“, Arbeitslosengeld II) zustehen, gleich den Kollaps der Sozialsysteme voraus. Auch hier schürt man die Angst vor Leistungskürzungen für autochthone Deutsche.

Sozialpolitik findet also bei der selbsternannten Bürgerbewegung nur als Vorwand statt. Ganz andere Inhalte stehen im Vordergrund. Gleichzeitig können der Partei sozialpolitische Postulate sowohl im Konkurrenzkampf mit anderen extrem rechten Parteien nützlich sein als auch beim Gesprächseinstieg am Wahlkampfstand.

Barbara Manthe

Warum will Pro NRW die D-Mark zurück?

Der Plan ist simpel und kann zügig umgesetzt werden: Nach einer einjährigen Übergangszeit und anschließender doppelter Währungs-führung wird der Euro als offizielle Währung in Deutschland abgeschafft. Ab sofort können die Bürger_innen wieder mit der D-Mark zahlen, auch der fixierte Wechselkurs von Euro zu D-Mark wird aufgehoben. In nur sieben Sätzen legt die extrem rechte Partei *Pro NRW* auf ihrer Homepage dar, wie sich Deutschland aus jener Krise retten soll, die seit Jahren die europäische Staatenwelt erschüttert.

„NRW wählt die D-Mark!“ und „Der Euro ist am Ende!“ Mit markigen Sprüchen gegen die europäische Währung warb Jörg Uckermann, stellvertretender Vorsitzender von *Pro NRW*, im Frühjahr 2012 im TV-Spot seiner Partei um Stimmen bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Als eines von drei Hauptthemen kon-

zentrierten sich die Rechten im Wahlkampf auf die Wiedereinführung der D-Mark. Bereits 2010 hatte *Pro NRW* ein Kampagnenflugblatt zum Thema veröffentlicht. Was steht hinter der Forderung der rechtspopulistischen Partei, die D-Mark wieder einzuführen?

Zum Ersten sind europakritische Themen klassische Themen der extremen Rechten. Nur wenige Rechte befürworten europäische Wirtschafts- und Politikmodelle wie die Europäische Union, welche stets auch die Aufgabe eines Teils der nationalen Souveränität beinhalten. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der eigenen Nation – beziehungsweise des eigenen „Volkes“ – ist ein wesentlicher Bestandteil extrem rechten Denkens. Mit der Einschränkung durch den Euro büße Deutschland an seiner wirtschaftlichen Macht und Stabilität ein, so *Pro NRW*. Der Plan, den Euroraum zu verlassen, fokussiert also wieder stärker auf nationale Grenzen und stellt das vermeintliche Wohl der Nation in den Vordergrund. Ohne tiefgehende ökonomische Konzepte vorzustellen, wird Deutschland als von schweren Belastungen gebeutelt dargestellt, die Deutschen hätten, wie es die selbsternannte „Bürgerbewegung“ formuliert, eine „Rolle als Melkkühe der Eurozone“⁹⁶.

Zweitens können mit der Ablehnung des Euros die Rechten soziale Veränderungen wie den Anstieg von Lebenshaltungskosten anprangern und gleichzeitig einfache Lösungen präsentieren. Schuld sind die „Anderen“, die die Ersparnisse der Deutschen auffressen. So schreibt *Pro NRW*: „Aus der einstigen Stabilitätsgemeinschaft (EWG) ist eine reine Transferunion geworden, bei der insbesondere die Deutschen immer mehr zur Kasse gebeten werden.“⁹⁷ Im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012 heißt es: „Weder ist der Steuerzahler dafür da, um marode Banken zu finanzieren noch bankrotte Volkswirtschaften im EU-Raum.“⁹⁸ Folgerichtig lautete schon 2010 eine Forderung der Partei „keinen Cent für Griechenland“ auszugeben sowie den griechischen Staat aus der Eurozone auszuschließen.⁹⁹

Drittens nämlich ermöglicht die Hetze gegen die vermeintlich „faulen“ Griech_innen, die als „Eurosünder“¹⁰⁰ die Finanzkrise ihres

Landes selbst verschuldet hätten, rassistische Ressentiments zu schüren. Dass die Rechten dabei auch strategisch vorgehen, verdeutlicht eine Aussage des Generalsekretärs Markus Wiener, *Pro NRW* läge „sowohl mit unserer islamisierungskritischen Kampagne als auch dem Griechenland-Thema ganz nah am Puls der Zeit“¹⁰¹, die er im Frühjahr 2010 verlauten ließ. Die Partei hoffte, mit der Anti-Griechenlandkampagne ähnlich wie mit ihrer Agitation gegen Menschen muslimischen Glaubens Aufmerksamkeit zu erlangen und gesellschaftliche Vorbehalte und rassistische Einstellungen zu verschärfen.

Viertens steht der Wunsch im Vordergrund, ein möglichst breites Wählerspektrum anzusprechen: Auch wenn sich die Forderung, zur D-Mark zurückzukehren, häufiger in den Programmen extrem rechter Parteien wiederfindet, handelt es sich dabei keineswegs um ein genuin extrem rechtes Postulat. Sie ist jedoch eine sehr populistische Position, die vor allem in Zeiten der Krise bei der Wählerschaft ankommt – das denken zumindest die rechten Parteistrategen. Dass *Pro NRW* die Rückkehr zur D-Mark ausgerechnet bei der Landtagswahl in den Fokus rückte, obwohl Geldpolitik keine Ländersache ist, untermauert den instrumentellen Charakter der Parole. Studien haben belegt, dass wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit zu erhöhter Aufgeschlossenheit gegenüber extrem rechten Lösungen führen.¹⁰² Im Zeichen von Wirtschaftskrise und sozialer Verunsicherung fallen also Vorschläge wie die Wiedereinführung der D-Mark auf fruchtbaren Boden, Begriffe wie die „alte deutsche Stabilitätswährung“¹⁰³ suggerieren den Rückbezug auf das Sichere, Althergebrachte und fördern Projektionen, welche die Zeit vor dem Euro als wirtschaftlich stabile Phase verklären.

Karsten Wilke

Welche Stellung bezieht Pro NRW zum Nationalsozialismus?

Ein wichtiger Indikator, um Parteien, Organisationen oder Einzelpersonen als extrem rechts einzuordnen, sind ihre Stellungnahmen zum Nationalsozialismus. Hier gilt es – über eine Auswertung von Selbstbeschreibungen hinaus – politische Statements, Argumentationsmuster, bildliche Repräsentationen oder Aktionsformen zu analysieren. Das Ziel dieses Beitrages besteht daher darin, die Instrumentalisierung des Themas durch die nordrhein-westfälischen Rechtspopulist_innen anhand ausgewählter Beispiele zu untersuchen und zu interpretieren.

So gehört es zum Standardrepertoire muslimfeindlicher Agitation, etwa Mohammed und Hitler gleichzusetzen. Derartige Ausfälle finden sich auch bei der selbsternannten *Bürgerbewegung pro NRW*. In Flugschriften, Verlautbarungen oder bei öffentlichen Aktionen tauchen wiederholt Anspielungen oder gar Bezüge zum Nationalsozialismus auf. Als beispielhaft kann ein Faltdokument mit dem Titel „Die Religion des Friedens: Demnächst auch in deiner Nähe!“ dienen. Eine Fotografie auf der Titelseite zeigt eine Erhängung. Die Bildunterschrift beschreibt die Szene als „Hinrichtung glaubensabfälliger Muslime in einem islamischen Land“. Auf der Rückseite befinden sich unter der Überschrift „Extremismus tötet!“ Fotos von Leichenbergen und Totenschädeln. Sie erinnern an die Aufnahmen britischer und amerikanischer Armeeeinheiten aus den Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Buchenwald sowie an Massaker der kambodschanischen Roten Khmer. Islam und Muslime werden mit Menschheitsverbrechen verknüpft und auf diese Weise als potenzielle Urheber von Krieg und Völkermord diffamiert. Der NS-Vergleich beschreibt hier den Islam auf perfide Weise als das „absolut Böse“. Das von *Pro NRW* eingeforderte Engagement gegen eine „Islamisierung“ erscheint so als Ausdruck eines konsequenten demokratischen Antifaschismus. Wiederholt haben Parteiaktivist_

innen sich in der Vergangenheit in Internet-Foren oder auf ihren Kundgebungen außerdem dazu verstiegen, zivilgesellschaftliche Akteure als „rote SA“ oder „rote Nazis“ herabzuwürdigen. NS-Vergleiche werden hier dazu genutzt, um Protest pauschal zu delegitimieren und einer inhaltlichen Auseinandersetzung auszuweichen. Einher mit einer derartigen Gegnerbeschreibung geht eine Selbstinszenierung als Verfolgte des Nationalsozialismus, wie die folgende Stellungnahme des Arbeitskreises *Christen pro Köln* belegt:

„So wie heute Pro Köln, waren auch die Juden nur auf ein Merkmal beschränkt und damit stigmatisiert worden. Auch damals verwendete man die Masche, Opfer zu Tätern zu machen. Dass Busunternehmer, Taxis, Hotels und andere infrastrukturelle Einrichtungen angeleitet oder durch Steinewerfer dazu bewegt worden sind, Pro-Köln zu boykottieren, entspricht exakt der Aufforderung ‚Kauft nicht beim Juden‘.“¹⁰⁴

Die Gleichsetzung der *Pro*-Bewegung mit der jüdischen Bevölkerung während der NS-Zeit erscheint nicht nur unangemessen und menschenverachtend, da sie die nationalsozialistischen Verbrechen verharmlost, sondern in Verbindung mit der pauschalen Diffamierung politischer Gegner auch als Ausdruck eines undifferenzierten, radikalen Freund-Feind-Denkens.

Unterschwellig lässt sich eine Verharmlosung des NS-Regimes durch *Pro NRW* auch in Positionierungen zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges einlesen. Verlautbarungen verbleiben aber nicht selten im Bereich der Andeutungen. So äußerte etwa die Kölner Ratsfrau Judith Wolter, der 8. Mai 1945 sei für sie „sicherlich kein Datum zu feiern“, da nach dem Sieg der Alliierten „de facto ein Drittel des damaligen Reichsgebietes“ verlorengegangen sei¹⁰⁵. Der Rückfall in die NS-Diktion und die unterschwellige Anklage an „die Sieger“ sind gekoppelt an einen Verzicht auf eine distanzierende politische und moralische Bewertung des Nationalsozialismus. Auf diese Weise werden implizit das NS-Regime verharmlost sowie gleichzeitig eine Deutung des Kriegsendes als Befreiung zugunsten einer Lesart als Niederlage oder Beginn von Willkürmaßnahmen zurückgedrängt.

Die Bezugnahmen der Partei *Pro NRW* auf den Nationalsozialismus sind vielfältig. Dazu gehörten einerseits Aussagen wie diejenigen von Wolter, die an klassischen Geschichtsrevisionismus erinnern. Geradezu im Widerspruch hierzu steht jedoch die Diffamierung der demokratischen Zivilgesellschaft als „SA“ oder „Nazis“. Schließlich soll der NS-Bezug hier gerade einen illegitimen und verbrecherischen Charakter hervorheben. Verstärkt wird das durch eine gleichzeitige unangemessene Gleichsetzung von *Pro NRW* mit den jüdischen NS-Opfern. Bei *Pro NRW* handelt es sich – etwa im Gegensatz etwa zu den *Republikanern* – um eine rechtspopulistische Partei ohne Traditionslinie zum „Dritten Reich“. Das eröffnet ihr die Möglichkeit, selbstbewusst und geradezu beliebig mit NS-Bezügen zu operieren und sich selbst und die eigenen Ziele in einer Opposition zu Unrecht, Willkür und „Islamisierung“ zu verorten.



„Solidarität mit Israel“ – diese Positionierung dient *Pro NRW* als Legitimation antimuslimischen Rassismus.

Ist Pro NRW gegen Antisemitismus?

Markus Beisicht gab sich empört. Ende Mai 2012 hatten in einem interfraktionellen Antrag die im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Parteien die Verwaltung aufgefordert, die „sich derzeit gründende jüdische Gemeinde aktiv bei ihrer Suche nach geeigneten Räumlichkeiten“ zu unterstützen. Nicht einbezogen war indessen *Pro NRW*. Beisicht, Fraktionsvorsitzender von *Pro NRW* im Leverkusener Stadtrat, lamentierte daher über den „Schulterschluss der bürgerlichen Kräfte mit der in NRW besonders antisemitischen Linken“. Den interfraktionellen Antrag kritisierte er als „beinahe floskelhaft und gequält“. Demgegenüber verlangte Beisicht von der Stadt einen „Sicherheitsbericht“, da „Juden [...] noch immer durch rechtsextremistische und islamistische Antisemiten bedroht“ seien.¹⁰⁶

Doch nicht nur in Leverkusen, auch andernorts hat sich *Pro NRW* in den letzten Jahren wiederholt vom Antisemitismus distanziert. Nachdem es im Sommer 2010 in Aachen zu einer Reihe antisemitischer Schmierereien gekommen war, sprach beispielsweise der örtliche *Pro NRW*-Kreisvorsitzende Wolfgang Palm der jüdischen Gemeinde sein „Mitgefühl“ aus.¹⁰⁷ Im gleichen Jahr proklamierte der zwischenzeitlich zum Hoffnungsträger der *Pro*-Bewegung avancierte deutsch-schwedische Unternehmer Patrik Brinkmann, der zuvor für die NPD und die DVU aktiv gewesen war, eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“, die vor allem in demonstrativ „israelfreundlichen“ Bekundungen zum Ausdruck kommen sollte. Doch wie ist diese von *Pro NRW* gleichsam zur historischen Zäsur deklarierte vermeintliche Neupositionierung zu bewerten?

Grundsätzlich steht die extreme Rechte in Deutschland vor dem Dilemma, mit der Hypothek des Nationalsozialismus umgehen zu müssen. Bildet ein antisemitisch aufgeladener, völkischer Nationalismus nach wie vor den Kern des Neonazismus in Deutschland, versuchen die seit den 1990er-Jahren entstandenen rechtspopulistischen Parteien, sich als von historischem „Ballast“ befreite

Alternativen im politischen Spektrum rechts der CDU/CSU zu profilieren. Die Übergänge zwischen Rechtspopulismus und Neonazismus sind gleichwohl fließend.

Zwar bildet der antimuslimische Rassismus den „Markenkern“ des Politikverständnisses von *Pro NRW*, die Abgrenzung von der neonazistischen Judenfeindschaft folgt jedoch vorwiegend strategischen Überlegungen, für die vier Aspekte kennzeichnend sind. Erstens soll auf diese Weise der Selbststilisierung als grundgesetzkonforme und „friedliche Bürgerbewegung“¹⁰⁸ Glaubwürdigkeit verliehen werden. Zweitens verortet der Rechtspopulismus aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus nahezu ausschließlich unter Muslimen und Muslimas (oder im linken politischen Spektrum) und lastet ihn so der „erklärten Feindgruppe“¹⁰⁹ an – eine Strategie, die vor allem zu der für *Pro NRW* charakteristischen Konstruktion von „Wir“- und „Sie“-Gruppen beiträgt. Drittens dient die Behauptung, der „Antisemitismus“ sei „gerade eine Folge der Islamisierung“¹¹⁰ und somit „zur größten Bedrohung jüdischen Lebens in Deutschland seit 1945 geworden“¹¹¹ der Verharmlosung der historischen Wurzeln sowie der vielfältigen aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Viertens ist die „Bürgerbewegung“ bemüht, sich im Verbund mit anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien durch eine ostentative „Israelfreundschaft“ außenpolitisch als seriös und „westlich“ orientiert zu präsentieren.

In diesem Kontext sorgte vor allem eine im April 2011 von *Pro NRW* organisierte „Deutsch-Israelische Konferenz“ in Gelsenkirchen für Aufsehen. Angekündigt als „Zusammenarbeit deutscher und israelischer Patrioten“, trafen sich unter dem Motto „Islamisierung stoppen – Demokratie durchsetzen“ unter anderem Patrik Brinkmann, Markus Beisicht und Rolf Schlierer (Vorsitzender der *Republikaner*) mit Vertreter_innen der israelischen extremen Rechten, die in Israel selbst aufgrund ihrer rassistischen, teilweise homophoben Haltungen höchst umstritten sind.¹¹² Die Intention der Konferenz beschrieb Markus Beisicht folgendermaßen: „Die islamistische Bedrohung agiert weltweit und der Crash der Kulturen, der bedroht uns alle. Und

die Freunde in Israel müssen ihre Hausaufgaben machen, aber auch wir in Deutschland dürfen nicht zulassen, dass die islamistischen Parallelgesellschaften das Bild unserer Städte zukünftig prägen.“¹¹³

Die Verlautbarungen der Beteiligten verdeutlichten, dass die vordergründige Abkehr vom Antisemitismus allein dem Zweck dient, das Kernthema der Partei – den antimuslimischen Rassismus – nicht zuletzt durch die Vereinnahmung vermeintlicher israelischer Partner_innen zu legitimieren. Seit der Konferenz in Gelsenkirchen sind jedoch die Versuche, Kontakte zu israelischen Akteur_innen herzustellen, zurückgegangen. Zwar geriert sich die „Bürgerbewegung“ nach wie vor als „proisraelisch“, es bleibt jedoch bei verbalen Solidaritätsbekundungen, die vor allem durch antimuslimische Polemiken geprägt sind. Eine ähnliche Funktion erfüllen die vordergründigen Bekenntnisse zu den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus, die aber nahezu durchgängig mit rassistischen Forderungen verknüpft werden. Am 9. November 2013 mobilisierte *Pro NRW* beispielsweise unter dem Motto „Gegen Asylmissbrauch und Armutseinwanderung“ zu zwei Kundgebungen nach Duisburg, in deren Rahmen zudem mit einer „Schweigeminute der Opfer des national-sozialistischen Pogroms vor 75 Jahren“¹¹⁴ gedacht werden sollte.

Mit dem postulierten Engagement gegen Antisemitismus und einer offensiven Distanzierung von der (NS-)Vergangenheit haben diese Inszenierungen wenig zu tun. Die geschichtspolitischen Argumentationsmuster von *Pro NRW* weisen nach wie vor eine für die extreme Rechte typische Schlussstrichmentalität, offenkundige Verharmlosungstendenzen und verschwörungstheoretische Implikationen auf. Nicht selten bedienen sie sich der Rhetorik des „sekundären Antisemitismus“, der Jüdinnen und Juden als „Verkörperung einer unerwünschten und verdrängten Erinnerung an die deutschen Verbrechen“ konstruiert, die eine „identifikationsfähige, idealisierte nationale Vergangenheitskonstruktion“¹¹⁵ erschwert. Judith Wolter, Fraktionsvorsitzende von *Pro Köln*, beklagt etwa ein „Dogma des Zeitgeistes“, demzufolge es „nur deutsche Täter und fremde

Opfer gegeben“ habe. Dieses Deutungsmuster werde „immer noch zur Durchsetzung aktueller politischer Ziele genutzt [...] indem wirtschaftlich oder politisch ungünstige Entscheidungen für unser Land moralisch ‚aufgrund unserer Vergangenheit‘ begründet werden.“¹¹⁶

Es erscheint daher kaum verwunderlich, dass Personen, die mit ihren einseitig antiisraelischen und teilweise antisemitisch konnotierten Positionen zweifelhafte Publizität erzielt haben, von *Pro NRW* als „Dissidenten“ und „Querdenker“ gefeiert wurden. Zu nennen ist hier beispielsweise der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, der in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 darüber sinniert hatte, ob die „Juden“ als „Tätervolk“ zu bezeichnen seien.¹¹⁷ Den im Juni 2003 ums Leben gekommenen FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann, der zuletzt im Bundestagswahlkampf 2002 mit antiisraelischen Polemiken in Erscheinung getreten war, stilisierte Patrik Brinkmann noch Jahre später zum Opfer eines Komplotts: „Und immer, wenn jemand in Deutschland oder Österreich die falschen Fragen stellt, dann macht er, wie Jörg Haider einen mysteriösen Autounfall“ oder „stürzt wie Jürgen Möllemann mit dem Fallschirm ab“.¹¹⁸ Die vermeintlichen Drahtzieher dieser von ihm ausgemachten Verschwörung nannte Brinkmann in seinen Ausführungen freilich nicht, machte aber an gleicher Stelle den *Zentralrat der Juden in Deutschland* für die „Islamisierung unseres Landes“ verantwortlich. Dessen Generalsekretär Stephan Kramer, forderte er auf, „zum Islam zu konvertierten“, da man „am Ende immer zu dem zugehören (soll), wo das Herz schlägt“.

In diesen Sätzen scheinen zwei klassische Topoi des Antisemitismus auf. Zum einen figuriert Stephan Kramer als Repräsentant des *Zentralrats der Juden* gleichsam als „Fremdkörper“ innerhalb einer homogen gedachten (deutschen) „Wir-Gemeinschaft“. Zum anderen sind es in dieser Sichtweise, Jüdinnen und Juden bzw. deren Interessenverbände selbst, die eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands forcieren. Zumindest mittelbar rekurriert diese Pro-

jektion auf das antisemitische Klischee fortwährender jüdischer Einflussnahme, die sich dezidiert gegen (sogenannte) deutsche Interessen richten würde.

Der (antimuslimische) Rassismus bildet somit zwar die zentrale weltanschauliche Grundposition von *Pro NRW*, antisemitische Ressentiments sind gleichwohl weiterhin als jederzeit mobilisierungsfähige Ressourcen abrufbar. Von dem behaupteten Bruch mit den Traditionslinien der extremen Rechten in Deutschland kann somit nicht die Rede sein.

Angelika Strube

Was verbirgt sich hinter Christen pro Köln?

Auch in unserer modernen Gesellschaft genießen christliche Organisationen und die großen Kirchen bei vielen Menschen Vertrauen. Menschen, die als Christ_innen erkennbar sind, wird oft ein Vertrauensvorschuss entgegengebracht. Auf Menschen, die noch nichts über die sogenannte *Pro*-Bewegung wissen, dürfte der Name *Christen pro Köln* deshalb positiv oder doch wenigstens harmlos wirken. Man könnte meinen, hier träfen sich Menschen, die sich aus ihrem christlichen Glauben heraus für ihre Stadt einsetzen und die sicherlich nichts Böses im Schilde führten.

Genau auf solche „vertrauensbildenden Effekte“ zielen rechtsgerichtete Gruppierungen, wenn sie mit ihren Themen und Parolen gezielt auf Christ_innen zugehen, sich etwa an Demonstrationen gegen Abtreibung beteiligen, Hetze gegen Homosexuelle als Verteidigung christlicher Moral und Hass gegen Muslime als Verteidigung des christlichen Glaubens darstellen, oder wenn sie ihre Internetauftritte mit Zitaten Papst Benedikts XVI. schmücken. Strategisches Ziel ist es, als „christlich“ oder zumindest „dem Christentum nahestehend“ zu erscheinen. Auf diese Weise möchte man für sich

beanspruchen, man stünde in der „Mitte der Gesellschaft“. Zudem möchte man Christ_innen blenden und für sich gewinnen.

Leider finden rechtsextreme Gruppierungen bisweilen auch religiöse Sympathisant_innen. Massiver antimuslimischer Rassismus ebenso wie schlimmster Antisemitismus fanden sich z. B. auf der ebenso religiös-traditionalistisch wie politisch-rechtsextrem ausgerichteten Internetseite *kreuz.net*, gegen die Ermittlungen laufen und auf der auch die *Pro Köln*-Bezirksvertreterin Regina Wilden veröffentlichte. Auch die abtrünnige *Priesterbruderschaft St. Pius X.* (Piusbruderschaft) steht durch ihre Nähe zu rechten Gruppierungen wie dem französischen *Front National* immer wieder in den Schlagzeilen, zuletzt am 15. Oktober 2013 bei der Totenmesse für den SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke.

Die Arbeitsgemeinschaft *Christen pro Köln* wurde im Juni 2008 von führenden Aktivist_innen von *Pro Köln* gegründet, u.a. von den damaligen *Pro-Köln*-Stadträten Hans-Martin Breninek und Regina Wilden. Verantwortlich für den Inhalt der Internetseite der Arbeitsgemeinschaft zeichnet Manfred Rouhs¹¹⁹, 2008 für *Pro Köln* im Stadtrat, heute Vorsitzender der *Bürgerbewegung pro Deutschland*. Die schlecht gepflegte Internetseite der *Christen pro Köln* gibt Aufschluss über den Zustand des Arbeitskreises und entlarvt seine Absichten. Zahlreiche Artikel erschienen in den Jahren 2008 und 2009, danach brechen die Aktivitäten ein; im Frühjahr 2012 erschienen noch zwei Artikel und seit Juni 2012 wurde die Seite offenbar gar nicht mehr aktualisiert (Stand 20.09.2013). Der Arbeitskreis äußert sich aber nach wie vor, wenn auch recht selten, in Stellungnahmen zu aktuellen kirchlichen Entwicklungen.

Inhaltlich findet sich die für die *Pro*-Gruppen typische Hetze gegen Muslime sowie gegen Homosexuelle, doch die weitaus meisten Artikel (25 von 53) polemisieren gegen Christ_innen, die sich für einen Dialog der Religionen und gegen Rechtsextremismus stark machen. Vor allem namhafte und sozial engagierte Katholik_innen der Domstadt wie etwa Pfarrer Franz Meurer, die Vorsitzende des *Kölner Katholikenausschusses* oder der *Bund der Deutschen*

Katholischen Jugend BDKJ werden von *Christen pro Köln* verhöhnt. Ziel ist es, christliche und kirchliche Kritiker_innen von *Pro Köln* und *Pro NRW* durch persönliche Angriffe und Hetze im Internet einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Selbst gegen katholische Bischöfe und evangelische Präsidialen wird polemisiert, wenn diese Grußworte zum Ramadan verfassen und sich explizit gegen die *Pro*-Gruppen aussprechen, wie es beispielsweise die evangelischen Präsidialen Nikolaus Schneider und Alfred Buß und die katholischen Bischöfe Felix Genn und Franz-Josef Overbeck in einem „Gemeinsamen Wort zum Zusammenleben der Religionen“ im März 2010 getan haben.¹²⁰

Auffallend häufig vermelden die Internetseiten eine Teilnahme der *Christen pro Köln* an Gottesdiensten. Zuvor öffentlich angekündigt und hinterher mit Handyfotos belegt dienen sie, ähnlich wie die Papstfotos und -zitate auf der Internetseite, der politischen Effekthascherei: Sie sollen den Eindruck ernstgemeinter Christlichkeit in der Öffentlichkeit vortäuschen und sind darüber hinaus Versuche der Kontaktaufnahme in kirchliche Kreise hinein.

Insgesamt agiert die *Pro*-Bewegung berechnend populistisch und hängt inhaltlich so manches Fähnchen nach dem Wind. So äußern sich *Christen pro Köln* durchweg gegen Homosexualität und homosexuelle Menschen, doch 2013 versuchte *Pro Köln*, gegen den Widerstand der CSD-Veranstalter_innen eine Teilnahme am Christopher-Street-Day zu erzwingen. Schon im September 2008 gab Beisicht im Interview für die rechtsgerichtete Wochenzeitung *Junge Freiheit* unter der Überschrift „Wir sind die Stimme der Bürger“ seinen strategischen Populismus offen zu:

„JF: Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daher kommt? – Beisicht: So könnte man sagen. Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. (...) Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“¹²¹

Auch Parolen wie „Abendland in Christenhand“ offenbaren eine taktische Verzweckung des Christentums durch *Pro NRW* für das Schüren antimuslimischer Vorurteile und rassistischer Hetze.

Wenn *Pro NRW* „Minderheiten, namentlich Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetzt und ausgrenzt und das Ziel verfolgt, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet wird“¹²², wie das Verwaltungsgericht Düsseldorf in seiner Entscheidung vom 15. Februar 2011 festgestellt hat, dann missachtet es unser Grundgesetz und die darin festgeschriebene Unantastbarkeit der Menschenwürde aller. Ebenso missachtet es unverzichtbare Grundüberzeugungen des christlichen (und jüdischen) Glaubens wie die der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und der allen Menschen unterschiedslos zukommenden Nächstenliebe, die schon das 3. Buch Mose/Levitikus 19,34 bezeugt. Von christlichen Einstellungen und christlichem Gedankengut kann deswegen keine Rede sein. Von einer Gruppe wie *Christen pro Köln* sollten sich Christ_innen deshalb nicht blenden lassen.

Michael Klarmann

Warum wollte Pro NRW beim Christopher Street Day mitmachen?

Im Mai 2013 sorgten *Pro Köln* und *Pro NRW* mit der Ankündigung, mit einem eigenen Wagen am *Christopher Street Day* (CSD) in Köln teilnehmen zu wollen, für Aufregung. In den Jahren zuvor hatten sich beide *Pro*-Gliederungen oder deren Vertreter_innen meist abwertend und diskriminierend über Homosexuelle und den CSD geäußert. Wie kam es zu dem vermeintlichen Sinneswandel?

Einerseits wollten *Pro Köln* und *Pro NRW* die in Teilen der schwul-lesbischen Szene vorhandenen Vorbehalte gegenüber Muslimen aufgreifen. In Staaten mit radikalislamischen Regierungen wer-

den Schwule und Lesben diskriminiert, verfolgt, inhaftiert oder getötet. Gerade Migranten aus einem islamischen Milieu sollen auch in Deutschland für Übergriffe auf Homosexuelle verantwortlich sein. Beide *Pro*-Gliederungen wollten sich daher nach ihren Angaben auf dem CSD gegen die Unterdrückung von Homosexuellen durch Muslime wehren. Die Fraktionschefin von *Pro Köln* im Stadtrat, Judith Wolter, erklärte, man teile „die politische Forderung nach mehr Toleranz gegenüber Minderheiten“ im Motto der CSD-Parade. Es müsse „in Köln Platz sein für alle friedlichen und rechtschaffenen Bürger, auch wenn sie zum Beispiel einer sexuellen oder politischen Minderheit angehören.“ Weder sei es ein „Verbrechen [...], homosexuell zu sein“, noch sei es ein solches „einer unbequemen Oppositionspartei wie *Pro Köln* anzugehören“.¹²³

Deutlich wird, dass *Pro Köln* sich selbst als unterdrückte, diskriminierte Gruppe und als ein Opfer des sogenannten (politischen) Mainstreams darstellte. Zugleich führte die plakative Zuspitzung zu teils heftigen Diskussionen und großer Unruhe in der homosexuellen Community. Andererseits war ein enormes mediales Echo infolge der Ankündigung vorprogrammiert. Provokante Medieninszenierungen sind für (rechts-)populistisch agitierende Splitterparteien ein Garant dafür, eine für sie sonst kaum erreichbare Öffentlichkeit zu erlangen. *Pro Köln* und *Pro NRW* haben damit seit Jahren Erfahrung gesammelt und wissen um die Wirkung von Mediencoups. Festzuhalten bleibt heute, dass ihnen mit minimalem Einsatz ein maximaler Erfolg bezüglich der medialen Reichweite in Sachen CSD gelang.

Die Internetplattform *Queer.de* hatte schon früh darauf hingewiesen, dass die Anmeldung von *Pro Köln* zum CSD nur „eine clevere List“ sei. Und weiter: „Es ist reine Instrumentalisierung mit einkalkuliertem Bumerangeffekt. Den zwangsläufig entstehenden Krawall wird ‚Pro Köln‘ dazu nutzen, sich als Opfer zu stilisieren.“¹²⁴ Dazu nutzte *Pro* auch die sozialen Netzwerke. Nachdem Politiker davor gewarnt hatten, dass *Pro* üblicherweise gegen Vielfalt und gegen Minderheiten agitiere, wettete *Pro* gegen die „links-rot-grünen Gesinnungsdiktatoren“, die „homosexuellen Menschen das eigene

Denken und die eigene Meinung verbieten“ wollten.

Das *Ministerium für Inneres und Kommunales* stellt demgegenüber in seinem NRW-Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 fest: „Neben den abwertenden Äußerungen zu ethnischen Minderheiten agitiert ‚pro Köln e.V.‘ auch gegen sexuelle Minderheiten. Homosexuelle werden subtil verächtlich gemacht und durch diffamierende Formulierungen herabgesetzt. So werden Fördermaßnahmen für Homosexuellen-Projekte abgelehnt und durch eine entsprechende Wortwahl der Lächerlichkeit preisgegeben.“¹²⁵

Ein Kommentar aus dem Jahr 2010 auf der Homepage der *Christen pro Köln* warf etwa der CDU vor, am „alljährlichen Umzug von und für Homosexuelle und politisch Korrekte durch die Kölner Innenstadt, genannt ‚CSD‘“ teilgenommen zu haben. Damit habe sich die CDU dem „Parteien-Einheitsbrei“ angepasst. Doch *Pro Köln* hatte in der Vergangenheit noch drastischer gegen den CSD, die Parteien und Initiativen polemisiert. Im Jahre 2002 hatte *Pro Köln* eine gegen den CSD gerichtete „Mahnwache wider den Werteverfall“ angekündigt. Weiter hieß es: „Pro Köln wird gegen die Legalisierung der Homo Ehe, gegen die Verschwendung von Steuergeldern für den CSD und gegen das öffentliche Zurschaustellen homosexueller Sexualpraktiken [...] demonstrieren.“ Die „Mahnwache“ wurde später allerdings abgesagt, angeblich, weil Gegner Gewalt gegen *Pro Köln* angekündigt hatten. SPD, Antifa und CSD-Organisatoren würden dabei Hand in Hand vorgehen, fabulierte *Pro Köln* dazu 2002, und glaubte an einen „Schulterschuß“ mit der „Terrorzene“ durch den CSD. So habe also „die schwul-lesbische Bewegung ihre Unschuld verloren. Gestern noch waren sie selbst die ausgegrenzte Minderheit. Heute befürworten sie Gewalt gegen andere Minderheiten. Kaum dominieren sie für ein paar Tage die Kölner Innenstadt – schon soll dort alles Andersartige ausgemerzt werden.“¹²⁶ Mit „Andersartige“ meinte *Pro Köln* im Jahre 2002 die eigene Klientel.

Letztlich verhinderten die CSD-Organisatoren 2013 eine Teilnahme der rechtspopulistischen Partei, indem sie die geplante Parade absagten und prompt wieder unter einem neuen Motto an-

meldeten. Darin hieß es nun, dass man sich nicht nur für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben stark mache. Man sei auch „gegen rechtspopulistische, rechtsextremistische, rassistische, nationalistische oder antiislamische Anschauungen“. Nahezu zeitgleich teilte *Pro Köln* mit, man werde doch nicht am CSD teilnehmen. *Pro Köln*-Fraktionsgeschäftsführer Markus Wiener erklärte, man habe mit der „medialen Debatte [...] viel erreicht“. Und man habe sich „als die islamkritische Bewegung in der Domstadt [...] als ehrlicher Sachwalter aller gefährdeten Bürger bewähr[t].“ Die CSD-Anmeldung habe man, so Wiener, auch zurückgezogen, weil man „nicht als Ausrede für linke Krawallmacher herhalten“¹²⁷ wolle.

Carolyn Hesdenz

Tritt Pro NRW für Frauenrechte ein?

„Wir werden gemeinsam die Werte der Freiheit verteidigen und damit auch unsere Rechte als Frauen“¹²⁸, so Stefanie Wohlfarth, damals Vorstandsmitglied bei *Pro NRW*, in ihrem Grußwort bei einer Buchvorstellung in Antwerpen. Für sich betrachtet klingt der Satz tatsächlich nach einer kämpferischen Botschaft für Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen. Verlesen hat Wohlfarth dieses Grußwort jedoch bei einer Veranstaltung der vom belgischen *Vlaams Belang* ins Leben gerufenen Initiative *Frauen gegen Islamisierung*, deren Auftakt die Buchvorstellung bilden sollte. Damit lässt sich bereits erahnen, dass es hier eher darum ging, Frauenrechte als Argument gegen den Islam in Stellung zu bringen.

„Für die PRO BEWEGUNG ist der Kampf gegen den Islam ein Kampf für die Freiheit. Für uns heißt Widerstand gegen einen mittelalterlichen Islam das Bekenntnis zu den Werten des Abendlandes, zu den Werten unserer Kultur. Und für uns Frauen heißt der Kampf gegen den Islam ein Kampf um unsere Würde. Wir Frauen in Deutschland lassen uns nicht von einer Religion unterdrücken,

für die die Würde der Menschen ein Fremdwort ist“¹²⁹, so Wohlfarth in eben diesem Grußwort. Die Rechte der Frauen wie auch ihre Würde müssen also durch einen Kampf gegen den Islam bewahrt werden. Für die Bedrohung liefert sie auch gleich einige Beispiele mit: „Während der Mann in den Einkaufsstraßen vorweg schlendert, schleppt sich eine verschleierte und vermummte Frau mit den Einkäufen ab. Unsere Kinder erleben, wie die Jungen in den Schulen die ganze Verachtung gegenüber den Frauen zur Geltung bringen. Selbst ihren eigenen Müttern zollt diese Kultur keine Achtung.“¹³⁰ Der Islam und alle, die ihm zugeordnet werden, werden hier als homogener Block beschrieben, dem „Christen und Deutsche“ und ihre Kultur entgegengesetzt werden. Letzterer werden Rechtsgleichheit, Solidarität und Streiten für ein gemeinsames Ziel zugeordnet.

Weiterhin wird „der Islam“ als patriarchalische Gesellschaft benannt, Frauen seien dort Menschen zweiter Klasse. Die Diskriminierung von Frauen wird damit ausschließlich auf „den Islam“ projiziert, Kritik an Sexismus und Frauendiskriminierung ohne Islam-Bezug findet sich nicht – weder in der Grußbotschaft noch in anderen Verlautbarungen von *Pro NRW* und seinen Protagonist_innen. Frauenpolitik ist ohnehin kein Thema der selbsternannten Bürgerbewegung. Ein programmatischer Text zum Thema lässt sich auf deren Internetseiten nicht finden¹³¹. Daher muss zur Analyse der geschlechterpolitischen Vorstellungen auf Aussagen von *Pro NRW*-Aktivist_innen zurückgegriffen werden. Das *Pro NRW*-Vorstandsmitglied Jörg Uckermann nimmt in einem Interview mit dem Blog *Politically Incorrect* Stellung gegen Frauendiskriminierung – auch er jedoch nur in Bezug auf den Islam: „Jeder, der das Grundgesetz Ernst nimmt, ist geradezu in der Pflicht, ein Islamkriker zu sein! Denn die ‚wahren Werte‘ des Islam bedeuten nunmal Scharia, die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen, Ehrenmorde und die Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat.“¹³²

Daneben werden Kämpfe um Frauenemanzipation – so sie sich nicht gegen den Islam instrumentalisieren lassen – in den Verlautbarungen der Partei diskreditiert. Als „Gender- und Gleich-

machereiirrsinn“¹³³ werden Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen bezeichnet, Gender Mainstreaming, womit alles mögliche aus dem Bereich der Frauenförderung bezeichnet wird, ist ein besonderes Feindbild. So echauffiert man sich unter der Überschrift „Gender Mainstreaming über alles! Bundeszentrale für politische ‚Bildung‘ dreht durch!“¹³⁴ über eine Tagung der Bundeszentrale mit dem Titel „Das flexible Geschlecht: Gender, Glück und Krisenzeiten in der globalen Ökonomie“. Aus der Rede des damaligen Präsidenten der *Bundeszentrale für politische Bildung* gehe hervor, „woher das ominöse, heutzutage von der EU vorangetriebene Gender-Mainstreaming wirklich stammt: Aus der Feder von Karl Marx und anderer Sozialisten, die im 20. Jahrhundert Millionen von Menschen in den Tod geführt haben.“¹³⁵ Das, was mit Gender Mainstreaming benannt wird, dürfte deshalb als so gefährlich gelten, weil es als Gefahr für die traditionelle Familie angesehen wird und die Gefahr besteht, dass traditionelle und damit vermeintlich bewährte Rollenbilder, Arbeitsteilung und damit Machtverhältnisse Veränderung erfahren. So formuliert auch Wohlfarth in ihrem Grußwort: „Die Vielfalt von Mann und Frau ist ein Wert, den wir gegen die linken Gender-Fantasten verteidigen. Wer stolz auf seine Identität als Mann oder als Frau ist, der achtet die Identität des anderen. Das ist der europäische Geist.“¹³⁶

Stolz verkündet *Pro NRW* auch die Unterstützung des anti-feministischen „1000-Kreuze-Marschs“ 2012 in Münster, einem von christlichen Fundamentalist_innen durchgeführten Gebetszug gegen Abtreibung. Der Vorsitzende Markus Beisicht kündigte gar eine eigene *Pro NRW*-Delegation an¹³⁷. Der damals stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe schilderte später, wie der „Betzug“ „christliche Lieder singend“¹³⁸ durch die Innenstadt gezogen sei. Die feministischen Proteste bezeichnete er als „intolerante Hassorgie“¹³⁹.

Nimmt man die Aussagen über den „frauenverachtenden Islam“ und die Polemik gegen feministische Forderungen, so wird klar, dass auch die Frauenrechte für *Pro NRW* nur ein Mittel sind, gegen „den Islam“ zu hetzen und auch hier an verbreitete

Ressentiments anzuknüpfen. Darüber hinaus spielt Frauen- oder Geschlechterpolitik keine Rolle. Auch auf der strukturellen Ebene ist es bei *Pro NRW* nicht weit her mit der Gleichberechtigung der Frauen: Der 19-köpfige Vorstand, der auf der Internetseite in der Rubrik „Unsere Mannschaft“¹⁴⁰ abgebildet ist, umfasst lediglich vier Frauen. 2008 war eine Gruppierung *Frauen pro NRW* gegründet worden, von Aktivitäten wird jedoch nicht berichtet.

Julia Kilian

Welche Schul- und Bildungspolitik verfolgt Pro NRW?

Bei den Kommunalwahlen 2009 errang *Pro Köln* 9 Prozent der Erstwählerstimmen, womit der Zuspruch bei der Alterskohorte deutlich über dem Gesamtwahlergebnis von 5,36 Prozent lag.¹⁴¹ Auch wenn *Pro NRW* außerhalb des Großraums Köln bei Wahlen zu meist deutlich schlechter abschneidet, zeigt dieses Ergebnis, dass Jungwähler_innen eine wichtige Zielgruppe für die Partei darstellen. Als Ansprechpersonen für Jugendliche inszenieren sich in erster Linie der Jugendbeauftragte und Schriftführer von *Pro NRW*, Tony-Xaver Fiedler (Jahrgang 1989), sowie Christopher von Mengersen (Jahrgang 1993). Beide sind Vorstandsmitglieder des *Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ)*. Mit dem Thema der Bildungspolitik versucht *Pro NRW*, ein für Jugendliche relevantes Thema inhaltlich zu füllen.

Der bildungspolitische Ansatz hat seit 2010 eine deutliche rechtspopulistische Schärfung erfahren. Unter dem Titel „Ausbildung statt Zuwanderung“ stellt die Partei auf ihrer Homepage in einem kurzen Text dar, welche Schwerpunkte ihrer Meinung nach in der Bildungspolitik zu setzen seien.¹⁴² Sie plädiert für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, die optimale Förderung aller Kinder je nach individueller Begabung und eine modernisierte Ausstattung vor allem der Hauptschulen sowie eine positiv konnotierte Förderung

der „Bildungselite“. Während diese Forderungen erst einmal relativ harmlos daher kommen, macht *Pro NRW* kaum einen Hehl daraus, dass ihr bildungspolitischer Ansatz vor dem Hintergrund einer völkisch-nationalistischen und islamfeindlichen Folie zu sehen ist. Gründe für Probleme des Bildungssystems werden unter Missachtung anderer Realitäten in der „linken“ Bildungspolitik ausgemacht, einer unterstellten „Überfremdung und Sprachlosigkeit“ an Hauptschulen und der vermeintlichen „Masseneinwanderung bildungsferner Schichten“ sowie der „Islamisierung“ der Gesellschaft.¹⁴³ Soziale Probleme werden so ethnisiert und kulturalisiert. Die auf den ehemaligen bildungspolitischen Sprecher Torsten L. zurückgehenden Grundsätze dürften weiter Bestand haben, zumal die Partei die Interviews mit dem mittlerweile ausgetretenen Politiker weiterhin auf ihrer Homepage zur Verfügung stellt.¹⁴⁴ Der Argumentation von L. folgend, wird die Einführung eines neuen für alle Schüler_innen verpflichtenden schriftlichen Kernfaches gefordert, in dem „christlich-abendländische“ Werte und deutsche Staatskunde vermittelt werden sollen.¹⁴⁵ Judith Wolter, die Fraktionsvorsitzende von *Pro Köln* und Schatzmeisterin von *Pro NRW*, sieht darüber hinaus eine Notwendigkeit in der Stärkung „traditioneller Sekundärtugenden“ wie „Fleiß, Pünktlichkeit und Selbstdisziplin“.¹⁴⁶

Aufgegriffen werden diese bildungspolitischen Ideen in der letzten Ausgabe der Jugendzeitschrift *Objektiv* vom Dezember 2012, deren Herausgeber Fiedler ist. Beschworen wird hierin eine vermeintlich existierende und zu erlernende deutsche Leitkultur und das Humboldt'sche Bildungsideal. Zur Unterstreichung der Alternativlosigkeit ihres Gestaltungsanspruchs knüpft *Pro NRW* an verschiedene Probleme im Bildungssystem an, die gesamtgesellschaftlich diskutiert und kritisiert werden (z. B. „PISA-Schock“, Verschlangung inhaltlicher Anforderungen bei gleichzeitiger Überforderung der Schülerinnen und Schüler nach der Einführung von G8). Zur Ursachenklärung werden Feindbilder aufgebaut und Stereotype bedient. So ist neben der „Kuschelpädagogik der Linken“ und der „Entmündigung der Eltern“ durch die Einführung von Ganztagschulen die „schleichende

Überfremdung“ und der „fehlende Integrationswille“ von „nicht ethnisch Deutschen“ nach Auffassung der Autoren Schuld am Abgleiten deutscher Schulen ins Mittelmaß und der größer werdenden Leistungsschere zwischen nord- und süddeutschen Bundesländern.¹⁴⁷

Zur Erreichung von Jungwähler_innen hat man offensichtlich Abstand genommen von der Publikation weiterer Ausgaben der Zeitschrift *Objektiv*. Fiedler und von Mengersen nutzen seit 2012 anstelle dessen *Facebook* als Sprachrohr und politische Agitationsfläche. Im thematischen Fokus stehen parallel zur Parteilinie die Anti-Islam-Kampagne, die Kritik an der Euro-Rettungspolitik und Warnungen vor „Asylmissbrauch und Armutseinwanderung“. Zur Mobilisierung der Jungwähler_innen will die Partei nach eigenem Bekunden verstärkt auf Demonstrationen und Flyerverteilkaktionen setzen. Aus diesem Anlass präsentierte *Pro NRW* kurz nach der Bundestagswahl 2013 auf ihrer Seite zwei Flyer.¹⁴⁸ Hierin versucht die Partei, Fiedler und von Mengersen als Vertreter für die Jugend in Szene zu setzen, indem sie ihnen ermöglichen, sich in einer Art Vorwort direkt an Schüler_innen zu richten. Fiedler mimt den netten, sportlichen, jungen Mann von nebenan, von Mengersen weht mit einer Deutschlandflagge. Fiedler fordert zu einem „Schluss mit der Gewalt“ auf, von Mengersen findet „Multikulti zum Kotzen“. Während Fiedler den Kümmerer gibt und für „Schikane“ und Gewalt „im Regelfall“ Jugendliche „nichtdeutscher Herkunft“ benennt, präsentiert sich von Mengersen als Patriot, der „das Modell der deutschen Leitkultur“ vor „der Islamisierung Deutschlands“ bewahren möchte.

Im Jugendflugblatt werden auch einige Kernforderungen formuliert, die einen Bezug zur Schule aufweisen. Neben der nicht näher erläuterten Forderungen nach „mehr politischer Teilhabe der Jugend“ und „mehr Sicherheit an Schulen“, formuliert die Partei mehrere ausgrenzende Forderungen, die sich gegen muslimische sowie nicht-deutsche Schüler_innen richten. So wird neben des Verbotes des schulischen Islamunterrichts, ein „Kopftuchverbot an Schulen und Unis“ sowie eine Begrenzung des „Ausländeranteils“ auf 30 Prozent pro Schulklasse gefordert. Außerdem sollen nach dem

Willen von *Pro NRW* die „konsequente Abschiebung ausländischer jugendlichen Gewalt- und Intensivtäter“ durchgesetzt werden.¹⁴⁹

Um so zu tun, als würde *Pro NRW* nur umsetzen, was auch von anderen gesellschaftlichen Kräften gefordert wird, bemühen sie Zitate von Gerhard Schröder (SPD) zur Notwendigkeit der Ausweisung straffälliger Ausländer (geäußert 1997) und Erwin Huber (CSU), der 2010 „Mutikulti“ als „Brutstätte für Kriminalität“ bezeichnete. Mit direkt an die Schülerinnen und Schüler gerichteten rhetorischen Fragen versucht die *Jugend pro NRW*, Empathie für die Sorgen Jugendlicher zu zeigen.

Alexander Häusler

Wie nimmt Pro NRW Bezug auf Diskurse in der „Mitte der Gesellschaft“?

Pro NRW versucht, sich in rechtspopulistischer Manier als Vertreterin von „des Volkes Stimme“ zu inszenieren. Dabei werden weit verbreitete Ängste und Vorurteile aufgegriffen und rassistisch zugespitzt. Der Österreicher Eduard Mainoni, ein früherer Politiker des rechtspopulistischen BZÖ, hat einen solchen politischen Kampagnenstil offenherzig als „Geschäft mit der Angst“ bezeichnet.¹⁵⁰

Wie dieses „Geschäft“ bei *Pro NRW* funktioniert, illustriert ein Antrag aus dem Jahr 2013 im Rat der Stadt Radevormwald: In offen antiziganistischer Stoßrichtung wurde dort gefordert, Maßnahmen gegen ein von Roma bewohntes Haus zu treffen. In diesem Ratsantrag wird in rassistischer Manier behauptet, dass „diese ethnische Minderheit eine gänzlich andere Vorstellung von nachbarschaftlichem Zusammenleben, von Ordnung und Sauberkeit und von persönlichem Eigentum hat“ und daraus ableitend werden repressive Maßnahmen gefordert.¹⁵¹ Zugleich inszeniert sich die extrem rechte Partei darin als Bezugspunkt für Sorgen in der angestammten Bevölkerung. Solche Kampagnen bauen auf weit vorherrschenden Ressentiments

gegenüber Sinti und Roma auf. Ergebnisse der Langzeitstudie der Universität Bielefeld zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ aus dem Jahr 2011 wiesen darauf hin, dass 40 Prozent der Deutschen bekundeten, sie wollten nicht in der Nachbarschaft von Sinti und Roma wohnen. Mehr als jeder Vierte forderte, Sinti und Roma sollten „aus den Innenstädten verbannt werden“.¹⁵²

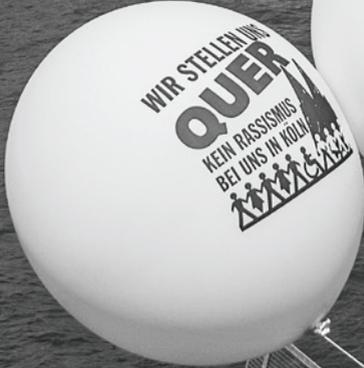
Zudem greift *Pro NRW* auch repressive Handlungsvorstellungen aus etablierten demokratischen Parteien auf. „Renzel-Konzept durchsetzen!“ – mit einer solchen Parole bezog sich *Pro NRW* im Herbst 2013 bei ihren Demonstrationen „gegen Asylmissbrauch“ im Ruhrgebiet positiv auf ein Konzeptpapier des Essener Sozialdezernenten Renzel. Jener CDU-Politiker Renzel hatte ein Konzeptpapier zu Verringerung des Zuzugs von Roma aus Südosteuropa mit dem Ziel entwickelt, mittels abschreckender Maßnahmen die Zuzugszahlen dieser Bevölkerungsgruppe zu verringern. *Pro NRW* kündigte an, dieses Konzept in den Stadträten von Leverkusen und Ennepetal zur Abstimmung vorlegen zu wollen. Der Essener Sozialdezernent drohte *Pro NRW* mit einer Klage wegen der Instrumentalisierung seines Konzeptes, welches von einer Stimmenmehrheit im Rat der Stadt Essen abgelehnt wurde.¹⁵³ Bezugnahmen wie diese werden von *Pro NRW* einerseits dazu benutzt, um sich als politisch anschlussfähig darzustellen. Andererseits dient gerade die Unterstützung umstrittener und nicht immer mehrheitsfähiger Vorschläge aus den Reihen der demokratischen Parteien dazu, sich selbst „echte Alternative“ zu verkaufen, die sich, im Gegensatz zum politischen Establishment, traut auch vermeintlich „politisch unkorrekte“ Maßnahmen und Themen anzugehen.

Bedrohungsgefühle werden politisch gezielt von rechts geschürt und für eigene Zwecke instrumentalisiert: Angst vor sozialem Abstieg, vor Identitätsverlust und vor dem vermeintlich Fremden werden dabei propagandistisch gebündelt in ein politisches Auffangbecken für nationalistisches Wutbürgertum und verbunden mit dem Angebot, dieser Wut durch Projektion auf konkrete Feindbilder ein politisches Ventil zu geben – auf Zugewanderte im Allgemeinen und Roma und Muslime im Besonderen; auf die EU-Bürokratie und den

Euro sowie auf die angeblich vorherrschende „Diktatur“ linker „political correctness“. Der von der Kölner CDU zu *Pro Köln* übergetretene Jörg Uckermann verkündete im Mai 2008 in der inzwischen eingegangenen extrem rechten Zeitschrift *Nation & Europa*: „Auf jeden Fall gäbe es ein sofort abrufbares Potential von bis zu 25 Prozent der Wähler für einen rechtspopulistischen Politikansatz. Roland Schill hat in Hamburg vorgemacht, was möglich ist, wenn Teile der Medien mitspielen.“ Daher forderte er, man solle „mit den Medien geschickt spielen und Stimmungen aufgreifen und kanalisieren.“¹⁵⁴

In welcher Weise so etwas praktiziert wird, illustriert ein Plakat der inzwischen mit *Pro NRW* in Konkurrenz stehenden *Bürgerbewegung pro Deutschland* bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin: „Wählen gehen für Thilos Thesen“ hieß es dort. Nachdem der ehemalige Berliner Finanzsenator und Erfolgsautor Klage gegen seine Namensnennung eingereicht hatte, wurde der Plakattext umformuliert in „Wählen gehen für ZENSIERTE Thesen“. Im Rat der Stadt Köln beantragte *Pro NRW* schon im Sommer 2010 die Verleihung der „Ehrenbürgerehre“ für Sarrazin. In der Begründung hieß es: „Das Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin hat in den letzten Monaten für die Meinungsfreiheit wichtige Breschen in das Dickicht der ‚Politischen Korrektheit‘ in Deutschland geschlagen. Dank dem langjährigen Berliner SPD-Finanzsenator sind einige undemokratische Tabus und Denkverbote in der öffentlichen Debatte in Bezug auf die Einwanderungsproblematik, die drohende Islamisierung Deutschlands und den gesellschaftlich-demographischen Niedergang der Bevölkerung gefallen.“¹⁵⁵

Obgleich sich *Pro NRW* als vermeintliche Alternative gegenüber den „Altparteien“ und der angeblich vorherrschenden „linken Meinungsdictatur“ zu inszenieren versucht, erweist sich ihre rechtspopulistische Propaganda als offensichtlicher Versuch, an im gesellschaftlichen Diskurs vorherrschende Haltungen wie Wohlstandschauvinismus, Rassismus sowie nationalistische und autoritäre Politikvorstellungen anzuknüpfen und diese zu bündeln in der Hoffnung, daraus politisch Kapital schlagen zu können.



Eingreifen gegen rechts

Was kann ich persönlich tun?

Die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien wie *Pro NRW* ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das politische Engagement gegen rechte Ideologie beginnt allerdings schon im privaten Alltag, denn viele Themen, die von *Pro NRW* angesprochen werden, betreffen das alltägliche Miteinander der Menschen. Stellt sich nur die Frage: Was können wir konkret tun?

Pro NRW ist in den vergangenen Jahren häufig öffentlich in Erscheinung getreten und die selbsternannte „Bürgerbewegung“ wird in den Medien als rechtspopulistische Partei thematisiert. Trotzdem ist nicht allen Menschen klar, um was für eine Partei es sich handelt. Die Selbstbezeichnung als „Pro-Bewegung“ trägt dazu bei, den Charakter ihrer Ideologie hinter einem unverfänglichen Namen zu verbergen. Denn wer in Nordrhein-Westfalen wäre nicht für (also pro) NRW? Ein erster Schritt ist deshalb die Information über *Pro NRW*, die bereits im Bekanntenkreis anfängt. Wenn Verwandte oder Freunde sich unbedarft positiv über *Pro NRW* äußern, reicht es vielleicht schon, sie darüber aufzuklären, was für rassistische Positionen die Partei vertritt, wenn sie Muslimen, Sinti und Roma oder Flüchtlingen fundamentale Rechte abspricht.

Über die Entlarvung von *Pro NRW* als rechtspopulistische Partei hinaus sollten allerdings auch die Inhalte der Partei thematisiert werden. *Pro NRW* greift in politischen Kampagnen Themen auf, die auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ in problematischer Weise diskutiert werden. Umfragen in der deutschen Bevölkerung zeigen immer wieder, dass sexistische, rassistische und nationalistische Positionen keineswegs ausschließlich von rechten Gruppen wie *Pro NRW* vertreten werden. Auch an nordrhein-westfälischen Stammtischen sind Parolen gegen (vermeintliche) Ausländer_innen und andere Minderheiten keine Seltenheit. Die Propaganda von *Pro NRW* (z. B. gegen den angeblichen „Asylmissbrauch“) versucht, vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung gezielt aufzugreifen

und für die politischen Ziele der Partei nutzbar zu machen. Um der rechtspopulistischen Agitation den Boden zu entziehen, ist es deshalb wichtig, sich dem alltäglichen Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft entgegenzustellen. Wenn in der U-Bahn oder in der Kneipe menschenfeindliche Sprüche fallen, sollten diese nicht unwidersprochen hingenommen werden. Das zivilcouragierte Eintreten gegen rechte Parolen oder Übergriffe im Alltag ist ein wichtiges Element zur Stärkung einer demokratischen Öffentlichkeit. Um spontan in der Lage zu sein, rassistische Parolen zu widerlegen und sich in brenzligen Situationen couragiert zu verhalten, ist es sinnvoll, sich vorher (z. B. im Rahmen eines Workshops) mit rechten Parolen und möglichen Gegenstrategien auseinanderzusetzen.

Pro NRW trägt seine Positionen aggressiv in die Öffentlichkeit. Neben Demonstrationen und „Mahnwachen“ gehören Postwurfsendungen zu den bevorzugten Mitteln. Gegen diese unwillkommene Post hilft ein Aufkleber für den Briefkasten: „Keine Werbung von Pro NRW“, der von verschiedenen Initiativen gegen *Pro NRW* verbreitet wird. Eingeworfene Flugblätter können allerdings einen guten Anlass bieten, um mit Nachbar_innen über die diskriminierenden Inhalte von *Pro NRW* zu diskutieren und sich (z. B. durch Aufkleber an allen Briefkästen und der Haustür) gemeinsam gegen rassistische Propaganda zu positionieren.

Hat man erst einmal ein paar Verbündete in der Nachbarschaft oder im Freundeskreis gefunden, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, den öffentlichen Auftritten von *Pro NRW* etwas entgegenzusetzen und sich beispielsweise an Gegendemonstrationen zu beteiligen. In vielen Städten und Gemeinden gibt es antifaschistische Aktionsbündnisse, die sich freuen, wenn engagierte Einzelpersonen sich einbringen möchten. Eine Liste mit Kontakten zu Initiativen gegen Rechts findet sich im Internet z. B. auf der Seite sos-rassismus.de.

Eine weitere Strategie von *Pro NRW* ist es, sich in lokale Auseinandersetzungen (z. B. um den Bau von Moscheen, soziale Einrichtungen für Drogenabhängige oder Flüchtlingsheime) einzumischen

und sich als Vertreter der „schweigenden Mehrheit der Bevölkerung“ gegenüber den angeblichen Zumutungen durch die jeweilige Minderheit zu inszenieren. In einer solchen Situation ist es wichtig, sich als Nachbarschaft zusammenzuschließen, sich deutlich gegen *Pro NRW* zu positionieren und eventuell vorhandene Konflikte sachlich und konstruktiv zu lösen. Durch das solidarische Auftreten der Anwohner_innen wird öffentlich sichtbar, dass *Pro NRW* keineswegs die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertritt. Das Bündnis „Willkommen in Porz“ beispielsweise versucht, im Gegensatz zur Hetze von *Pro NRW*, ein positives und solidarisches Verhältnis zwischen in Köln-Porz untergebrachten Flüchtlingen und den anderen im Stadtteil lebenden Menschen zu etablieren.

Wer sich persönlich gegen *Pro NRW* engagieren möchte, sollte also vor allem aufmerksam sein für diskriminierende Abwertungen von Minderheiten im Alltag und sich mit anderen zusammenschließen, um ein demokratisches Klima zu schaffen, das menschenverachtenden Forderungen rechtspopulistischer Parteien den Boden entzieht.

Frank Knoche

Was kann ich tun, wenn *Pro NRW* in meiner Stadt eine Kundgebung oder Demonstration anmeldet?

In den vergangenen dreieinhalb Jahren waren wir in Solingen drei Mal mit demonstrativen Aktionen von *Pro NRW* konfrontiert: Am 1. Mai 2010 trat die Partei unter dem Motto „NRW ohne Minarette“ auf, als Abschlussveranstaltung des Landtagswahlkampfes. Zwei Jahre später provozierte *Pro NRW* Krawalle mit Salafisten, im März 2012 fand schließlich eine „islamkritische Doppeldemo“ in Remscheid und Solingen statt.

Im Folgenden werden Erfahrungen dargestellt, die in Solingen bei der Organisation und Durchführung von Gegenprotesten gegen die rechten Auftritte gemacht wurden. Diese können, müssen aber nicht zwangsläufig, eine Orientierung für die Auseinandersetzung mit *Pro NRW* auch in anderen Orten bieten.

In Solingen wurden die Aktionen gegen die Rechtspopulist_innen in der Hauptsache von dem breiten Bündnis „Bunt statt Braun“ getragen. Was hat sich bei uns in der Auseinandersetzung mit *Pro NRW* bewährt?

- Maximale politische Breite des Bündnisses bis zur CDU.
- Weitgehende Beschränkung auf ein Aktionsbündnis für konkrete Anlässe, mit der gemeinsamen Klammer, den extrem Rechten nicht den öffentlichen Raum zu überlassen.
- Keine über die gemeinsame Ablehnung des Rechtsextremismus hinausgehenden Forderungen wie linke Systemkritik oder rechte Totalitarismustheorie. Das bleibt jedem selbst überlassen, gehört aber nicht in ein antifaschistisches Bündnis.
- Keine Spaltung und Herabsetzung verschiedener Aktionsformen, wie z. B. Gegenkundgebung mit Reden und Kultur (an einem möglichst nahen Ort zum *Pro NRW*-Auftritt) und gewaltfreien Blockaden, zulassen. Für jede Protestform muss gemäß der eigenen, individuellen Selbsteinschätzung Platz und Anerkennung sowie ein gemeinsames Verständnis und Solidarität vorhanden sein. Deshalb unterstützt das Bündnis die Aktivist_innen, die wegen ihres radikalen zivilen Ungehorsams gerichtlich belangt werden.
- Vereinbarung mit den Parteien, ihre parteipolitischen Interessen im Bündnis zurückzustellen.
- Informationsveranstaltungen über den Charakter von *Pro NRW*, die sich gezielt an Schulen, Lehrkräfte und Jugendeinrichtungen richten.
- Gemeinsame, möglichst einstimmige, Verabschiedung einer Erklärung des Stadtrates und anderer Gremien gegen *Pro NRW* (hilfreich für die Aufklärung über Rechtsextremismus in Schulen)

und anderen öffentlichen Einrichtungen wie VHS, Jugendförderung, Jugendstadtrat, Kirche usw.)

- Aufforderung an Stadtverwaltung und Polizei, die Hetzkundgebungen der *Pro NRW*-Wanderprediger gar nicht erst zuzulassen bzw. in die „Pampa“ zu verlegen.

Was sollte in der konkreten Auseinandersetzung mit *Pro NRW*-Auftritten weiter beachtet werden?

- *Pro NRW* ist im Umgang mit Gegenprotesten erfahren. Ihre Aktivist_innen wissen, wie sie sich nach Konflikten gegenüber der Polizei als Opfer darstellen können. Es ist ratsam, mögliche Konfrontationen zu filmen und zu fotografieren, um bei Bedarf später vor Gericht eigenes Beweismaterial zur Entlastung von *Pro*-Gegnern zur Verfügung zu haben. Notwendig ist es auch, befreundete Rechtsanwält_innen vor Ort zu haben und einen Ermittlungsausschuss einzurichten.
- Sofort und unmittelbar sollten Zeugenaussagen protokolliert und unterschrieben werden.
- Schaut euch die *Pro NRW*-Leute genau an. Nicht wenige haben eine neofaschistische Vergangenheit oder manche sind aufgrund von Straftaten gerichtsbekannt. Solche Recherchen helfen dabei, auch über die bürgerlichen Medien, den Charakter der *Pro*-Partei zu entlarven.
- Sich am Größenwahn und der Protzerei von *Pro NRW* abzuarbeiten, bietet sich ebenfalls an. Gelegentlich meldet die Partei bei der Polizei mehrere Hundert Teilnehmer_innen an und kündigt prominente Redner rechter Bewegungen aus anderen Ländern an. Oft erscheinen dann nur eine Handvoll Demonstranten und internationale Nobodys, wenn überhaupt. *Pro NRW* ins Lächerliche zu ziehen kann auch ein sehr wirksames Instrument sein.
- Auch ist damit zu rechnen, dass im Windschatten der Beisicht-Truppe andere Rechtsextremist_innen auftauchen. Am 1. Mai 2010 meldete die NPD zeitgleich zur *Pro NRW*-Kundgebung im Stadtzentrum eine eigene Kundgebung in Solingen-Ohligs an. Wir

haben richtigerweise gegen beide Veranstaltungen mobilisiert. Ob die Motivation für die NPD-Anmeldung in der Konkurrenz der Rechten untereinander oder in der Absicht lag, die Kräfte der Antifaschisten zu zersplittern, ist nicht eindeutig klar.

Einen Sonderfall stellte der *Pro NRW*-Auftritt vom 1. Mai 2012 dar, der aufgrund von Ausschreitungen durch Salafisten bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Mit Hilfe der Gerichtsbarkeit hatte die Partei eine Kundgebung gegen die Salafisten-Moschee auf der Konrad-Adenauer-Straße organisiert. „Bunt statt braun“ wollte aus der DGB-Mai-Demonstration heraus dagegen demonstrieren. Mit etwas mehr Organisation und Entschlossenheit hätte das auch funktionieren können. Die Polizei sperrte aber den direkten Weg zu *Pro NRW* ab und leitete den größten Teil der Gegendemonstrant_innen auf den Rathausvorplatz, auf dem sich in „Steinwurfnähe“ die Salafisten befanden. Manche Antifaschist_innen solidarisierten sich angesichts des gewalttätigen Vorgehens der Polizei mit den Salafisten. Darauf waren wir nicht vorbereitet. Hier ist darauf zu achten, dass sowohl die Ablehnung der rassistischen Thesen von *Pro NRW* als auch fundamentalistisch-religiösen Gedankenguts deutlich gemacht wird. In der Bündnisarbeit darf auf keinen Fall nach dem Motto verfahren werden: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“

Abschließend bleibt festzustellen, dass es kein allgemeingültiges Konzept gibt. Vieles hängt von der Reife und Vernetzung der antifaschistischen Akteure vor Ort ab. Manchmal ist es richtig, eine Gegenveranstaltung der „Zivilgesellschaft“ zu organisieren. Häufig kann auch die informelle, mehr oder weniger spontane Verabredung zum „Flash-Mob“ direkt an der *Pro NRW*-Kundgebung äußerst erfolgreich sein. Letzteres hat dann auch den Vorteil, dass Behörden und Polizei (die nicht unbedingt *Pro NRW*-freundlich sind!) sich nicht zu aufwändigen Schutz- und Abtrennungsmaßnahmen von Faschist_innen und Antifaschist_innen genötigt sehen. Und schließlich kann die richtige Antwort in einer Mischung aus beiden Aktionsformen liegen.

Frank Überall

Wie kann man mit Mandatsträgern und Fraktionen von Pro NRW/Pro Köln im Kommunalparlament umgehen?

Sie sitzen als gewählte „Volksvertreter“ in Gremien der kommunalen Selbstverwaltung, zum Teil sogar in Fraktionsstärke: Ehrenamtliche Funktionär_innen von *Pro NRW* oder *Pro Köln* präsentieren sich dort gerne als demokratische „Mitspieler“, die nur aus Gründen politischer Konkurrenz nicht ernst genommen werden. Was aber ist tatsächlich dran an der angeblichen Ausgrenzung des per Wählervotum postulierten Bürgerwillens in den Rathäusern? Wie geht man mit Vertretern der Organisation um, die unter dem Verdacht des Rechtsextremismus stehen, und wie sollte man vernünftigerweise mit ihnen umgehen?

Das Paradebeispiel für die Beantwortung dieser Frage findet man in Köln. In dieser Stadt haben die *Pro*-Parteien ihre Keimzelle. Nachdem die wesentlichen Verantwortlichen zuvor in anderen Parteien wie *Republikaner* oder *Deutsche Liga für Volk und Heimat* aktiv waren, versuchen sie nun, unter dem Deckmantel vermeintlicher Bürgerlichkeit aufzutreten. Ihnen kam dabei die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde in NRW zugute. Der positiv klingende Name *Pro Köln* bzw. *Pro NRW* lässt auf den ersten Blick keine Assoziation mit dem rechtsradikalen Milieu aufkommen. Diese Strategie ist gewollt.

In Süddeutschland haben bürgerliche Wählergruppen eine viel längere Tradition als an Rhein und Ruhr. Die großen etablierten Parteien spielen zum Beispiel in den Rathäusern Baden-Württembergs nicht annähernd so eine dominante Rolle wie in NRW. Durch die Änderung des Wahlrechts aber ist zu erwarten, dass „Freie Wähler“ auch in diesem Bundesland stärker werden. Von diesem allgemeinen Trend versuchen die *Pro*-Organisationen zu profitieren.

Ihre inhaltliche Ausrichtung reduziert sich dabei eben nicht alleine auf fundamentale Islam-Kritik und die Ablehnung von Moscheebauten. Das sind wichtige (und oft rassistisch-fremdenfeind-

liche) Säulen der zugrundeliegenden Ideologie. Solche Argumentationen entlarven sich für die Wähler_innen aber meist recht schnell. Gefährlicher sind die Proteste, die von der Organisation unterstützt werden, die nicht aus dem klassischen Rechtsaußen-Themenspektrum stammen. Ganz gleich, ob eine forensische Klinik neu gebaut werden soll, ob es um die Ordnung von Prostitution oder Hilfe für Drogenabhängige geht, oder ob Korruption und Fehlverhalten in Politik und Verwaltung angeprangert werden – *Pro NRW* und *Pro Köln* versuchen ständig, sich an die Spitze solcher Konflikte zu setzen. Sie inszenieren sich als angeblich einzige, quasi überparteiliche politische Kraft, die bedingungslos auf der Seite der (wütenden) Bürger_innen steht.

Mit „Mahnwachen“, Flugblättern und populistisch zugespitzten Statements beispielsweise im Internet machen die Rechtsradikalen in solchen Fällen auf sich aufmerksam. Dass sich demokratische Politiker_innen mit den (Schein-) Argumenten vom rechten Rand nicht beschäftigen wollen, liegt auf der Hand. Aber kann man die Meinungsäußerungen auf Dauer ignorieren? Die Strategie der *Pro*-Parteien wird nicht zuletzt an den Stellen perfide, an denen Texte aus Wahlprogrammen konkurrierender Parteien in Antragstexte für kommunale Gremien gegossen werden – unter dem Motto: „Ihr könnt doch nicht gegen Eure eigene Meinung stimmen!“ Schwierig ist es auch, wenn öffentliche Diskurse zum Beispiel zu den Fahrpreisen örtlicher Verkehrsbetriebe ausschließlich von den extrem Rechten im Rat aufgegriffen werden.

Die bisher verbreitete Reaktion auf solche Initiativen ist meist das „Totschweigen“ des politischen Gegners am äußersten rechten Rand durch die kommunalpolitische Szene. Auf diese Weise hofft man offenbar, den populistisch Argumentierenden keine öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Konkret wird häufig genug selbst zu Anträgen mit explizit rassistischem Inhalt geschwiegen. Während in den öffentlichen Gremiensitzungen Parolen gedroschen werden, die kaum mit der grundgesetzlich verbrieften Menschenwürde in Einklang zu bringen scheinen, verlassen demokratische Volksvertreter_innen

den Saal oder hüllen sich in peinlich anmutendes Schweigen. Wie mag das bei den Besucher_innen auf der Tribüne wohl ankommen?

Dabei wäre der richtige Umgang ganz einfach: An jeder Stelle sollte rhetorisch an die demokratischen Spielregeln erinnert werden, sollten als rassistisch eingeschätzte Aussagen umgehend in Redebeiträgen angeprangert werden. Aufklärung ist wichtig, auch im Rahmen der Sitzungen kommunalpolitischer Gremien. Auch wenn die *Pro*-Parteien immer wieder „neutrale“ Themen aufgreifen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, lediglich Islam- und Fremdenfeindlichkeit zu schüren – strukturell ist und bleibt das das Gedankengut, das die politische Tätigkeit und Strategie der Organisation beherrscht.

Die wichtigste Waffe im Kampf gegen rechten Populismus ist der aufrichtige demokratische Diskurs. Um es am Bau der Kölner Zentralmoschee zu verdeutlichen, der von der Kölner Kommunalpolitik ohne große Diskussion beschlossen wurde und bei dem sich *Pro Köln* als vermeintlich einziger Kritiker des konkreten Bauprojekts bundesweit in den Schlagzeilen etablieren konnte: Ganz gleich, ob man ein Einkaufszentrum, eine katholische Kirche oder eine Moschee neu baut – man muss stets die Sorgen der Bürger_innen in Sachen Verkehr, Parkplätze oder Lärm ernst nehmen und im demokratischen Prozess berücksichtigen. Sonst legt man unfreiwillig den Humus, auf dem extreme politische Positionen wählbar werden.

Darf Pro NRW Werbematerial an Schulen verteilen?

Unmittelbar nach der online angekündigten „Jugendoffensive“ für die Kommunal- und Europawahlen in Nordrhein-Westfalen berichtet *Pro NRW* stolz über erste Verteilaktionen ihrer Flugblätter „Schluss mit der Gewalt“ und „Multikulti ist zum Kotzen“ an Schulen in Essen, Duisburg und Bochum. Wie bei vergangenen Aktionen folgt die Selbstdarstellung von *Pro NRW* einem bekannten Schema¹⁵⁶ und ist meist ohne Bezug zum tatsächlichen Geschehen vor Ort. In der Regel wird nach Verteilaktionen von einem starken Interesse einer hohen Anzahl von Schüler_innen berichtet. Kritische Stimmen hingegen werden – wenn sie überhaupt erwähnt werden – stets marginalisiert. Allerdings kommt es vor, dass Lehrkräfte sowie Schulleitungen, die sich den *Pro NRW*-Aktivisten kritisch entgegenstellen, im Internet namentlich genannt werden und das Eingreifen der Schule als rechtswidrig charakterisiert wird.

Das *Ministerium für Schule und Weiterbildung* hat alle Schulen in Nordrhein-Westfalen darüber informiert, „dass die Verteilung von schulfremden Druckschriften auf Schulhöfen an Schülerinnen und Schüler nicht zulässig ist (§ 56 SchulG NRW).“¹⁵⁷ In diesem Bereich kann und muss Schule ihr Hausrecht durchsetzen. Dies ist jedoch auch *Pro NRW* bekannt, sodass sich die Flugblattverteiler meist unmittelbar an der Grenze des Schulhofes bzw. in direkter Nähe zur Schule, beispielsweise an der Bushaltestelle, positionieren, um die Verteilaktion direkt nach Schulschluss durchzuführen. Damit eine Schule auf einen solchen „Besuch“ vorbereitet ist, empfiehlt sich folgendes Vorgehen im Vorfeld:

Erstens kann das gesamte Kollegium einer Schule auf einer Lehrerkonferenz oder an einem Pädagogischen Tag überlegen, wie die Schule bei einer Verteilaktion reagieren würde. Schulen, die mit einem „Besuch“ von *Pro NRW* rechnen, sollten bereits im Vorfeld die konkrete Antwort auf eine Verteilaktion in enger Zusammenarbeit mit

der Schülervertretung (SV) koordinieren. An vielen Schulen haben sich im Rahmen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ dauerhaft arbeitende Gruppen von engagierten Schüler_innen sowie Lehrer_innen gebildet, die oftmals kreative Ideen beisteuern und bei einer Verteilaktion als eine Art „Koordinierungsstelle“ fungieren können. Zweitens empfiehlt es sich, dass sich die Schulen im Umkreis miteinander vernetzen, sich gegenseitig über ihr Vorgehen und Erfahrungen mit Verteilaktionen informieren.

Es hat sich als sehr sinnvoll erwiesen, wenn einzelne Mitglieder aus der „Koordinierungsstelle“ einer Schule während einer Verteilaktion mit bestimmten Aufgaben betraut sind. Zunächst müssen schnellstmöglich Lehrkräfte, das Sekretariat, die Schulleitung und die Polizei informiert werden. Die herbeigerufene Polizei kann vor Ort prüfen, ob das an die Schule angrenzende Gebiet zum erweiterten Schulgebiet zu zählen ist und gegebenenfalls einen Platzverweis gegen die Flugblattverteiler_innen aussprechen.

Falls die Schule über eine „braune Tonne“¹⁵⁸ verfügt, kann diese in Absprache mit dem Hausmeister schnell vor dem Schulgebäude aufgestellt werden, so dass die Schüler_innen die Flyer direkt entsorgen können. Einzelne Schüler_innen der „Koordinierungsstelle“ sollten sich an den Ausgängen des Schulgebäudes positionieren, um alle Schüler_innen, die die Schule verlassen und den Heimweg antreten, zu informieren und an die „braune Tonne“ zu erinnern. Dabei sollte die Schülerschaft auch den Hinweis erhalten, sich nicht provozieren zu lassen. An vielen Schulen sind im Rahmen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ große Banner entstanden. Parallel zur Information der Schülerschaft können andere Mitglieder der „Koordinierungsstelle“ diese z. B. aus den Fenstern der oberen Etagen hängen und so ein weiteres Zeichen gegen den „Besuch“ von *Pro NRW* setzen. Mehrere Lehrkräfte sollten in jedem Fall vor dem Schulgebäude erscheinen, um die Verteilaktion zu beobachten, gegebenenfalls angemessen einzuschreiten und die Ankunft der Polizei abzuwarten. Falls ihnen dabei strafbare Inhalte auffallen, kann eventuell Anzeige erstattet werden.

Unabhängig davon, wie die Schule bei einer Verteilaktion (re)agiert hat, muss im Anschluss unbedingt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem verteilten Material stattfinden. Es ist durchaus möglich, dass Schüler_innen (einzelnen) Aussagen der Flyer zustimmen. Hier muss die Schule klarmachen, warum sie den Inhalten widerspricht. Besonders in der Verantwortung stehen dabei – je nach Situation – SV-Lehrer_innen, Klassenlehrer_innen sowie die Schulleitung. Dies kann im Politik- bzw. Geschichtsunterricht oder an einem „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“-Projekttag stattfinden.

Zudem sollte eine Einrichtung wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus oder eine lokale Initiative gegen Rechts über die Verteilaktion informiert werden. Neben der Dokumentation und Archivierung sind so Informationen zu erhalten, in welchen Gebieten *Pro NRW* (besonders) aktiv ist.

Hendrik Puls

Was kann ich tun, wenn Pro NRW bei mir einen Raum mieten möchte?

Als der Wirt einer Gaststätte in Bergisch Gladbach herausfand, dass sich in seinem Lokal seit einiger Zeit der Kreisverband von *Pro NRW* traf, fällte er eine klare Entscheidung. „Ab heute wird es keinen Stammtisch der Rechten in meinem Haus mehr geben. Sie erhalten hier keine Plattform mehr und werden von mir nicht mehr geduldet“, stellte er gegenüber der Lokalzeitung klar.¹⁵⁹ Die regelmäßigen Treffen in seiner Gaststätte waren als privater Stammtisch und nicht als Mitgliederversammlungen angemeldet worden.

Kein privater Vermieter und keine private Vermieterin ist verpflichtet, die eigenen Räumlichkeiten einer Partei wie *Pro NRW*

zur Verfügung zu stellen. Im privatrechtlichen Bereich existiert Vertragsfreiheit, die den Vermieter_innen einen großen Handlungsspielraum lässt. So heißt es in § 535 BGB unter Punkt 2: „Zum Abschluss eines Mietvertrages müssen sich die Parteien über einen Mietgegenstand, Gebrauchszweck und Entgeltlichkeit einigen. Im Übrigen können die Vertragsparteien von den gesetzlichen Bestimmungen abweichen und den Mietvertrag im Rahmen der Vertragsfreiheit ihren Bedürfnissen anpassen. So können sie nähere Bestimmungen treffen etwa zu Art der Nutzung, zu den Voraussetzungen einer Kündigung oder zum Einsatz von Verwendungen des Mieters in der Mietsache.“

Ein umsichtig gestalteter Mietvertrag bietet große Rechtssicherheit. Bestimmte Veranstaltungen können untersagt sowie Vertragsstrafen und Kündigungsklauseln aufgeführt werden. So kann dem Mietvertrag eine Präambel vorangestellt werden, in der sich die Mietpartei verpflichtet, keine Veranstaltung mit extrem rechten oder rassistischen Inhalten durchzuführen. Zudem sollte im Vertrag genau festgehalten werden, welche Person die Räumlichkeit für welche Organisation und welchen Zweck anmietet. Eine weitere Klausel sollte die Überlassung an Dritte verbieten. So lässt sich verhindern, dass „Strohänner“ einen Mietvertrag abschließen.

Ein Verstoß gegen die vertraglichen Vereinbarungen kann als Anlass für eine Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund genommen werden. Die Kündigung ist an die Vertragspartnerin bzw. die vertraglich vereinbarte Ansprechperson zu richten. Es empfiehlt sich, eine schriftliche Form zu wählen, ein Duplikat der Kündigung zu behalten sowie Zeitpunkt und Zeugen der Übergabe zu notieren. Um möglichst wenig Interpretationsspielraum offen zu lassen, kann in einer Kündigungsklausel im Vertrag noch einmal zusätzlich präzisiert werden, was der Grund für eine außerordentliche fristlose Kündigung sein kann. Teil der Kündigung ist die Forderung „unverzüglich“ die Räume geräumt zu übergeben. Damit sind faktisch eine (Rück-)Übertragung des Hausrechts auf den Vermietenden sowie ein Veranstaltungsabbruch (zumindest in den gemieteten

Räumlichkeiten) verbunden. Eine Weigerung zur Räumung ist eine Straftat (§ 123 StGB „Hausfriedensbruch“). Kommen Mieter_innen einer Kündigung nicht nach, können sie von der Polizei des Hauses verwiesen werden.

In der Gastronomie werden viele Vermietungen nur mündlich verabredet, ein schriftlicher Mietvertrag bietet aber mehr Möglichkeiten, sich vor ungebetenen Gästen zu schützen: Zum Einen können extrem rechte Anmietungsversuche so im Vorfeld verhindern werden, zum Anderen haben Vermieter_innen mehr Handlungsmöglichkeiten, wenn sich während der Veranstaltung herausstellt, dass sich eine extrem rechte Gruppe versammelt hat. Da viele Gastronomen nicht bereit sind, ihre Räume für Veranstaltungen von Rassist_innen zur Verfügung zu stellen, werden sie über den Hintergrund der Anmietung oftmals bewusst im Unklaren gelassen oder sogar wissentlich getäuscht. Werden Parteiversammlungen beispielsweise als „private Feier“ oder ähnliches deklariert, dann ist die Anmietung unter falschen Angaben vorgenommen worden. Damit ist jeder – auch mündliche – Mietvertrag hinfällig. Ein Kündigungsgrund liegt vor. Die Veranstaltung kann beendet und die Mieter_innen können des Hauses verwiesen werden. Vermieter_innen sollten in diesen Situation in jedem Fall von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen und extrem rechte Gruppen vor die Tür setzen. Der Umsatz des Tages mag dadurch sinken, aber der Ruf des Unternehmens wird nicht beschädigt. Und was noch viel wichtiger ist: Die Aktivitäten extrem rechter Gruppen werden nicht dadurch unterstützt, dass ihnen Räume zur Nutzung für Mitgliederversammlungen oder Vortragsveranstaltungen überlassen werden.

Weitere nützliche Tipps und Formulierungsvorschläge für Mietverträge finden sich in der Broschüre „Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte Gruppen“. Online unter: www.mbr-koeln.de

Hilft Bildungsarbeit gegen rechts?

Vermutlich kennen alle Institutionen und Projekte, die Bildungsangebote im Bereich Extreme Rechte oder (Anti-)Rassismus anbieten, das Phänomen: Ein Angebot wird angefragt, die Absprachen laufen. Dann die Frage, ob es einen Anlass für die Veranstaltung gebe. Die Antwort: „Ja, da wurde ein Hakenkreuz auf die Wand gemalt“ – „Einer wurde mit Nazi-Musik auf dem Handy erwischt...“ – „Eine muslimische Schülerin wird seit längerem gemobbt.“ Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Der Ansatz, die Vorkommnisse zu bearbeiten und sich dazu externe Unterstützung zu holen, ist mehr als begrüßenswert. Leider geht damit oftmals die Vorstellung einher, mit der Veranstaltung oder dem Projekttag sei „das Problem“ dann erledigt, die Sache abgehakt. In den meisten Fällen ist dies jedoch ein Trugschluss. Manchmal findet das Verhalten, das den Anlass gab, weiterhin statt, nur besser versteckt vor den Augen und Ohren der intervenierenden Lehrkraft, manchmal wird es eingestellt, die zugrundeliegende Einstellung bleibt jedoch unangetastet, manchmal findet jedoch auch ein Umdenken statt.

Auf die Frage, ob Bildungsarbeit gegen rechts hilft, also ein klares Ja. Die Erfolgsfaktoren sind vielfältig. Zentral sind die Ausgangsbedingungen sowie das Ziel der Maßnahme. Wer wird als Zielgruppe angesehen? Weiterhin ist der Begriff Bildungsarbeit sehr breit, darunter können einstündige Vorträge, mehrstündige Workshops oder Projekttage wie auch langfristige Gruppenarbeit zu sehr unterschiedlichen Themenfeldern gefasst werden. Ein weiterer Faktor sind die Begleitumstände, die die Bildungsmaßnahme flankieren.

Jenseits der oben genannten Beispiele sind viele Zielsetzungen der „Bildungsarbeit gegen rechts“ denkbar. Angefangen von allgemeiner Sensibilisierung und Prävention über die Bearbeitung und zukünftige Verhinderung bestimmter Äußerungen und Handlungen zur „Bekehrung“ rechtsorientierter oder in die Neonazi-Szene Eingebundener reichen die Vorstellungen der Auftraggeber_innen. Ge-

rade bei Letzterem sind der politischen Bildung klare Grenzen gesetzt. Gefestigte Neonazis sind Angeboten politischer Bildung nicht zugänglich. Auch bei Rechtsorientierten und nach entsprechenden „Vorfällen“ sind die Chancen politischer Bildung begrenzt, sie muss zumindest flankiert werden von weiteren (sozialpädagogischen) Interventionen. Hier gilt die viel bemühte Metapher nach wie vor: Politische Bildung ist keine Feuerwehr. Sinnvoll kann sie dennoch sein, wenn sie hauptsächlich Betroffene, Unbeteiligte, Unentschlossene in den Blick nimmt, diese stärkt und beim Finden und Behaupten ihrer Positionen und Einstellungen hilft. Im Bereich der Prävention allerdings liegt das größte Potenzial der Bildungsarbeit. Wenn Aufklärung und Sensibilisierung ansetzt, bevor sich diskriminierende oder gar extrem rechte Einstellungen verfestigen, ist die Arbeit am fruchtbarsten.

Es wäre jedoch zu eng, „Bildungsarbeit gegen rechts“ lediglich auf Aufklärung über die extrem rechte Szene, ihre Ideologie, Aktivitäten und Angebote zu begrenzen. Ohne eine Einbettung in gesamtgesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse fehlt das Fundament der Problematik. Denn rassistische, antisemitische oder schwulen- und lesbenfeindliche oder antidemokratische Einstellungen, die genau zu einem extrem rechten Weltbild gehören, finden sich auch in der „Mitte der Gesellschaft“, wie beispielsweise die „Mitte-Studien“ einer Forschungsgruppe der Uni Leipzig immer wieder zeigen. Damit ist auch rassismuskritische, antisemitismuskritische oder gegen Diskriminierung gerichtete Bildungsarbeit zentraler Bestandteil einer „Bildungsarbeit gegen rechts“, denn eine solche „muss darauf hinarbeiten, vereinfachendem Freund-Feind Denken und der Konstruktion von homogenen Gruppen, deren Interessen quasi naturwüchsig gegeneinander stehen, entgegenzuwirken und damit den zentralen rassistischen Denkmustern die Grundlage zu entziehen.“¹⁶⁰ Gerade im Kontext der Strategie und Ausrichtung von *Pro NRW*, an Ressentiments gegenüber als muslimisch eingeordneten Menschen anzuknüpfen und Ängste vor „dem Islam“ zu schüren, ist die Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichem wie eigenem verinnerlichten Rassismus zentral. Nur so kann die Tragweite der

Inhalte der selbsternannten „Bürgerbewegung“ erfasst und die Wirkung ihrer Agitation nachvollzogen werden.

„Gegen die Macht des Vorurteils, das von der Macht der Verhältnisse provoziert wird, argumentiert aufklärende Bildung zunächst vergebens.“¹⁶¹ – Auch dies ist ein Aspekt, der Einfluss auf den „Erfolg“ politischer Bildung hat. Werden Vorurteile ausschließlich als individuelle Probleme betrachtet, die durch das „richtige Wissen“ beseitigt werden könnten, läuft die Bildungsarbeit leider ins Leere. Erst über ein Verständnis davon, wie sich individuelle, strukturelle und kulturelle Ebenen von Diskriminierung stützen und (re-)produzieren, lassen sich Vorurteile langfristig eindämmen. Dennoch betrifft Diskriminierung immer konkrete Menschen. Diese Perspektive einzubringen und an eventuelle Diskriminierungserfahrungen der Teilnehmenden anzuknüpfen, macht die Folgen greifbar und kann Anlass geben, eigene Handlungsweisen zu verändern.

Eine durchdachte Zieldefinition, die auf Zielgruppen und Situation abgestimmt ist, macht einen „Erfolg“ von Bildungsarbeit wahrscheinlicher. Ein Gruppenklima, das Reflexion und offenen Austausch ermöglicht oder fördert, ist ebenfalls wichtiger Bedingungsfaktor. Bestenfalls ist sie auch mittel- bis langfristig angelegt und so flexibel, immer wieder auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der Gruppe einzugehen. Leider ist dies bedingt durch (meist) geringe Budgets und die aktuelle Förderpraxis nur selten so möglich.

Wie erfolgreich gerade Prävention ist, lässt sich schwer messen. Dennoch lässt sich aus direkten Rückmeldungen immer wieder ablesen, dass Bildungsarbeit „Erfolg“ erzielen konnte, z. B. wenn Schüler_innen äußern, dass sie sich in ihrer Position gestärkt fühlen, zum Nachdenken angeregt sind, jetzt eher wissen, wie sie gegen Diskriminierung einschreiten können. Eine Erfolgsgarantie kann es nicht geben, „aber eine politische Bildung, die ihre Chancen realistisch einschätzt und wahrnimmt, weiß auch um ihre Grenzen, verweigert sich dem Schwarz-Weiß-Denken auch im Blick auf ihr eigenes Unterfangen, lässt Widersprüche, Dialektik, Uneindeutigkeit zu und wird so erst wirklich glaubwürdig.“¹⁶²

Wo finde ich Rat und Unterstützung, wenn Pro NRW in meiner Stadt aktiv wird?

Vor einer Gesamtschule verteilen Aktivist_innen von *Pro NRW* Propagandamaterial an Schüler_innen. In der Dorfkneipe tagt der *Pro NRW*-Stammtisch, nachdem sich erst kürzlich ein lokaler Kreisverband der Partei gegründet hat. Vor Ort ist, in einer ohnehin schon rassistisch aufgeheizten Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen, eine Demonstration gegen Asylbewerber_innen angemeldet worden.

Dies sind denkbare Vorfälle, die auch in Städten und Kommunen eintreten können, in denen es bislang keine offen extrem rechten Aktivitäten gab. Die möglichen Reaktionen der örtlichen Zivilgesellschaft und deutungsmächtigen Akteure (wie z. B. Kommunalpolitiker_innen oder Lokalpresse) pendeln zwischen „Aktiver Ignoranz“ und „Alarmismus“. Dabei zeigt die Erfahrung: Ignoranz hilft der extremen Rechten, die unwidersprochen ihre Strukturen ausbauen kann. Aber auch blinder Aktionismus ist problematisch, weil Aktivitäten oft an der falschen Stelle ansetzen, Ressourcen verschwenden und so nicht die gewünschten Wirkungen entfalten. Bei Unsicherheit, wie mit Problemlagen umgegangen und die Zivilgesellschaft vor Ort aktiviert werden kann, werden Engagierte in Nordrhein-Westfalen nicht alleingelassen. Sie können auf ein Netzwerk von Beratungsangeboten zurückgreifen.

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* unterstützt seit 2008 Menschen, die in ihrem Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. In jedem der fünf Regierungsbezirke verfügt sie über eine Beratungsstelle. Diese sind bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt, arbeiten aber nach einheitlichen Qualitätsstandards. Die Beratung ist als unbürokratische „Hilfe zur Selbsthilfe“ konzipiert und für die Beratungs-

nehmenden kostenfrei. Sie ist aufsuchend, das heißt, sie findet vor Ort mit den Betroffenen statt. Gemeinsam werden die Ausgangslage analysiert, Ziele formuliert, konkrete Schritte geplant und umgesetzt. Auch bei der Durchführung von Bildungsveranstaltungen und Fortbildungen bietet die Mobile Beratung Unterstützung an. Für viele Problemlagen ist die Mobile Beratung die erste Ansprechpartnerin.

Mit der *Opferberatung Rheinland* und *BACKUP – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt* gibt es in NRW zwei Institutionen, die Betroffene rechter Gewalt und deren soziales Umfeld beraten und unterstützen. Menschen, die aus extrem rechten Organisationen, Parteien und Szenen „aussteigen“ wollen, werden von *NinA NRW* begleitet. Eltern extrem rechts orientierter Jugendlicher können sich an das *Elternberatungsnetzwerk von IDA-NRW* wenden.

In einigen nordrhein-westfälischen Kommunen werden im Rahmen des Bundesprogramms *TOLERANZFÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN* Lokale Aktionspläne (LAP) gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus umgesetzt. Die örtliche LAP-Koordinierungsstelle kann eine erste Anlaufstelle sein, die beratend und unterstützend zur Seite steht. Unter bestimmten Voraussetzungen können dort auch Zuschüsse für die Projektarbeit gegen rechts beantragt werden.

Es kann auch sinnvoll sein, Vertreter_innen von antifaschistischen Initiativen und Fachjournalist_innen hinzuzuziehen. Diese verfügen oft über umfassende Kenntnisse der (regionalen) extremen Rechten und können einen wichtigen Beitrag leisten, Problemlagen adäquat einzuschätzen.

Im Kapitel „Weiterführende Literatur und nützliche Adressen“ finden Sie Kontaktdaten und Ansprechpartner_innen der genannten und weiterer Beratungs- und Informationsangebote in Nordrhein-Westfalen.

Anmerkungen

- 1 <http://pro-nrw.net/islamisierung-stoppen/> (abgerufen am 8.12.2013).
- 2 Shoomann, Yasemin: Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von Kultur und Religion im antimuslimischen Rassismus, in: Fels, Patrick/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrik (Hg.): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte, Köln 2012, S. 16.
- 3 Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie, Berlin 2006, S. 6.
- 4 Priester, Karin: Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 27.
- 5 Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: a. A. o., S.49.
- 6 Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian(Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts 2008.
- 7 Laut Informationen des Bundeswahlleiters mit Stand vom 21.08.2013: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Buergerbewegung_PRO_NRW.pdf (abgerufen am 8.12.2013) *Pro NRW* teilte im September 2013 mit, dass auf ihrem „Europaparteitag“ zwei weitere Mitglieder in den Vorstand aufgenommen worden seien: <http://pro-nrw.net/unterstuetzen-sie-unseren-antritt/> (abgerufen am 8.12.2013).
- 8 Satzung der Bürgerbewegung PRO NRW, beschlossen vom am 9. September 2007 in Bonn, geändert am 08. März 2013 in Leverkusen, online unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Buergerbewegung_PRO_NRW.pdf (abgerufen am 8.12.2013).
- 9 <http://www.pro-nrw.net/?p=10634> (abgerufen am 17.01.2013).
- 10 <http://www.pro-koeln-online.de> (abgerufen am 19.01.2008).
- 11 <http://www.pro-nrw.net/?p=3288> (abgerufen am 3.12.2010). V., der auch für *Pro NRW* im Rat der Stadt Radevormwald saß, hat sich Mitte

2012 aus der Parteiarbeit zurückgezogen und auch sein Mandat niedergelegt.

- 12 Vgl. Peters, Jürgen/Sager, Tomas/Häusler, Alexander: „Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik“, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 72-87, hier: S. 76.
- 13 Vgl. Killguss, Hans-Peter/ Peters, Jürgen/ Häusler, Alexander (2008): „Pro Köln – Entstehung und Aktivitäten“ in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 55-71, hier: S. 57.
- 14 Daniel Schöppe hat im Januar 2013 bekannt gegeben, dass er nicht länger Mitglied bei *Pro NRW* ist. Durch seinen Austritt verlor die „Bürgerbewegung“ ihre Fraktion im Stadtrat von Dormagen. Vgl. <http://nrwrex.wordpress.com/2013/01/21/ne-pro-nrw-verliert-fraktion-in-dormagen/> (abgerufen am 8.12.2013).
- 15 <http://pro-nrw.net/pro-nrw-wird-ab-april-2013-die-kommunalwahllisten-aufstellen> (abgerufen am 29.09.2013).
- 16 Presseerklärung von *Pro NRW* vom 31.08.2009.
- 17 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=2543> (abgerufen am 29.09.2013).
- 18 zitiert nach: „Rechtsextreme marschieren unter falscher Flagge“, in: taz vom 13.03.2013.
- 19 <https://www.facebook.com/media/set/?set=a.10151557310403758.1073741832.49174128757&type=1> (abgerufen am 29.09.2013).
- 20 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=5498> (abgerufen am 29.09.2013).
- 21 Stadt Köln: Kommunalrechtliche Verwaltungsstreitverfahren von pro Köln - Beantwortung der Anfrage AN/0636/2013 (Vorlagennummer 2083/2013).
- 22 <http://www.pro-nrw.net/?p=9695> (abgerufen 7.8.2013).
- 23 <http://www.rfj-deutschland.de/index.php/beispiel-seite/> (abgerufen am 23.9.2013).
- 24 Ebd.
- 25 <http://www.rfj-deutschland.de/index.php/beispiel-seite/> (abgerufen am 23.9.2013).
- 26 <http://www.pro-nrw.net/?p=9695> (abgerufen am 7.8.2013).

- 27 <http://www.freiheitlich.me/?p=8916> (abgerufen am 7.8.2013).
- 28 Objektiv. Freiheitliches Jugendmagazin, Ausgabe 01/12.
- 29 <http://www.pi-news.net/2012/09/werden-wir-angegriffen-verteidigen-wir-uns/> (abgerufen am 8.12.2013).
- 30 „Im Gespräch: Stefan Herre von politicallyincorrect.de“, in: Blaue Narzisse vom 6. April 2007. <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/138> (abgerufen am 21.10.2013).
- 31 Islam mordet weltweit, Obama hilft mit, in: Politically Incorrect vom 26.09.2013. <http://www.pi-news.net/2013/09/islam-mordet-weltweit-obama-hilft-mit/> (abgerufen am 21.10.2013).
- 32 Zitiert nach: „Die Online-Strategie der Islamkritiker“, in: Süddeutsche Zeitung vom 05.08.2011.
- 33 http://www.pi-news.net/wp/uploads/2011/06/freiheitspreis_rede.pdf (abgerufen am 8.12.2013).
- 34 <http://www.pi-news.net/2013/10/faz-nennt-hindenburg-ehemaligen-groese/> (abgerufen am 21.10.2013).
- 35 Vgl. Sager, Tomas: „Solo-Projekte“ gescheitert. Pro Deutschland-Pleite bei der Wahl in Berlin, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 45, Herbst 2011.
- 36 <http://pro-nrw.net/interview-mit-markus-beisicht-zum-ausgang-bundestagswahl/> (abgerufen am 25.11.2013).
- 37 <http://www.pro-nrw.net/?p=216> (abgerufen am 11.10.2013).
- 38 Deutsche Stimme 1/2003, S. 3.
- 39 <http://www.pro-nrw.org/content/view/859/1> (abgerufen am 8.12.2013).
- 40 <http://www.freiheitlich.me/?p=8541> (abgerufen am 8.12.2013).
- 41 <http://www.freiheitlich.me/?p=3003> (abgerufen am 8.12.2013).
- 42 Cosmo TV (WDR Fernsehen), Sendung vom 5.5.2012.
- 43 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=4015> (abgerufen am 8.12.2013).
- 44 <http://www.freiheitlich.me/?p=10649> (abgerufen am 29.11.2013).
- 45 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=ced3320d-b2d4-4629-8818-c296096d6933> (abgerufen am 29.11.2013).
- 46 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=edd63646-9807-4b5b-89ae->

- 2f5dc444a06e (abgerufen am 29.11.2013).
- 47 <http://www.rep-nrw.de/?ArticleId=819be942-0f85-43c7-9b9b-68582517a80e&ObjectId=39483f74-637b-41ec-a862-a840dce248dc> (abgerufen am 29.11.2013).
- 48 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=2691> (abgerufen am 29.11.2013).
- 49 Zitiert nach: „Between Haider and a hard place“, in: Haaretz vom 28.08.2005.
- 50 „Schluß mit Asylmißbrauch! Graz wieder den Grazern!“, in: Zur Zeit Nr. 48/2007 vom 30.11.2007.
- 51 Vgl. Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen 2008.
- 52 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2005.
- 53 Zu Definitionen von Rechtspopulismus vgl. Klein, Anna/ Küpper, Beate/Zick, Andreas: Erniedrigte und Feindselige: Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 7* (S. 93-112). Frankfurt a.M. 2009.
- 54 Vgl. Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.
- 55 Vgl. <http://www.bmas.de/DE/Service/.../a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.html> (abgerufen am 6.9.2013).
- 56 <http://pro-nrw.net/nach-wahlerfolg-drei-prozent-sperrklausel/> (abgerufen am 20.08.2013).
- 57 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=3707> (abgerufen am 20.08.2013).
- 58 „Großfamilien: Abschied der Kinder“, Remscheider General-Anzeiger vom 12.10.2013, http://www.rga-online.de/rga_102_110430217-2_-Grossfamilien-Abschied-der-Kinder.html (abgerufen am 8.12.2013).
- 59 Stand der Aufzählung: 30. November 2013.
- 60 Häusler, Alexander (2012): „Nein zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung“ – Antimuslimischer Rechtspopulismus in Nordrhein-Westfalen, in: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

- (Hg.): Berichte von unterwegs, Münster, S. 19.
- 61 Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 37-51, hier S. 40.
 - 62 <http://pro-nrw.net/interview-mit-markus-beisicht-zum-ausgang-bundestagswahl> (abgerufen am 01.10.2013).
 - 63 Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. 2. Auflage, Wiesbaden 2008, S. 11
 - 64 Vgl. Schui, Herbert et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.
 - 65 Opitz, Reinhard: Die deutsche Rechte von Weimar bis heute [1979/1980], in: Ders.: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band II, Marburg 1999, S. 360-380, hier S. 376.
 - 66 <http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/claus/?p=1171> (abgerufen am 01.10.2013).
 - 67 Ezra Pound (1885-1972) war ein US-amerikanischer Dichter, der in den 1920er Jahren in das faschistische Italien auswanderte und dort zum Propagandisten für Diktator Benito Mussolini avancierte. Zur italienischen Bewegung *CasaPound* vgl. Koch, Heiko: Casa Pound Italia. Mussolinis Erben, Münster 2013.
 - 68 Interview mit Markus Beisicht in: Junge Freiheit, 16.09.2008.
 - 69 <http://www.pro-koeln-online.de/artikel5/pro-nrw.html> (nicht mehr online).
 - 70 Interview mit Markus Beisicht in: Deutsche Stimme, Juli 2007.
 - 71 <http://pro-nrw.net/abendland-in-christenhand-2/> (abgerufen am 31.10.2013).
 - 72 <http://www.freiheitlich.me/?p=7217> (abgerufen am 31.10.2013).
 - 73 Im Jahr 2012 wurden laut *Pro Asyl* beispielsweise nur 1,2 Prozent als Asylberechtigte anerkannt. Weitere 13 Prozent erhielten den Status der Gewährung von Flüchtlingsschutz. Vgl. http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Asyl_2012__HKL.pdf (abgerufen am 28.09.2013). Zu den Vorjahren vgl. <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/asylantraege-entscheidungen/> (abgerufen am 28.09.2013).
 - 74 http://pro-rade.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1

11:arbeitsunwillige-asylbewerber&catid=3:radevormawald (abgerufen am 09.10.2013).

- 75 <http://www.pro-nrw.net/?p=10897> (abgerufen am 26.02.2013).
- 76 <http://www.pro-nrw.net/?p=10032> (abgerufen am 15.03.2013).
- 77 <http://pro-nrw.net/zigeunerkriminalitaet-klischee-oder-wahrheit-manschaeue-nach-duisburg-und-wuppertal/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 78 Ebd.
- 79 „Im europäischen Kontext wird ‚Roma‘ als Sammelbegriff für die auf zehn bis zwölf Millionen Menschen geschätzte europäische Minderheit verwendet, von denen etwa sechs Millionen innerhalb der EU-Länder leben. Die größten Gruppen sind: die Roma in Ost- und Südosteuropa, die Sinti im deutschsprachigen Raum (auch in Teilen von Norditalien, Belgien, den Niederlanden sowie die Untergruppe der Manush in Frankreich), die Kalé in Spanien und Südfrankreich mit den Ciganos in Portugal sowie die Romanichals in Großbritannien.“ (Fings, Karola: Sinti und Roma. Sprache, Herkunft, Bezeichnungen, in: Quicker, Esther/Killguss, Hans-Peter: Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung, Köln 2013, S. 40).
- 80 Vgl. hierzu und im Folgenden Karola Fings: „Denn im ehrenden Gedenken ... liegt immer auch ein Versprechen“. Völkermord und historische Verantwortung, in: Killguss/Quicker a.a.O., S. 26-27.
- 81 Dieser *Pro NRW*-Slogan wurde auch von der NPD für den Bundestagswahlkampf 2013 aufgenommen. Der *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma* forderte ein Verbot diskriminierender Wahlwerbung. Die öffentliche Aufhetzung löse „bei den älteren Menschen, die den Holocaust überlebt haben, wieder massive Ängste aus“, so der Zentralratsvorsitzende Romani Rose (<http://zentralrat.sintiundroma.de/content/downloads/presseschau/292.pdf>).
- 82 <http://www.asylmissbrauch-stoppen.de/volksinitiative-gegen-asylmissbrauch/> (abgerufen am 14.11.2013).
- 83 <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1613.pdf> (abgerufen am 03.12.2013).
- 84 Ebd.
- 85 <http://pro-nrw.net/zigeuner-haus-in-duisburg-taeuschen-und-tricksen/> (abgerufen am 19.11.2013).
- 86 Marian Luca: De-Integration oder Re-Integration? Rechtslage und

- Realität der sogenannten „Armutszuwanderer“ in der EU, in: Esther Quicker/Hans-Peter Killguss: Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung, Köln 2013, S.23.
- 87 <http://pro-nrw.net/gewalt-gegen-polizisten-nimmt-weiter-zu/> (abgerufen am 7.11.2013).
- 88 Ebd.
- 89 Hier und im Folgenden: <http://pro-nrw.net/programm/innere-sicherheit/> (abgerufen am 7.11.2013).
- 90 http://pro-nrw.net/gewalt-gegen-polizisten-nimmt-weiter-zu (abgerufen am 7.11.2013).
- 91 <http://pro-nrw.net/programm/wirtschaft/> (abgerufen am 7.11.2013).
- 92 Andre Hüsgen, Kreisvorsitzender von *Pro NRW Remscheid* im Oktober 2013; zitiert nach: <http://pro-nrw.net/remscheid-wird-remscheid-asylscheid/> (abgerufen am 20.10.2013).
- 93 Hier und im Folgenden: Bürgerbewegung *Pro NRW*. Programm, online unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Buergerbewegung_PRO_NRW.pdf, S.28-31 (abgerufen am 8.12.2013).
- 94 Hier und im Folgenden: Wahlprogramm der Bürgerbewegung *Pro NRW* zur Landtagswahl am 9. Mai 2010, online unter: <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/programm-rgb.pdf> (abgerufen am 8.12.2013).
- 95 Hier und im Folgenden: Kurzwahlprogramm der Bürgerbewegung *Pro NRW* zur Landtagswahl 2012, online unter: <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/Wahlprogramm.pdf> (abgerufen am 8.12.2013).
- 96 http://pro-nrw-leverkusen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=163:riesiges-interesse-an-d-mark-kampagne-von-pro-nrw (abgerufen am 17.9.2013).
- 97 <http://pro-nrw.net/pro-nrw-stellt-plan-fur-die-wiedereinfuehrung-der-dm-in-der-bundesrepublik-vor/> (abgerufen am 16.9.2013).
- 98 <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/Wahlprogramm.pdf> (abgerufen am 16.9.2013).
- 99 <http://pro-nrw.net/kein-cent-fur-griechenland-keine-stimme-fur-die-altparteien/> (abgerufen am 16.9.2013).
- 100 http://pro-nrw-leverkusen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=163:riesiges-interesse-an-d-mark-kampagne-von-pro-nrw

- (abgerufen am 17.9.2013).
- 101 <http://pro-nrw.net/neue-plakate-und-flugblatter-zur-pro-nrw-schluss-offensive-keinen-cent-fur-griechenland/> (abgerufen am 16.9.2013).
- 102 Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 2. Aufl., Berlin 2007, S. 71f.
- 103 <http://pro-nrw.net/pro-nrw-mit-dm-kampagne-auf-dem-richtigen-weg/> (abgerufen am 16.9.2013).
- 104 <http://www.christen-pro-koeln.de/pogrom.htm> (abgerufen am 23.08.2013).
- 105 Zitiert nach "Pro Köln: Indizien für Neonazi-Kontakte", Kölner Stadt-Anzeiger vom 23.04.2005, online: <http://www.ksta.de/koeln-uebersicht/pro-koeln--indizien--fuer-neonazi-kontakte,16341264,13890220.html>.
- 106 <http://www.freiheitlich.me/?p=8092> (abgerufen am 23.11.2013).
- 107 <http://pro-nrw.net/aachen-pro-nrw-verurteilt-attacke-auf-den-judischen-friedhof/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 108 <http://pro-nrw.net/presse-berichtet-ueber-angebliches-demoverbot-duisburg/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 109 Vgl. Chung, Carl/Gülmar, Ibrahim: Rechtspopulistischer Philosemitismus? In: Stiftung SPI (Hg.): „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen...!“ Zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Argumentationsweisen. Berlin 2011, S. 47-50, hier S. 49.
- 110 <http://pro-nrw.net/kreis-oberberg-storungen-in-der-politischen-farb-wahrnehmung/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 111 <http://pro-nrw.net/islamisierung-stoppen/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 112 Vgl. hierzu: Klare, Heiko et. al.: Eine Rechte ohne Antisemitismus? Neue Inszenierungsformen des Rechtspopulismus in Westeuropa, in: Gebhardt, Richard/Klein, Anne/Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim/Basel 2012, S. 192-208, besonders S. 200f.
- 113 <https://www.youtube.com/watch?v=c-GxQzL9o18> (abgerufen am 22.11.2013)
- 114 <http://pro-nrw.net/demo-in-duisburg-gedenken-an-ns-opfer-schweigeminute-geplant/> (abgerufen am 22.11.2013).
- 115 Vgl. Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in

- der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 90f.
- 116 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=4068> (abgerufen am 23.11.2013).
- 117 Zur „Hohmann-Affäre“ vgl. Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 455). Bonn 2004, S. 155-173.
- 118 <http://pro-nrw.net/patrik-brinkmann-nach-dem-eisbrecher-sarrazin-brauchen-wir-eine-vereinte-demokratische-rechte/> (abgerufen am 23.11.2013).
- 119 <http://christen-pro-koeln.de/impressu.htm> (abgerufen am 26.09.2013).
- 120 <http://www.ekir.de/www/service/positionen-von-pro-nrw-sind-mit-dem-christlichen-glauben-nicht-10779.php> (abgerufen am 26.9.2013).
- 121 „Wir sind die Stimme der Bürger“, Junge Freiheit vom 19.9.2008, online: [http://www.jungefreiheit.de/Wir-sind-die-Stimme.144.98.html?&cHash=dc3e87cda3&tx_ttnews\[backPid\]=432&tx_ttnews\[tt_news\]=73336](http://www.jungefreiheit.de/Wir-sind-die-Stimme.144.98.html?&cHash=dc3e87cda3&tx_ttnews[backPid]=432&tx_ttnews[tt_news]=73336) (abgerufen am 26.9.2013).
- 122 Zitiert nach: „Parteien. Pro NRW darf überwacht werden“, WAZ vom 15.02.2011, <http://www.derwesten.de/nachrichten/pro-nrw-darf-ueberwacht-werden-id4286130.html>. (abgerufen am 8.12.2013)
Urteil vgl. http://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_duesseldorf/j2011/22_K_404_09urteil20110215.html (abgerufen am 8.12.2013).
- 123 <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=5209> (abgerufen am 16.05.2013).
- 124 http://www.queer.de/detail.php?article_id=19241 (abgerufen am 7.08.2013).
- 125 http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2012_Pressefassung_01.pdf (S. 32 der im Internet publizierten Pressefassung, Juni 2013, abgerufen am 07.08.2013).
- 126 Alle Aussagen zitiert nach Kopien einer alten Homepage von *Pro Köln*, die so nicht mehr online abrufbar ist. Die Dateien befinden sich im Besitz des Autors.
- 127 <http://www.pro-nrw.net/?p=11590> (abgerufen am 14.06.2013).
- 128 <http://www.freiheitlich.me/?p=7191> (abgerufen am 28.09.2013).

- 129 Ebd.
- 130 Ebd.
- 131 <http://pro-nrw.net/programm/> (abgerufen am 28.09.2013).
- 132 <http://www.pi-news.net/2012/04/pi-interview-mit-jorg-uckermann/>
(abgerufen am 28.09.2013).
- 133 <http://www.freiheitlich.me/?p=2500> (abgerufen am 28.09.2013).
- 134 <http://www.freiheitlich.me/?p=1194> (abgerufen am 28.09.2013).
- 135 Ebd.
- 136 <http://www.freiheitlich.me/?p=7191> (abgerufen am 28.09.2013).
- 137 <http://www.pro-nrw.net/?p=7730> (abgerufen am 28.09.2013).
- 138 <http://www.pro-nrw.net/?p=7860> (abgerufen am 22.03.2012).
- 139 Ebd.
- 140 <http://pro-nrw.net/unsere-mannschaft/> (abgerufen am 28.09.2013).
- 141 AK Ruhr/LAGA NRW (Hrsg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer
Bürgerbewegung. Düsseldorf 03/2010, S. 12.
- 142 <http://pro-nrw.net/programm/bildung/> (abgerufen am 30.09.2013).
- 143 <http://pro-nrw.net/programm/bildung/> (abgerufen am 30.09.2013).
- 144 L., der sich selbst als Alt-68er und rechtskonservativ bezeichnet, ist
Gründungsmitglied der Grünen und hat sich mittlerweile von *Pro NRW*
wieder distanziert, nachdem ehemalige Mitglieder von NPD und DVU
im Mai 2011 in den Parteivorstand gewählt wurden.
- 145 <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/programm-rgb.pdf> , S.5f
(abgerufen am 30.09.2013).
- 146 [http://www.abgeordnetenwatch.de/judith_wolter-144-39015--person.
html](http://www.abgeordnetenwatch.de/judith_wolter-144-39015--person.html) (abgerufen am 30.09.2013).
- 147 [http://www.freiheitlich.me/wp-content/uploads/2012/09/objektiv_
ausgabe_freiheitlich.pdf](http://www.freiheitlich.me/wp-content/uploads/2012/09/objektiv_ausgabe_freiheitlich.pdf) (abgerufen am 30.09.2013).
- 148 [http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_
Jugend_PRONRW_Gewalt.pdf](http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_Jugend_PRONRW_Gewalt.pdf) (abgerufen am 8.12.2013) und [http://
pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_Jugend_
PRONRW_multikulti1.pdf](http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_Jugend_PRONRW_multikulti1.pdf) (abgerufen am 8.12.2013).
- 149 [http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_
Jugend_PRONRW_multikulti1.pdf](http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2013/09/Flugblatt_Jugend_PRONRW_multikulti1.pdf) (abgerufen am 8.12.2013).
- 150 Vgl. Geden, Oliver: Das Geschäft mit der Angst, Exportschlager
„Minarettverbot“. Die Schweiz setzt sich an die Spitze des
europäischen Rechtspopulismus, Süddeutsche Zeitung vom 2.8.2007,

- online: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4232.
- 151 Vgl. Fraktion der Bürgerbewegung PRO NRW im Rat der Stadt Radevormwald: Antrag auf unverzügliche Einberufung des Rates nach § 47 GO NRW, vom 31.07.2013.
- 152 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin 2012, S. 39f.
- 153 Der Vorgang ist ausführlich auf der Homepage des Antirassismus-Telefons dokumentiert unter: <http://www.antirassismus-telefon.de/index.php/Fluechtlinge-Frintrop> (abgerufen am 8.12.2013)
- 154 Interview mit dem Kölner Ex-CDU-Politiker Jörg Uckermann: „Ein Zeichen setzen!“, in: Nation & Europa, Mai 2008.
- 155 <http://pro-nrw.net/koln-fraktion-pro-koln-beantragt-ehrenburgerwurde-fur-thilo-sarrazin> (abgerufen am 8.12.2013).
- 156 Vgl. Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (Hrsg.): Zum Umgang mit dem Flugblatt der Jugend pro NRW, S.6, online unter: http://www.museenkoeln.de/ns-dok/download/20100318_UmgangmitJugendflyer.pdf (abgerufen am 8.12.2013).
- 157 <http://www.schulministerium.nrw.de/SV/Schulmail/Archiv/2008/0804151/index.html> und <http://www.schulministerium.nrw.de/SV/Schulmail/Archiv/2009/09043001/index.html> (abgerufen am 2.10.2013).
- 158 <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41417/was-koennen-schueler-tun> (abgerufen am 5.10.2013).
- 159 <http://www.ksta.de/region/pro-nrw-wirt-wirft-rechtspopulisten-raus,15189102,12531080.html> (abgerufen am 29.11.2013).
- 160 Killguss, Hans-Peter/Trube, Michael: Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung – Möglichkeiten einer Arbeit gegen Rechtsextremismus an Schulen, S. 9, online unter <http://www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2011/05/Bildungsarbeit-gegen-Rechtsextremismus1.pdf> (abgerufen am 8.12.2013).
- 161 Ahlheim, Klaus: Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach/ Taunus 2005, S. 388
- 162 Ebd.



Weiterführende Literatur und nützliche Adressen

Lesetipps

Pro Köln/Pro NRW

AK Ruhr/LAGA NRW (Hg.) (2010): Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND. Neufassung 2010. Essen, Download unter: www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf

Fels, Patrick/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrik (Hg.) (2012): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Köln

Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategie. Wiesbaden

Jugendclub Courage Köln e. V. (Hg.) (2008): Köln ganz rechts. Die extreme Rechte und die Braunzone in Köln. Köln

LAGA NRW (Hg.) (2013): „Kein Recht auf Asylmissbrauch“. Rechte Kampagnen gegen Zuwanderer und Asylsuchende in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, Download unter: http://www.landesintegrationsrat-nrw.de/data/broschre_gegen_rechte_hetze.pdf

Lausberg, Michael (2010): Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und der „Bürgerbewegung Pro NRW“. Münster

Überall, Frank (2010): „Ich bin die Strafe...“ Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung“ am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Düsseldorf

Rechtspopulismus

Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.) (2013): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln

Becher, Phillip (2013): Rechtspopulismus. Köln

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hg.) (2011): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen „Mitte“ der Gesellschaft und Neonazismus. Berlin, Download unter: http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/images/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf

- Decker, Frank* (2000): Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen
- Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hg.) (2008): „Im Schatten des Minarets“. Moscheebaukonflikte in Deutschland, Berlin
- Häusler, Alexander/Killguss, Hans-Peter* (Hg.) (2012): Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa. Köln
- Klare, Heiko et.al.* (2012): Eine Rechte ohne Antisemitismus? Neue Inszenierungsformen des Rechtspopulismus in Westeuropa. In: Gebhardt, Richard/Klein, Anne/ Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim/Basel
- Lühr, Thomas* (2011): Prekarisierung und „Rechtspopulismus“. Lohnarbeit und Klassensubjektivität in der Krise. Köln
- Priester, Karin* (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/Main/New York
- Priester, Karin* (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/New York
- Wielenga, Friso/Hartleb, Florian* (2011): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster/New York/München/Berlin

Rassismus

- Attia, Iman* (2009): Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischen Rassismus. Bielefeld
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel* (1992): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg
- Bartels, Alexandra et. al.* (Hg.) (2012): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn
- Häusler, Alexander/Killguss, Hans-Peter* (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Köln
- Heitmeyer, Wilhelm* (Hg.) (2012): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin

- Killguss, Hans-Peter/Quicker, Esther* (2013): Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Köln
- Räthzel, Nora* (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas* (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin

Gegenstrategien und Interventionsmöglichkeiten

- Gloel, Rolf/Gützloff, Kathrin* (2010): Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg
- Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster* (Hrsg.) (2012): Berichte von unterwegs. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Münster, Download unter: www.mobim.info/wordpress/wp-content/uploads/2012/04/mobim_Berichte-von-unterwegs_ds.pdf
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im RB Köln/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin* (2012): Kein Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte Gruppen. Köln, Download unter: www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2012/02/ibs-handreichung_keine-raeume_fuer_nazis.pdf
- Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz* (Hg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin

Zeitschriften und Websites

- Blick nach rechts*, www.bnr.de
- Der Rechte Rand – Magazin von und für AntifaschistInnen*, www.der-rechte-rand.de
- LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*, www.lotta-magazin.de
- NRW rechtsaußen – die extreme Rechte in NRW*, nrwrex.wordpress.com
- Netz gegen Nazis*, www.netz-gegen-nazis.de

Beratungsstellen und nützliche Adressen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

Regierungsbezirk Arnsberg, Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen, Gewalt Akademie Villigst, Iserlohner Straße 25, 58239 Schwerte, 02304/755190, netzwerk@afj-ekvw.de, www.gewaltakademie.de

Regierungsbezirk Detmold, AKE Bildungswerk, Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho, 05733/95737, karsten.wilke@ake-bildungswerk.de, www.ake-bildungswerk.de

Regierungsbezirk Köln, NS-DOK der Stadt Köln, Info-und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln, 0221/22127162, ibs@stadt-koeln.de, www.mbr-koeln.de

Regierungsbezirk Münster, Geschichtsort Villa ten Hompel, Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster - gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim), Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster, 0251/4927109, info@mobim.info, www.mobim.info

Regierungsbezirk Wuppertal, Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz, An der Bergbahn 33, 42289 Wuppertal, 0202/563-2759, info@wuppertaler-initiative.de, www.wuppertaler-initiative.de

Beratung für Opfer rechter Gewalt

Opferberatung Rheinland, 02 11 / 15 92 55 64, info@opferberatung-rheinland.de, www.opferberatung-rheinland.de

Back Up – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Westfalen, 0172 / 10 454 32, contact@backup-nrw.org, www.backup-nrw.org

Ausstiegshilfe für Mitglieder rechtsextremer Gruppen

NinA NRW, Neue Wege in Ausbildung und Arbeit, 0176/93 119 765, nina.recklinghausen@reinit.de, www.ausstieg-zum-einstieg.de

Beratung von Eltern und Bezugspersonen

IDA-NRW – Unterstützung für Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher, 0221/1592555, info@ida-nrw.de, www.ida-nrw.de/rechtsextremismus/beratung-von-eltern

Weitere Ansprechpartner_innen

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus

(FORENA) der Fachhochschule Düsseldorf, 0221/8114625,
forena@fh-duesseldorf.de, www.arbeitsstelle-neonazismus.de

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V., Landesnetzstelle NRW,

02 11/49 76 6619, nrw@netzwerk-courage.de,
www.netzwerk-courage.de/nrw

„Mach meinen Kumpel nicht an“ e.V., Kumpelverein „Gelbe Hand“,

0211/4301193, info@gelbehand.de, www.gelbehand.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus-

*arbeit in NRW (IDA-NRW), 0211/1592555, info@ida-nrw.de,
www.ida-nrw.de*

Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage, Landeskoordi-

*nierungsstelle, 0221 221 29725, renete.bonow@bra.nrw.de,
www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/schule-ohne-rassismus-0*

Lokale Aktionspläne gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN in NRW

Aachen, dominik.clemens@mail.aachen.de, www.lap-aachen.de

Dinslaken, holger.mrosek@dinslaken.de, www.tfks-dinslaken.de

Dortmund, bmiemitz@stadtdo.de, www.vielfalt.dortmund.de

Duisburg, h.draeger@stadt-duisburg.de,

www.duisburg-toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

Geilenkirchen, herbert.brunen@geilenkirchen.de, www.geilenkirchen.de/

geilenkirchen/toleranz-foerdern-kompetenz-staerken

Hagen, reinhard.goldbach@stadt-hagen.de,

www.lokal-aktionsplan-hagen.de

Hamm, koetter@stadt.hamm.de, www.jz-bockelweg.de/lokal-aktionsplan-

toleranz-fördern-kompetenz-stärken

Minden, s.bornemann@minden.de, www.lap-minden.de

Siegen, c_velten@siegen.de, www.ideen-siegen.de

Witten, Michael.Luening@stadt-witten.de, www.lap-witten.de

Wuppertal, juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de,

www.wuppertaler-initiative.de

Autorinnen und Autoren

Phillip Becher, M.A., arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem der Faschismus vor und nach 1945, die Neue Rechte und der Rechtspopulismus.

Pascal Beucker lebt in Köln und ist Landeskorrespondent der *taz* in Nordrhein-Westfalen. Buchveröffentlichungen: „Die Beamtenrepublik. Der Staat im Würgegriff seiner Diener?“ (Campus Verlag, 2004), „Die verlogene Politik. Macht um jeden Preis“ (Knaur Taschenbuch Verlag, 2010), „Endstation Rücktritt!? Warum deutsche Politiker einpacken“ (Bouvier Verlag, 2011).

Dominik Clemens ist Politikwissenschaftler und koordiniert den „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in Aachen. Verschiedene Veröffentlichungen zum Thema Extreme Rechte. Letzte Buchveröffentlichung: Dominik Clemens (Hg.): *Mythos Stolberg. Zur Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis*, Norderstedt 2012.

Patrick Fels ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter des Projekts „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln“ der *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* (ibs) im NS-DOK der Stadt Köln.

Richard Gebhardt ist politischer Bildner und Publizist in Aachen. Zuletzt hat er mit Anne Klein und Marcus Meier den Sammelband „Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit“ (Weinheim und Basel, 2012) herausgegeben.

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus* der FH Düsseldorf (www.forena.de).

Carolin Hesidenz arbeitet als Trainerin in der politischen Bildung. Ihre Schwerpunkte sind Rassismuskritik, Gender sowie extreme Rechte, hauptsächlich ist sie für das *Netzwerk für Demokratie und Courage* aktiv.

Julia Kilian ist Fachkraft Rechtsextremismus-Prävention und Lehrerin für Sozialwissenschaften und Französisch.

Hans-Peter Killguss ist Pädagoge und Leiter der *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* (ibs) im NS-DOK der Stadt Köln.

Heiko Klare ist Diplom-Pädagoge. Er arbeitet als pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im *Geschichtsort Villa ten Hompel* der Stadt Münster im Projekt *Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie* (mobim).

Michael Klarmann ist frei schaffender Journalist, Referent und Berater mit dem Arbeitsschwerpunkt rechte Szene im westlichen Rheinland, er lebt in Aachen. Im Jahre 2010 war er einer der Preisträger des Bürgerpreises für Zivilcourage der StädteRegion Aachen. 2011 Träger der „Presse-Ente“ für seine journalistische Arbeit zum Thema Rechtsextremismus, verliehen durch den Bezirksverein Aachener Presse im *Deutschen Journalisten-Verband* (DJV).

Frank Knoche lebt in Solingen und engagiert sich im Koordinierungskreis des Bündnisses *Bunt statt braun* und dem Beirat des Solinger *Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage*. Die alternative Stadtzeitung *Tacheles* wird von ihm herausgegeben. Er ist im *Solinger Appell* aktiv und gehört als Parteiloser dem Rat der Stadt Solingen an.

Jörg Kronauer, Sozialwissenschaftler und freier Journalist. Veröffentlichte zuletzt: „Schlesien bleibt unser!“ Die Vertriebenenverbände und die extreme Rechte“ (Münster 2011) und, gemeinsam mit Felix Krebs, „Studentenverbindungen in Deutschland. Ein kritischer Überblick aus antifaschistischer Sicht“ (Münster 2010).

Prof. Dr. Beate Küpper lehrt Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und forscht seit vielen Jahren zu Vorurteilen, Sozialem Status, Integration und Diversity.

Dr. Barbara Manthe, Historikerin, Projektreferentin beim *Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA)* e. V. in Düsseldorf; Lehrbeauftragte an der FH Düsseldorf.

Marc Neumann, M.A., lebt im Ruhrgebiet. Nach dem Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften an der *Universität-Gesamthochschule Siegen* Jugendbildungsreferent des DGB in Bielefeld. Derzeit Pädagogischer Leiter des Jugendbildungszentrums Hattingen (DGB NRW), außerdem in der akademischen Lehre tätig. Arbeitsschwerpunkte: Jugendbildung, extreme Rechte in NRW, deutsch-israelischer Austausch.

Hendrik Puls, Soziologe, Mitarbeiter der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW und freier Journalist; veröffentlichte zuletzt die Studie „Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD“ (Münster 2012).

Nina Juliane Rink ist freie Journalistin aus Köln.

Jan Schedler, Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum*. Forschungsschwerpunkte extreme Rechte und soziale Bewegungen. Letzte Buchveröffentlichungen: Rechtsterrorismus. Deutschland und Schweden im Vergleich 1990-2011 (i.E., Wiesbaden 2014), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung (Hrsg. mit Alexander Häusler, Wiesbaden 2011).

Jan Schmalenbach ist Lehrer für Geschichte.

Michael Sturm, Historiker, ist pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im *Geschichtsort Villa ten Hompel* der Stadt Münster und in der *Mobilien*

Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) tätig.

David Christopher Stoop promoviert derzeit im Fach Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und betreut als Jugendbildungsreferent der DGB-Jugend NRW Projekte gegen Rechts.

Prof. Dr. Angelika Strube ist katholische Theologin und arbeitet zu rechts-extremen Tendenzen in christlichen Milieus.

Prof. Dr. Frank Überall, Köln, lehrt Journalismus und Politik an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (Köln/Berlin) und arbeitet als freier Journalist unter anderem für WDR und ARD. Im Internet ist er zu finden unter www.politikinstitut.de.

Norbert Weber ist Mitarbeiter des *Hartmut-Meyer-Archivs* der VVN-BdA (www.nrw.vvn-bda.de/hma.htm#Das_Hartmut-Meyer-Archiv). Das Archiv arbeitete an der regelmäßigen Aktualisierung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ mit (www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de) und gehört dem Herausgeberkreis der 14tägig erscheinenden Zeitschrift *Antifaschistische Nachrichten* (www.antifaschistische-nachrichten.de) an.

Leonie Wellmann studiert im Master Philosophie in Frankfurt am Main und hat zuvor den BA Soziologie/Philosophie abgeschlossen. Im Rahmen eines Praktikums bei der *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* (ibs) im NS-DOK der Stadt Köln hat sie sich mit der Agitation von *Pro NRW* gegen Asylsuchende beschäftigt.

Dr. Karsten Wilke, Historiker, Studium der Allgemeinen Geschichte und Literaturwissenschaft an den Universitäten Bielefeld und Groningen. Promotion an der Universität Bielefeld 2011. Zurzeit Tätigkeit bei der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW.



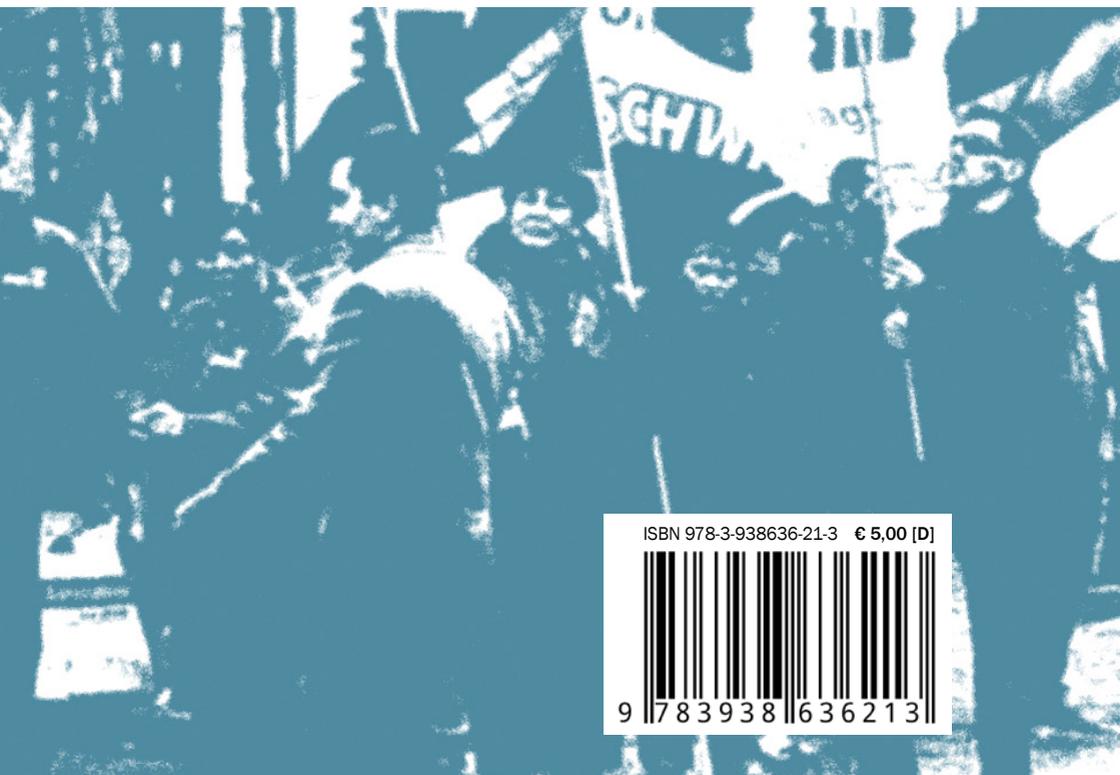
An Rhein und Ruhr geht die extrem rechte *Bürgerbewegung pro NRW* auf Stimmenfang. Mit provokativen Demonstrationen setzt sie sich in Szene, hetzt gegen Muslimas und Muslime, Sinti und Roma sowie Geflüchtete und wirbt so um (neue) Wähler_innen und Anhänger_innen. Dabei ist sie stets bemüht, sich nach außen hin als rechtsdemokratische Opposition zu inszenieren.

Fachjournalist_innen, Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus entlarven dieses Selbstbild, indem sie einen Blick hinter die Fassade dieser Partei werfen.

In 33 praxisorientierten Beiträgen werden die wichtigsten Fragen rund um *Pro Köln/Pro NRW* aufgeworfen und beantwortet: Wo liegen die Ursprünge dieser Partei? Wie hat sie sich entwickelt und welche Strategien verfolgt sie? Wie sind ihre Ideologie und Programmatik einzuschätzen? Und schließlich: Was kann man tun, wenn *Pro NRW* in der eigenen Kommune aktiv wird?

ibs

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln



ISBN 978-3-938636-21-3 € 5,00 [D]



9 783938 636213